Yearbook on Human Rights for 1952. New York: United Nations 1954 (Sales No.: 1954. XIV. 1). XV, 490 S. $ 5.–.

Der 1955 erschienene, das Jahr 1952 behandelnde Band 7 des in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 746 angezeigten Jahrbuchs enthält in den Länderabteilungen, abgesehen von den Texten einschlägiger Gesetze und Entscheidungen, ausführliche Berichte besonders für Frankreich (von Jacques Megret), Italien (von Maria R. Vismara), USA, Uruguay (von Anibal Luis Barbagelata) und Jugoslawien (von Branko Jevremovic), wobei teilweise auch ältere Materialien (wie das türkische Pressegesetz vom 15. 7. 1950) nachgetragen werden. Für Großbritannien hat Lord Justice Birkett einen Artikel speziell über die richterliche Unabhängigkeit beigesteuert. Die Bundesrepublik Deutschland ist nunmehr ebenfalls durch einen sehr sorgfältigen, von Karl Josef Partsch abgefaßten Bericht vertreten. Die Länderberichte enthalten auch Übersichten über Beteiligung an zwischenstaatlichen Abmachungen (Ratifikationen, Vorbehalte usw.), die aber leider, im Gegensatz zu innerstaatlichen Normen und Entscheidungen, nicht durch ein Register erfaßt sind. China fehlt ganz. In der Abteilung III für zwischenstaatliche Abmachungen und Beschlüsse internationaler Organisationen füllen den meisten Raum die unter den Auspizien der ILO zustande gekommenen Abmachungen, findet sich aber auch die Genfer Urheberschutzkonvention vom 6. 9. 1952, eine Liste der von der UNESCO 1950–1952 mit Mitgliedstaaten abgeschlossenen Abkommen über technischen Beistand im Erziehungs- und Unterrichtswesen und ein Bericht über die Tätigkeit des IKRK in Bezug auf die Rotkreuz-Konventionen vom 12. 8. 1949; ferner wird über das Zustandekommen des Pariser Protokolls vom 20. 3. 1952 zur Europäischen Menschenrechts-Konvention berichtet. Eine besondere Abteilung (IV) ist wie bisher den UN gewidmet. Entscheidungsmaterial des IGH war im Berichtsjahr nicht angefallen. Es hätte allenfalls auf die Sondervoten von Alvarez und Carneiro im britisch-persischen Ölstreit hingewiesen werden können, die beide auf die UN-Menschenrechts-Deklaration unter dem Gesichtspunkt des Eigentumsschutzes Bezug nahmen (ICJ-Reports 1952, p. 133, 168). Strebel

Zeitschriftenschau *)

The American Economic Review. Vol. 44, 1954

Ames, Edward: International Trade without markets. The Soviet bloc case (S. 791–807).

Sterling, B. C.: The International Sugar Agreement of 1953 (S. 837–853).

Mr

*) Auch die Zeitschriftenschau wird durch die Bandregister nach Sachgebieten aufgeschlossen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

The American Journal of Comparative Law. Vol. 4, 1955

Mankiewicz, René H.: The Right to Strike of Civil Servants and Employees in the Public Services Under the French Constitution of 1946 (S. 89–96). Nach der Schilderung der früheren Regelung, die das Streikrecht versagte, bespricht Verfasser eine Entscheidung des Conseil d'État vom 7. 7. 1950, in der den öffentlichen Bediensteten in gewissen Fällen auf Grund der Verfassung von 1946 ein Streikrecht zugestanden wird.

Marsh, Norman S.: Supranational Planning Authorities and Private Law (S. 189–207). Ut

The American Journal of International Law. Vol. 49, 1955

Hudson, Manley O.: The Thirty-Third Year of the World Court (S. 1–15).

Lauterpacht, H.: Codification and Development of International Law (S. 16–43). Verf. behandelt Aufgaben und Möglichkeiten einer Kodifikation des Völkerrechts, vor allem im Hinblick auf die Arbeiten der International Law Commission. Eine Kodifikation könne sich nicht auf die Zusammenfassung der wenigen allgemein anerkannten Regeln beschränken, sondern müsse auch versuchen, Rechtssätze auf noch nicht geregelten Gebieten aufzustellen und die Anpassung vorhandener Normen an neue Erfordernisse zu fördern. Daher sei die Kodifikation zum erheblichen Teil eine gesetzgeberische Aufgabe, die am besten von einer offiziellen, mit den Staaten in Verbindung stehenden und von ihnen unterstützten, in ihrer Tätigkeit jedoch unabhängigen Institution vorbereitet werde. Die Anerkennung so aufgestellter Normen durch einzelne Staaten könne auch ohne universelle Anerkennung einen wertvollen Ausgangspunkt darstellen.

Fenwick, C. G.: Collective Security and the London Agreements (S. 54–57).

Jessup, Philip C.: Enemy Property (S. 57–62). Hält die völkerrechtliche Zulässigkeit der Konfiskation von privaten Feindvermögen für zweifelhaft.

McDougal, Myres S.: Peace and War: Factual Continuum with Multiple Legal Consequences (S. 63–68).

Kunz, Josef L.: Identity of States Under International Law (S. 68–76).

Bishop Jr., Joseph W.: The "Contractual Agreements" with the Federal Republic of Germany. A Study in the Adaptability of International Law to Political Realities (S. 125–147). Behandelt die Bestimmungen der Verträge über die Ablösung des Besatzungsregimes und ihre Anpassung an die besondere politische Situation, vor allem die Vorbehalte der drei Mächte hinsichtlich Gesamtdeutschlands und Berlins, und das Truppenstationierungsrecht.

Briggs, Herbert W.: The Final Act of the London Conference on Germany. A Study in the Law of International Engagements (S. 148–165). Verf. wirft die Frage nach der Rechtsnatur der Londoner Schlußakte vom Oktober 1954 auf und qualifiziert sie als vertragliche Vereinbarung. Einzelne Bestimmungen enthielten lediglich unverbindliche Zusicherungen, so die Inaussichtstellung der Ablösung des Besatzungsregimes und des Verbleibens amerikanischer Truppen in Europa, andere dagegen bindende völkerrechtliche Verpflichtungen, so die deutschen Erklärungen, eine mit den Prinzipien der UN-Satzung übereinstimmende Politik zu verfolgen und keine Atomwaffen herzustellen, die englische Zusicherung, bestimmte Truppen-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

kontingente auf dem Kontinent zu belassen, und die Erklärungen der beteiligten Staaten über die Umgestaltung des Brüsseler Vertrags und die Erweiterung der NATO.

Bebr, Gerhard: Regional Organizations: A United Nations Problem (S. 166–184). Behandelt die Unterschiede zwischen den nach Art. 51 und den nach Kapitel VIII der UN-Satzung gebildeten regionalen Organisationen. Während der Vertrag von Dünkirchen zwischen Großbritannien und Frankreich und der Rio-Pakt von 1947 "Regional Arrangements" im Sinne von Kapitel VIII seien, handle es sich bei dem Brüsseler Vertrag, den NATO-, ANZUS- und SEATO-Verträgen, der Arabischen Liga und der Balkan-Union um Maßnahmen der kollektiven Selbstverteidigung nach Art. 51. Die regionalen Verteidigungsvereinbarungen der Sowjetunion hingegen beriefen sich, teilweise zu Unrecht, auf Art. 107 der UN-Satzung.

O'Connell, D. P.: Sedentary Fisheries and the Australian Continental Shelf (S. 185–209). Bespricht im Hinblick auf die australischen Proklamationen vom 10. 9. 1953 über die Inanspruchnahme von Souveränitätsrechten über den *continental shelf* vor Australien und Neu-Guinea die Rechte der Staaten am Meeresboden vor ihren Küsten. Der Küstenstaat dürfe nach Völkerrecht die volle Souveränität über den *shelf* in Anspruch nehmen und dementsprechend die Ausbeutung des Meeresbodens regeln.

Kunz, Josef L.: The London and Paris Agreements on West Germany (S. 210–216).

Oliver, Covey T.: The Monetary Gold Decision in Perspective (S. 216–221). Behandelt die Entscheidung des IGH vom 15. 6. 1954.

Jessup, Philip C.: The International Law Commission's 1954 Report on the Regime of the Territorial Sea (S. 221–229).

Eagleton, Clyde: Preparation for Review of the Charter of the United Nations (S. 229–234). Fordert intensivere Vorbereitung für eine Konferenz über die Revision der UN-Satzung, die zwar wenig Aussicht auf Erfolg habe aber doch von politischem Wert sei.

Fenwick, C. G.: The Meeting of Consultation of Foreign Ministers as a Procedure of Inter-American Collective Security (S. 235–238). Behandelt die Tätigkeit des Rates der OAS bei der Schlichtung von Streitigkeiten, besonders bei dem Streit zwischen Costa Rica und Nicaragua Anfang 1955; der nur zu provisorischen Maßnahmen berechtigte Rat habe den Zwischenfall auch ohne Einschaltung der Außenminister befriedigend beigelegt.

Schwelb, Egon: The Trieste Settlement and Human Rights (S. 240–248). Besprechung des der Vereinbarung über Triest vom 5. 10. 1954 beigefügten *Special Statute,* das Italien und Jugoslawien verpflichtet, in den von ihnen verwalteten Teilen Triests den Volksgruppen des anderen Staates Menschen- und Minderheitenrechte zu gewähren, und ein gemischtes Komitee zur Überwachung vorsieht.

Cohen, Maxwell: The United Nations Secretariat – Some Constitutional and Administrative Developments (S. 295–319). Behandelt besonders die Rechtsstellung des Personals des UN-Sekretariats und die entsprechenden Befugnisse des Generalsekretärs sowie der Vollversammlung, wie sie durch die *Staff Regulations,* die Ent-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

scheidungen des Verwaltungsgerichts der UN vom August 1953 und das Gutachten des IGH vom 13. 7. 1954 festgelegt wurden.

Wright, Quincy: The Chinese Recognition Problem (S. 320–338). Verf. sieht die kommunistische Regierung als die *de facto*-Regierung Chinas und allein zu dessen völkerrechtlicher Vertretung legitimiert an. Ihre Anerkennung durch USA sei völkerrechtlich nicht geboten, aber zulässig. Formosa und die Pescadoren – nicht aber die Küsteninseln – könnten unter ihrer gegenwärtigen *de facto*-Regierung als selbständiger neuer Staat anerkannt und in die UN aufgenommen werden.

García-Amador, F. V.: State Responsibility in the Light of the New Trends of International Law (S. 339–346). Fordert eine Überprüfung des völkerrechtlichen Haftungsrechts im Hinblick auf die Ausdehnung des Kreises der Völkerrechtssubjekte auf Individuen und internationale Organisationen, die internationale Anerkennung von Menschenrechten und Art und Umfang der Haftbarkeiten.

Bial, Louis C.: Some Recent French Decisions on the Relationship Between Treaties and Municipal Law (S. 347–355). Behandelt die durch die Art. 26 und 28 der französischen Verfassung aufgeworfenen und noch nicht abschließend beantworteten Fragen, ob und in welchem Umfang die Gerichte die Vereinbarkeit von innerstaatlichem Recht mit Verträgen nachprüfen und bei einem Konflikt dem Landesrecht die Anerkennung versagen dürfen.

McDougal, Myres S.: The Hydrogen Bomb Tests and the International Law of the Sea (S. 356–361). Bejaht die völkerrechtliche Zulässigkeit der Wasserstoffbombenversuche im Pazifik, da sie aus Verteidigungsgründen erforderlich und angemessen seien.

Oliver, Covey T.: Executive Agreements and Emanations from the Fifth Amendment (S. 362–366). Bespricht eine Entscheidung des Court of Claims vom 11. 1. 1955 (*Seery* v. *U. S.*, 127 F. Supp. 601), die die Einwirkung eines *executive agreement* zwischen dem amerikanischen Hohen Kommissar in Österreich und dem österreichischen Bundeskanzler auf verfassungsrechtlich und gesetzlich geschützte Rechte verneint.

Wilson, Robert R.: "Treaty-Investor" Clauses in Commercial Treaties of the United States (S. 366–370). Behandelt Vertragsklauseln, die fremden Geschäftsleuten die Einreise unabhängig von den Einwanderungsbestimmungen erlauben.

Kunz, Josef L.: Pluralism of Legal and Value Systems and International Law (S. 370–376). Hinweis auf die Notwendigkeit, die Verschiedenheit der Rechts- und Wertsysteme der Staaten und Kulturkreise bei der Betrachtung des Völkerrechts zu beachten.

Jones, Harry LeRoy: A Commission and Advisory Committee on International Rules of Judicial Procedure (S. 379–384). Verf. begrüßt die Bestrebungen des Kongresses, die Praxis der zwischenstaatlichen Rechtshilfe im Hinblick auf die dringend notwendige Verbesserung zu untersuchen.

Codding Jr., George A.: Jamming and the Protection of Frequency Assignments (S. 384–388). Wirft die Frage nach der Zulässigkeit der Störung ausländischer Rundfunksendungen auf. Bt

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

The American Political Science Review. Vol. 49, 1955

Steiner, Arthur H.: Constitutionalism in Communist China (S. 1–21).

Haas, Ernst B.: Types of Collective Security: An Examination of Operational Concepts (S. 40–62). Verf. unterscheidet zwischen der Völkerbundskonzeption »universaler moralischer Verpflichtungen« und dem Konzert der Großmächte in der UN-Charta und stellt ihnen als neue Konzeptionen das *permissive enforcement* kraft Delegation und die Balancierung im Sinne etwa des dynamischen, auf Vermittlung abzielenden Neutralismus der Politik Indiens entgegen.

Fellman, David: Constitutional Law in 1953–1954 (S. 63–106). Bericht über USA-Rechtsprechung.

Pollock, James K.: The West German Electoral Law of 1953 (S. 107–130).

Beer, Samuel H.: Treasury Control: The Coordination of Financial Policy in Great Britain (S. 144–160).

Lewis, Edward G.: The Operation of the French Economic Council (S. 161–172).

Anderson, William: The Intention of the Framers: A Note on Constitutional Interpretation (S. 340–352). Behandelt die Auslegung vor allem der USA-Verfassung als des Willens personifiziert gedachter Verfassunggeber.

Taborsky, Eduard: The Administration of Justice in a "People's Democracy" (S. 402–425). Behandelt die Entwicklung der Justiz in der Tschechoslowakei seit 1945.

Frankel, Joseph: Federalism in Yugoslavia (S. 416–430).

Riker, William H.: The Senate and American Federalism (S. 452–469).

Kawai, Kazuo: Sovereignty and Democracy in the Japanese Constitution (S. 663–672).

Thompson, Kenneth W.: Toward a Theory of International Politics (S. 733–746). Mr

The American Slavic and East European Review. Vol. 14, 1955

Dolan, Edward: Post-War Poland and the Church (S. 84–92). Hr

Annales de Droit et de Sciences Politiques. T. 15, 1955

Temmerman, Jean: Les questions parlementaires en Belgique (S. 137–143). Bh

Annales de la Faculté de Droit d'Istanbul. Année 3, 1953/54

Saymen, Ferit H.: La sécurité sociale dans les pays du Proche et du Moyen Orient (S. 166–202).

Jahrreiss, Hermann: Die Souveränität der Staaten. Ein Wort – Mehrere Begriffe – Viele Mißverständnisse (S. 265–292).

Dönmezer, Sulhi: Le droit de réponse d'après la loi turque sur la presse et les principes du droit comparé (S. 329–348).

Milazzo, Gioachino: Sulla mancate applicazione dell'art. 111 della Costituzione italiana e sui pericoli di una errata interpretazione delle norme transitorie e finali della stessa (S. 380–388). Hr

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Annales de la Faculté de Droit de l'Université de Bordeaux. Série Juridique. Année 5, 1954

Brethe de la Gressaye, J.: Essai sur le droit professionnel (S. 69–87).
Mahon, R.: Expériences de socialisation de la médecine (S. 89–132). Bh

Annales Universitatis Saraviensis. T. 3, 1954

Goergen, Joseph: Das neue spanische Konkordat. Ein staatskirchenrechtlicher Vergleich (S. 27–40). Behandelt das Konkordat vom 27. 8. 1953.
Langrod, Georges: La Conférence internationale du Travail (Contribution à l'étude de la technique des conférences internationales) (S. 73–88). Verf. befaßt sich mit der Zusammensetzung der Konferenz und den sich daraus ergebenden Problemen, der Aufstellung der Tagesordnung sowie personellen Fragen der Konferenzleitung.
Wiebringhaus, Hans: La situation juridique de la Sarre à la lumière des 1ère et 2me parties du rapport de M. Van Der Goes Van Naters sur le statut futur d'une Sarre européisée (S. 108–120).
Landheer, B.: Sociological Theory and International Law (S. 180–191). Verf. untersucht, inwieweit die Soziologie zur Lösung internationaler Rechtsprobleme herangezogen werden kann.

— T. 4, 1955

Langrod, Georges: Le contrat – instrument d'action des Administrations publiques (Analyse comparative) (S. 9–45). Verf. vergleicht das Recht öffentlichrechtlicher Verträge in Frankreich mit dem des anglo-amerikanischen und des deutsch-österreichischen Rechtskreises. Ts

The Annals of the Hitotsubashi Academy. Vol. 1, 1950/51

Tagami, Joji: Some Problems on the Constitution of Japan (S. 147–162). Verf. behandelt das Verhältnis der Verfassung vom 3. 11. 1946 zur alten Verfassung und zu den Besatzungsdirektiven und umreißt die Stellung von Kaiser, Parlament und Regierung sowie den Umfang des richterlichen Prüfungsrechts. Hr

L'Année Politique et Économique. Anné 27, 1954

Lavergne, Bernard: Analyse et portée des accords de Londres et de Paris (S. 437–478). Polemik gegen die Verträge.
Lavergne, Bernard: La note soviétique du 24 octobre 1954 (S. 496–511). Zustimmender Kommentar.
Lavergne, Bernard: La ratification des accords de Paris brisera le pacte atlantique plus sûrement encore que leur rejet (S. 512–516).

— Année 28, 1955

Lavergne, Bernard: Comment accroître de façon effective la stabilité gouvernementale en France: La dissolution automatique de l'Assemblée Nationale au 3e renversement de gouvernement dans la même législature (S. 125–151).
Guadet, Julien: Du renouvellement continu des Assemblées (S. 152–155).
Lavergne, Bernard: Le drame de l'Afrique du Nord (S. 217–266). Verf. analysiert die gegenwärtige Lage Frankreichs in Nordafrika. Bh

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Annual Law Review. Vol. 3, 1954/56

Sawer, Geoffrey: Error of Law on the Face of an Administrative Record (S. 24–36). Verf. behandelt das Rechtsmittel des *writ of certiorari* wegen *error of law* im britischen verwaltungsgerichtlichen Verfahren.

ver Loren van Themaat, H.: Legislative Supremacy in the Union of South Africa (S. 59–66). Der südafrikanische Verfassungskonflikt (vgl. diese Zeitschrift, Bd. 15, S. 217 ff.) sei zugunsten des Vorranges der Legislative vor der richterlichen Gewalt zu entscheiden. Als »Grundnorm« im Kelsen'schen Sinne sei nicht der South Africa Act von 1909 samt den Beschränkungen des Gesetzgebers bei Wahlrechtsveränderungen, sondern der auf Grund der sec. 2 des Statute of Westminster erlassene Status of the Union Act von 1934 anzusehen. Damit sei dem südafrikanischen Parlament dieselbe, durch kein richterliches Prüfungsrecht eingeengte Stellung wie dem englischen eingeräumt worden.

Gidel, Gilbert: The Continental Shelf (S. 87–107). Übersetzung des Beitrags des Verf. zur Konferenz der International Bar Association in Madrid 1952.

Goldie, L. F. E.: Some Comments on Gidel's Views (S. 108–125). Kritische Besprechung des vorstehenden Aufsatzes Gidel's zur *Continental Shelf*-Doktrin. Im Anhang Abdruck der Vorschläge der International Law Commission von 1951 und 1953. Hr

Annual Review of United Affairs. Vol. 6, 1954

Edited by Clyde Eagleton, Waldo Chamberlin, Richard N. Swift. Prepared under the Auspices of New York University's Graduate Program of Studies in the United Nations.

Swift, Richard N.: International Peace and Security (S. 1–31). Behandelt Vorgänge des Jahres 1954 in den UN, besonders zu Fragen der Rüstungskontrolle und der Kollektivmaßnahmen sowie einzelne Konflikte.

Trager, Frank N.: Economic Matters (S. 32–69). Bericht über Behandlung von Wirtschaftsfragen im Rahmen der UN im Berichtsjahr 1954.

Fried, John H. E.: Social and Humanitarian Matters (S. 70–116).

Adam, Thomas R.: Trusteeship and Non-self-governing Territories (S. 117–148).

Eagleton, Clyde: Law and Courts (S. 149–173). Behandelt Fragen der Auslegung und der Revision der UN-Charta, die Tätigkeit des IGH und der International Law Commission und der legislatorischen Kollektivverträge.

Dworkis, Martin B.: Administrative Matters (S. 174–208).

Chamberlin, Waldo: The Public Relations of the United Nations (S. 209–243). Rn

Annuario di Diritto Comparato e di Studi Legislativi. Vol. 24, 1947

Giannini, Amedeo: Riforma nell'amministrazione e nella burocrazia (S. 33–107).

— Vol 25, 1949

Giannini, Amedeo: La codificazione del diritto internazionale (S. 1–26). In seiner Übersicht zeigt Verf., daß nach den bisherigen Erfahrungen das Problem beim

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Friedensrecht ungleich schwieriger ist als beim Kriegsrecht und tritt für gleichmäßig schrittweise Inangriffnahme der kodifikationsreifen Fragen ein, beim Grundsätzlichen beginnend.

Ferri, Giuseppe D.: Trasformazione e incertezze costituzionali (a proposito di tre costituzioni contemporanee) (S. 137–150). Verf. vergleicht die französische Verfassung vom 27. 10. 1946, die nationalchinesische von 1947 (vgl. diese Zeitschrift Bd. 13, S. 808 ff.) und die tschechoslowakische vom 9. 6. 1948 (Text bzw. Übersetzungen sind S. 151–203 beigegeben) unter den Gesichtspunkten des demokratischen Prinzips, der Gewaltenteilung, der Bezugnahme auf Völkerrechtsprinzipien, der Struktur und Konstituierung des Parlaments, der immer schwächer werdenden Stellung des Staatshaupts und damit der Regierung, der Verfassungsgarantien und der Parteien und gewerkschaftlichen Verbände, und betrachtet die derzeitigen Verfassungen als Übergangserscheinungen.

Ferrari, Giuseppe: Problemi nuovi del nuovo parlamento bicamerale (S. 205–264). Untersuchungen zum italienischen Zweikammersystem.

Bellini, Vincenzo: Sulla imperatività, giuridicità e conoscibilità del diritto internazionale (S. 265–285). Betrachtungen zum Wesen des Völkerrechts, seiner Geltungsgrundlagen und der Methoden seiner Anwendung.

— Vol. 26, 1950

Wu, John C.: Raffronto fra la costituzione italiana e la costituzione cinese (S. 1–12).

Scheuerle, W. A.: L'arbitrato statale sovietico (S. 13–24). Kurze Darstellung der staatlichen Schiedsgerichtsbarkeit in der UdSSR.

— Vol. 27, 1951

Biscaretti di Ruffia, Paolo: Le costituzioni dei nuovi Länder germanici 1946–1950 (S. 1–17). Verf. erstreckt seine Untersuchung besonders auf die Fragen der Völkerrechtsfähigkeit, der Gebietshoheit und des Seerechts und zeigt die Effektivität als Abhängigkeit des Völkerrechts von der sozialen Wirklichkeit und als Legitimationsgrundlage für *de facto*-Situationen und Rechtserzeugungsverfahren.

— Vol. 28, 1952

Scheuerle, Wilhelm A.: Lo sviluppo del diritto della Russia sovietica (S. 231–297).

— Vol. 30, 1955

Ambrosini, Gaspare: Decentramento, federalismo ed autonomia con speciale riguardo alla riforma regionale in Italia (S. 425–444).

Bernini, Giorgio: International cartels and national legislation. Some comparative observations (S. 445–494). Rn

The Arbitration Journal. Vol. 10, 1955

Goldscheider, Robert: Enforcement of American Awards in Norway (S. 39–43): Verf. stellt fest, daß es hierüber weder Gesetze noch Verträge gebe. Die Erzwingbarkeit hänge deshalb von der Einstellung der Gerichte ab, die jedoch den

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Schiedsspruch nur unter verfahrensmäßigen Gesichtspunkten prüfen und ihm im allgemeinen Anerkennung verschaffen. Ut

Archiv des öffentlichen Rechts. Bd. 80, 1954/55

Loewenstein, Karl: Souveränität und zwischenstaatliche Zusammenarbeit (S. 1–49). Bearbeitete selbständige Fassung der oben S. 132 angezeigten Abhandlung. Unter dem Einfluß der Aufspaltung der Welt in zwei Machtblöcke sei innerhalb beider eine Überwindung der nationalstaatlichen Souveränität durch zwischenstaatliche Zusammenarbeit zu beobachten, besonders auf wirtschaftlichem (EGKS, Molotow-Plan für Osteuropa, Marshall-Plan, Mutual-Security Act von 1951 und das sogenannte Punkt-Vier-Programm), aber auch auf humanitärem, militärischem (z. B. NATO) und politischem Gebiet. Dadurch sei der Begriff der Souveränität ausgehöhlt worden. Aufgabe der Völkerrechtswissenschaft sei es, dafür neue Begriffe und Regeln zu entwickeln.

Held, Kurt: Der autonome Verwaltungsstil der Länder und das Bundesratsveto nach Art. 84 Abs. 1 des Grundgesetzes (S. 50–80). Verf. billigt die ausdehnende Handhabung des Zustimmungsrechts durch den Bundesrat, das er im Lichte der föderalistischen deutschen Verfassungssysteme untersucht.

Haas, Diether: Bundesgesetze über Organisation und Verfahren der Landesbehörden (Artikel 84 Abs. 1 des Grundgesetzes) (S. 81–101). Behandelt das Zustimmungsrecht des Bundesrats, das Verf. nicht als der des Bundestags gleichrangige Mitverantwortung auffaßt.

Wesenberg, Gerhard: Der Rechtscharakter der von der Bank deutscher Länder erteilten devisenrechtlichen allgemeinen Genehmigungen (S. 102–127). Sie seien keine Rechtsnormen, sondern eine Art von Verwaltungsanordnungen des seltenen Typs der behördlichen Selbstbeschränkung des freien Ermessens.

Ridder, Helmut: Staatliche Wiederaufbaupflichten gegenüber den Domkapiteln und bischöflichen Stühlen in ehemals preußischem Gebiet. Rechtsgutachten (S. 127–157).

Mayer-Maly, Theo: Das Verhältnis zwischen Gesetz und Verordnung in der Rechtsgeschichte (S. 157–173). Verf wirft die Frage auf, ob die Unterscheidung zwischen Gesetzen und Verordnungen auf die von internationalen Organisationen erlassenen generellen Normen anwendbar sei.

Naumann, Richard: Die ehemalige Rechtsverordnungs-Kompetenz des Reichskommissars für die Preisbildung (S. 174–191).

Ankenbrank, Kurt: Die Rechtswirksamkeit der Eingliederung des Sudetenlandes in das Deutsche Reich (S. 191–202). Verf. bejaht die Rechtswirksamkeit mit Raschhofer gegen Magerstein.

Rabus, Günther: Kommunale Wählervereinigungen als Ersatzorganisationen verfassungswidriger politischer Parteien. Bemerkungen zu einem Urteil des OVG Lüneburg vom 16. 9. 1953 (S. 203–211).

Giese, Friedrich: Die Bundeskompetenz zur Regelung des Bauwesens. Kritische Bemerkungen zum Rechtsgutachten des Bundesverfassungsgerichts über die Zuständigkeit des Bundes zum Erlaß eines Baugesetzes, vom 16. Juni 1954 (S. 212–217).

Menger, Christian-Friedrich: Zu zwei Beschlüssen des OVG Lüneburg vom

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

15. 12. 1953 (II OVG C 1/53) und des Bundesverfassungsgerichts vom 10. 2. 1954 (2 BvN 1/54) (S. 218–230). Verf. erörtert anhand der beiden Beschlüsse u. a. das Problem der Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Gliedstaaten in einem Bundesstaat.

Grewe, Wilhelm: Souveränität der Bundesrepublik (S. 231–240).

Münch, Fritz: Die neue Geschäftsordnung des Bundesrates (S. 240–244). Gt

Archiv für das Post- und Fernmeldewesen. Jg. 6, 1954

Schuster, F.; H. Preßler: Deutschland und der Kopenhagener Rundfunkplan (S. 663–695). Verf. schildern die Entwicklung der Funkwellenverteilung im europäischen Raum nach dem zweiten Weltkrieg. Die von den ehemaligen Besatzungsmächten geduldete derzeitige Benutzung von nicht zugeteilten Rundfunkmittelwellen durch westdeutsche Sender habe schon zu Protesten der durch den Kopenhagener Rundfunkplan begünstigten Staaten geführt. Da nach Inkrafttreten der Pariser Verträge die Funkhoheit wieder in deutsche Hände übergeht, entfalle zwar eine Verweisung an die Besatzungsmächte, doch trete dafür eine zumindest moralische Bindung an den ohne deutsche Mitwirkung aufgestellten Wellenplan ein. Aus der technisch unbefriedigenden Lage gebe es nur den politisch schwierigen Ausweg einer neuen Wellenverteilung in Europa. Sr

Archiv des Völkerrechts. Bd. 5, 1954/55

Truyol y Serra, Antonio: Hierokratie und Staatenwelt bei Thomas Campanella (1568–1639) (S. 1–20).

Castrén, Erik: Neutralität (S. 21–40). Stellt die Neutralität den Friedenssicherungs- und Sanktionssystemen des Völkerbundes und der UN gegenüber und behandelt u. a. die verschiedenen Arten der Neutralität und die Rechtsstellung der Angehörigen neutraler Staaten.

Schlochauer, Hans-Jürgen: Rechtsformen der europäischen Ordnung (S. 40–62). Verf. beschreibt die neuen Erscheinungsformen des internationalen Organisationsrechts, wobei er vom völkerrechtlichen Begriff der Staatenverbindung ausgeht. Als Organisationsformen in Europa nennt er neben den verschiedenen internationalen Konventionen, Kommissionen und Verwaltungsunionen besonders den Europarat, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Europäische Zahlungsunion und mit der ausgeprägtesten Eigenorganisation die EGKS.

Schätzel, Walter: Die Staatsangehörigkeit der politischen Flüchtlinge (S. 63–79). Verf. behandelt besonders die Rechtsstellung derjenigen politischen Flüchtlinge, die keine neue Staatsangehörigkeit erwerben wollen, da sie die Aufnahme in einen Gaststaat nur als vorläufige Zuflucht ansehen.

Pusta, Kaarel R.: Le droit de l'homme à la nationalité. La survivance de la Nation à l'Etat (S. 80–82).

Münch, Fritz: Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in Westeuropa (S. 83–87).

Domke, Martin: Deutsche Völkerrechtsfragen vor amerikanischen Gerichten 1953 (S. 87–100). Verf. zeigt die Bedeutung der Erklärung der USA über die Beendigung des Kriegszustandes mit Deutschland vom 19. 10. 1951 besonders für die

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Prozeßstandschaft der Deutschen, bespricht Urteile über die Anerkennung fremder (gegen Deutschland gerichteter) Feindvermögensgesetzgebung, über Verbürgung der Gegenseitigkeit der Erbschaftsrechte von Amerikanern an deutschen Nachlässen, über Zahlungssperre zum Schutz von Berechtigten in Oststaaten, über den Status von Bewohnern Deutschlands und ehemals von Deutschland besetzter Gebiete und über deutsche Staatsangehörigkeitsfragen.

Fakoussa, Hassan A.: Die Liga der arabischen Staaten (S. 101–107).

Bleiber, Fritz: Kaschmir (S. 108–127). Verf. beleuchtet das Kaschmir-Problem politisch und völkerrechtlich und kommt zu dem Schluß, daß allein eine Teilung des Landes in ein indisches Ost- und ein pakistanisches West-Kaschmir eine beiden Parteien genehme Lösung bieten könne.

Heidelmeyer, Wolf: Der australisch-japanische Perlfischerei-Streit (S. 128–136). Bericht über den Gang der Kontroverse seit September 1953. Gt

Associations Internationales. Année 7, 1955

Wendt, Frantz Wilhelm: The Northern Council (S. 143–149). Verf. behandelt Geschichte, organischen Aufbau und Tätigkeit des Nordischen Rates. Bh

Außenpolitik. Jg. 5, 1954

Baade, Fritz: Nur noch zwei Deutschlandkonzeptionen (S. 753–764). Verf. legt die Unterschiede dar, die sich für die zukünftige Politik Westdeutschlands aus der Alternative NATO oder Neutralität ergeben könnten.

Schröder, Ernst: Hat sich die Montan-Union bewährt? (S. 787–795).

— Jg. 6, 1955

Grewe, Wilhelm: Die Wiedervereinigungsfrage in den Pariser Verträgen (S. 5–15). Verf. hält die Bundesrepublik für staats- und völkerrechtlich befugt, Verträge einzugehen, die den deutschen Staat, also Gesamtdeutschland, für die Zukunft binden. Eine Wiedervereinigung Gesamtdeutschlands sei jedoch nicht automatisch an den Brüsseler Pakt oder an den Nordatlantikpakt gebunden. Eine solche Bindung hänge von der speziellen Form der Wiedervereinigung ab. Alle Vertragspartner, nicht nur Deutschland, seien im Falle der Wiedervereinigung in der Entscheidung darüber frei, ob sie ihre Beistandspakte auch mit Gesamtdeutschland fortsetzen wollen.

Nürnberger, Richard: Die Grundlagenkrise der Politik. Traditionelle und revolutionäre Methoden im 20. Jahrhundert (S. 85–94). Die Einheit des modernen Völkerrechts, wie sie der Westfälische Friede zunächst für alle Völker der europäischen Christenheit begründet habe, sei zerrissen. Der Souveränitätsbegriff löse sich auf, was sich u. a. in der Durchlöcherung des Interventionsverbotes zeige. Die politische Ordnung eines Staates sei für die anderen Staaten nicht mehr gleichgültig. In diesem Sinne sei ein neues »konfessionelles« Zeitalter angebrochen und die Krise des Politischen zeige sich heute praktisch als das Ende der Neutralität im allgemeinen geistigen und im politischen völkerrechtlichen Sinn.

Müller, Wolfgang D.: Zur innerpolitischen Garantieklausel des Südostasienpaktes (S. 117–122). Dg

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Just, Artur W.: Das sowjetisch-chinesische Vertragswerk von Peking (S. 148–158). Behandelt die Abkommen vom 12. 10. 1954.

Hubatsch, Walther: Die deutsche Berufsdiplomatie im Kriege. Um die dänische Souveränität 1940–1943 (S. 170–180). Anhand in Dänemark veröffentlichter Akten sucht Verf. das ausschließliche Verdienst der deutschen Berufsdiplomatie daran zu beweisen, daß in Dänemark während der deutschen Besetzung keine Quisling-Regierung zustande kam.

Sonnenhol, G. A.: Konjunkturautonomie – Angelpunkt der Souveränität. Das Ergebnis der Welthandels-(GATT-)Konferenz (S. 247–252).

Kaster, Heinrich L.: Die Paktsysteme im Mittleren Osten. Eine Überschneidung strategischer Sphären (S. 314–323).

Kumleben, Gérard: Die Vereinten Nationen nach zehn Jahren. Möglichkeiten der Revision der Charta (S. 375–380). Behandelt den Kopenhagener Plan der »Internationalen Vereinigung der Parlamentarier für eine Weltregierung« und der »Weltbewegung für eine föderative Weltregierung« vom August 1953.

Thilenius, Richard: Österreichs Freiheit. Die aktive Neutralitätspolitik Wiens (S. 495–504).

Radovanović, Ljubomir: Die jugoslawische Politik der Koexistenz (S. 505–512).

Krauß, Werner: Die parlamentarische Kontrolle der Außenpolitik. Macht und Ohnmacht der Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten (S. 513–527). Aus einer vergleichenden Darstellung der Kontrollformen in den USA, Frankreich, der Schweiz, Schweden, dem Deutschen Reich, der Bundesrepublik und Großbritannien folgert Verf., daß die Stellung der Ausschüsse, die von der Gestaltung des rechtlichen Verhältnisses des Ausschusses zum Parlament bedingt sei, durch die Art des Mißtrauensvotums und das Prinzip der Ministeranklage wesentlich beeinflußt werde; hinzu trete die Verschiedenartigkeit der parlamentarischen Gewohnheiten, die ihrer Wirkung nach vor den gesetzlichen Grundlagen rangiere. Am ehesten garantiere eine Zusammenfassung der Schlüsselministerien (Äußeres, Verteidigung, Finanzen und Wirtschaft) zu einer »Kernregierung« nach Art des britischen "Committee of Imperial Defense„ die Einheit und durch die Mitwirkung der Opposition auch die Kontinuität der Außenpolitik. Hm

Außenwirtschaft. Jg. 9, 1954

Triffin, Robert: Die Konvertibilität und die innereuropäische wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit (S. 215–223). Bh

— Jg. 10, 1955

Köstner, N.: Gedanken über Konvertibilität (S. 16–31).

The Australian Law Journal. Vol. 28, 1954/55

Fox, Russell; O. M. L. Davies: Sub-Delegated Legislation (S. 486–490). Verf. kommen nach Untersuchung einer Reihe von Urteilen zu dem Ergebnis, daß, jedenfalls für Neuseeland, eine Subdelegation von Gesetzgebungsbefugnissen nur auf Grund ausdrücklicher oder stillschweigender besonderer Ermächtigung zulässig sei. Grundsätzlich verbiete auch das Prinzip der Gewaltentrennung, soweit es in einer

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Verfassung fest verankert sei – genannt werden USA und Australien –, eine derartige Subdelegation an die Exekutive, wenngleich die Staatspraxis, z. B. die Kriegsgesetzgebung, manche Durchbrechung dieses Verbots erfordert habe. Hr

The Australian Outlook. Vol. 8, 1954

Greenwood, Gordon: The Lahore Conference and the Contemporary Commonwealth (S. 158–171).

Whitton, D.: Anglo-Egyptian Relations (S. 213–224). Entwicklung bis zum Vertrag vom 19. 10. 1954, dem Ende der „fünften Phase".

— Vol. 9, 1955

Alexander, Fred: The Simon-Stimson Myth. Japanese Aggression in Manchuria and Anglo-American Relations 1931–54 (S. 5–28).

James, C. W.: The Colombo Plan Passes Halfway (S. 29–42).

Cranfield, G. A.: The Concept of the Just War (S. 69–87). Verf. stellt in geschichtlichem Überblick die Meinungen zum *iustum bellum* bis Grotius der späteren Entwicklung des *ius ad bellum* mit seiner weitgehenden Formalisierung des Kriegs- und Neutralitätsrechts und den neuerlichen Versuchen, durch die Definition des Aggressors die alte Konzeption vom gerechten Krieg wiederzubeleben, gegenüber. Um den Krieg überhaupt auszuschalten, bedürfe es einer Weltregierung, da die Unterwerfung unter Vermittlungs- und Schiedsverfahren nur dem *status quo,* nicht aber den im internationalen Zusammenleben erforderlichen Veränderungen Rechnung trage.

Goldie, L. F. E.: Immigration and the Pearling Industry (S. 105–118). Verf. bemüht sich, unter Heranziehung des Urteils des IGH im norwegischen Fischereistreit vom 18. 12. 1951 (I. C. J. Reports, S. 116) die soziale Notwendigkeit der australischen Perlfischerei-Gesetzgebung (Pearl Fisheries Act – Act No. 8, 1952, ergänzt durch Act No. 4, 1953 und No. 38, 1953 –, Pearl Fisheries Regulations – 1953 Statutory Rules No. 84 –, Proklamationen vom 11. September 1953 – 1953 Commonwealth of Australia Gazette, No. 56, 2563 – und vom 25. September – No. 59, 2683 und 2684 –), deren Gültigkeit von Japan bestritten wird, darzutun. Hr

The Australian Quarterly. Vol. 27, 1955

Bastin, John: The West Australian Separation for Federation Movement (N. 1, S. 76–88). Geschichtlicher Rückblick auf Separationsbestrebungen im westaustralischen Bundesstaat.

Parkes, Maida: The Constituent Assembly of New England (N. 2, S. 64–68). Berichtet über Bestrebungen zur Zergliederung des Bundesstaates New South Wales und die Tätigkeit der Provisorischen Gesetzgebungsversammlung des geplanten Staates New England. Hr

Bayerische Verwaltungsblätter. Jg. 1, 1955

Stralenheim, Henning Frh. v.: Die Zuständigkeit des Bundes und der Länder zum Abschluß von Kulturabkommen mit auswärtigen Staaten (S. 6–9). Ts

Der Betriebs-Berater. Jg. 10, 1955

Lepenies, Wolfgang: Auslandsinvestitionen in der Bundesrepublik (S. 3–4).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Kemnitz, E. M.: Der Rechtsweg bei Forderungen aus Aufträgen der Besatzungsmächte (S. 11–13).

—: Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der Montangemeinschaft (S. 27).

Kühn, Rolf: Vermeidung der Doppelbesteuerung im Verhältnis zu Ländern, in denen keine Doppelbesteuerungsabkommen bestehen (S. 42–45). Die deutsche Steuerverwaltung solle auf Besteuerung ausländischer Einkünfte, soweit die Besteuerung bereits im Ausland erfolgt sei, aber kein Doppelbesteuerungsabkommen bestehe, im Rahmen des § 131 AO verzichten.

Deringer, A.: Monnet-Rabatt unzulässig. Die ersten Urteile des Gerichtshofes der Montanunion (S. 78–79).

Tobler, Achim: Das neue Verfahren bei der Abgeltung von Besatzungsschäden in der amerikanischen Zone (S. 83–85).

Strickstrock: Zur Auslegung der Grundrechte des Bonner Grundgesetzes, insbesondere auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts (S. 107–109).

Veith, Werner: Die Behandlung von Schadensersatzansprüchen nach dem Londoner Schuldenabkommen (S. 241–242). Bh

Kemnitz, E. M.: Die Auswirkung der »Bonner Verträge« auf die Beschaffungen fremdländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik (S. 754–755). Behandelt Requisitionsrechte ausländischer Truppen in Deutschland nach Aufhebung des Besatzungsstatuts.

Wilmanns, Werner: Die Forderungen der Verbündeten des Deutschen Reiches gegen deutsche Schuldner nach dem Londoner Schuldenabkommen (S. 820–821). Ts

Boletin. República Argentina. Ministerio de Relaciones Exteriores y Culto. Año 1, 1952

Vittone, José Carlos: La Seguridad Colectiva y los Acuerdos Bilaterales (S. 3–6). Bericht über das panamerikanische Sicherheitssystem und die 4. Außenministerkonferenz in Washington (26. 3.–7. 4. 1953).

Pasini Costadoat, Carlos Alberto: Necesidad de una reglamentación internacional de la guerra aérea (S. 181–188). Die Entwicklung des Luftkriegs habe den herkömmlichen Namen des Kriegsrechts gesprengt, wie Verf. an den zahlreichen Versuchen zeigt, den Luftkrieg nach Vorstellungen aus dem Seekrieg oder dem Landkrieg zu regeln. Da nach Ansicht des Verf. zur Zeit nur die allgemeinen Regeln des Kriegsrechts anwendbar seien, sollte der Luftkrieg möglichst bald international geregelt werden.

— Año 2, 1953

Torres Gigena, Carlos: El Asilo Diplomático en América (S. 135–143). Bericht über die Entstehung der gegenwärtigen südamerikanischen Auffassungen vom politischen Asyl, deren vertragliche Festlegung und ihre Behandlung auf der 2. Tagung des interamerikanischen Juristentages in Buenos Aires (April/Mai 1953).

Colombo, Leonardo A.: La II Reunión del Consejo Interamericano de Jurisconsultos (S. 309–321). Bericht des Ratspräsidenten über die Tagung und ihre Ergebnisse.

Laje, Eduardo Jorge: Soberanía y libertad económica (S. 541–556).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— Año 3, 1954

Ronze, Raymond: El problema de las Malvinas (S. 33–40). Bericht über die Ansprüche Argentiniens auf die Falklandinseln.

Cocca, Aldo Armando: Instrumentos Internacionales: aspectos jurídicos y aportes de la diplomática (S. 236–265). Verf. gibt eine vorwiegend an südamerikanischem Schrifttum orientierte Übersicht über Formen und Klauseln völkerrechtlicher Rechtsgeschäfte.

Araya, Raúl Rodríguez: El manejo de las relaciones exteriores (S. 451–468). Rechtsvergleichende Darstellung der Kontrolle der auswärtigen Beziehungen in Großbritannien, USA, Frankreich, Belgien und Argentinien.

Girosi, Alfredo J.: La Constitución de 1949 y la acción social del II Plan de Gobierno (S. 473—484). Sr

Boletin del Instituto de Derecho Comparado de México. Año 7, 1954

Miranda González, José: El papel de la Constitución en la vida política y social contemporánea (N. 20–21, S. 61–76). Bericht für den 4. Internationalen Kongreß für Rechtsvergleichung, Paris 1954. Sr

The British Journal of Administrative Law. Vol. 1, 1954/55

Robson, William A.: Public Inquiries as an Instrument of Government (S. 71–92). Übersicht über die gesetzlichen Grundlagen und Verfahrensweisen der von der Regierung eingesetzten Untersuchungsausschüsse.

Summerskill, Edith: The Functions of Tribunals within the Modern State (S. 93–96). Zeigt die praktische Bedeutung der Sonderverwaltungsgerichte am Beispiel der im Rahmen der Sozialversicherungsgesetzgebung eingerichteten richterlichen Organe.

Denning, Sir Alfred Thompson: Courts and Tribunals (S. 107–110). Behandelt das Nachprüfungsrecht der ordentlichen Gerichte gegenüber den Entscheidungen der Spruchausschüsse und Gerichte der Verwaltung.

Pennington, Robert R.: Judicial Review of Administrative Action on the Merits (S. 111–122). Rechtsvergleichende Darstellung des Umfangs des Nachprüfungsrechts der ordentlichen Gerichte gegenüber Entscheidungen der Verwaltungsbehörden im englischen und amerikanischen Recht, besonders bei Abgrenzung von Rechts- und Tatfragen und bei der Nachprüfung von Ermessensentscheidungen.

Stewart, Stephen: The Court of the Coal and Steel Community (S. 123–128). Bericht über Verfahrensgrundsätze und Zuständigkeiten des Montanunion-Gerichtshofs.

— Vol. 2, 1955/56

Spens, Sir William Patrick: Rule of Law (S. 3–4).

Smith, S. A. de: A Conservative Approach to Administrative Law Reform (S. 5–9). Bemerkungen zu den von dem Ausschuß der konservativen Anwaltsvereinigung (Inns of Court Conservative and Unionist Society) ausgearbeiteten und in der Schrift "Rule of Law" (veröffentlicht vom Conservative Political Centre 1955) niedergelegten Grundsätzen über die Verbesserung der gerichtlichen Kon-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

trolle von Verwaltungsentscheidungen. Sir W. P. Spens war Vorsitzender des Ausschusses.

Davies, M. R. R.: British Administrative Law and the Problem of Administrative Justice (S. 10–23). Verf. kritisiert den weiten unüberprüfbaren Ermessensspielraum der Verwaltungsbehörden im gegenwärtigen Recht und befürwortet eine Ausdehnung des richterlichen Prüfungsrechts gegenüber allen rechtsetzenden administrativen und judiziellen Akten der Verwaltungsbehörden. Alle diese Akte sollen der Aufhebung durch den High Court unterliegen, sofern sie ein *unreasonable injustice* enthalten. Je

Bulletin de Droit Tchécoslovaque. Année 12, 1954

Boura, Ferdinand: La loi sur les élections aux comités nationaux (S. 14–27). Betrifft das Gesetz vom 3. 3. 1954.

Fierlinger, Zdeněk: Activité de l'Assemblée nationale au cours de la dernière législature (S. 153–169).

Bartuška, Jan: Loi sur les élections à l'Assemblée nationale (S. 170–178).

Štajgr, František: L'enseignement du droit en Tchécoslovaquie (S. 178–191).

Boura, Ferdinand: La lutte pour le respect de la souveraineté nationale est une lutte pour le maintien de la paix (S. 196–207).

— Année 13, 1955

Boura, Ferdinand: La signification historique de l'œuvre de Montesquieu (S. 3–44).

Bystřina, Ivan: Les vues de Montesquieu sur l'État et le droit et leur place dans l'histoire des doctrines politiques (S. 45–62).

Boguszak, Jiří und Pavel Peška: La théorie de la séparation des pouvoirs chez Montesquieu, sa signification et son sort (S. 63–101).

Foustka, Radim N.: Montesquieu et la révolution française (S. 102–116). Hr

Bulletin for International Fiscal Documentation. Vol. 8, 1954

Zacopoulos, Panayotis Gr.: The Convention between Greece and the United States of America for the Avoidance of Double Taxation and the Prevention of Fiscal Evasion with Respect to Taxes on the Estates of Deceased Persons (S. 129–136).

Huiskamp, J. C. L.: New Sales Tex in the Netherlands (S. 321–327). Bh

— Vol. 9, 1955

Nezis, George A.: The tax system of Greece (S. 1–30; S. 129–148).

Joseph, Franz Martin: Death tax treaties. A comparison of basic provisions (S. 31–50, 149–155). Dg

Bulletin de Législation et de Jurisprudence Égyptiennes. Année 5, 1954

Taliadoros, C.: Le contrôle de la légalité des actes administratifs au moyen de recours pour excès de pouvoir devant le Conseil d'État égyptien (S. 325–334; Année 6, S. 65–74; 97–105).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— Année 6, 1955

Dufour, Jean: Évasion fiscale et droit international (S. 229–236). Verf. behandelt die verschiedenen Möglichkeiten internationaler Zusammenarbeit zur Verhinderung von Steuerhinterziehungen. Hr

Les Cahiers de Bruges. Année 4, 1954

Abraham, Jean-Paul: Les entreprises comme sujets de droit dans la Communauté Charbon-Acier (S. 255–263). Die Rechtsstellung privater Unternehmen in der Montanunion müsse durch die Praxis der Hohen Behörde und die Rechtsprechung des Gerichtshofes noch konkretisiert werden, welch letzterer sich bis jetzt noch nicht geäußert habe. Verf. entwickelt aus der Praxis der Hohen Behörde einige Grundsätze.

Hoffmann, Walther G.: Underdeveloped areas and economic integration (S. 280–289).

Desjacques, Pierre: Convertibilité monétaire et solidarité internationale (S. 290–303).

— Année 5, 1955

Henri-Vignes, Daniel: Chronique de l'évolution institutionnelle de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier (S. 10–17).

Drachkowitch, Milorad M.: Le "New-Look" de la politique extérieure soviétique (S. 28–42). Bh

Cahiers d'Histoire Mondiale. Vol. 2, 1954/55

Beaglehole, J.C.: The Development of New Zealand Nationality (S. 106–123).

Siassi, Ali-Akbar: L'Iran au XIXe siècle (S. 634–657). Bericht über Irans Außenpolitik und seine vertraglichen Beziehungen zu den europäischen Mächten. Sr

Cahiers Internationaux. Année 7, 1955

Um Nyobe, Ruben: Où en est le nationalisme camerounais? (N. 64, S. 81–88). Der Präsident der Union der Bevölkerungen von Kamerun erörtert die »konkreten Vorschläge« der Union vom 7. 3. 1954 zur Vereinigung der beiden Teile des Landes und zur Vorbereitung seiner Unabhängigkeit und die Reaktionen der französischen Regierung, der britischen Kolonialverwaltung, der UN und der einheimischen Bevölkerung.

Clémentin, J.-R.: La Conférence de Bandoeng (S. 63–71). Bh

Cahiers de Législation et de Bibliographie Juridique de l'Amérique Latine. Année 4, 1953

Remorino, Jeronimo: La nouvelle législation sociale argentine, avec des notes comparatives de droit français par Georges Levasseur (N. 13/14, Annexe S. 1–112; N. 15/16; Annexe S. 113–192).

Gallardo, Ricardo: Commentaire à la Constitution politique de El Salvador du 14 septembre 1950 (N. 15/16, S. 7–13). Sr

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

The Cambridge Law Journal. Vol. 10, 1948–1950

Williams, Glanville L.: The Correlation of Allegiance and Protection (S. 54–76). Behandelt aus Anlaß der Entscheidung *R.* v. *Joyce [1946] A.C. 347* die Wechselwirkung von Loyalitätspflicht und staatlicher Schutzpflicht bei *british protected persons* und in Großbritannien befindlichen Ausländern.

Schuster, Lord: The Office of the Lord Chancellor (S. 175–190). Behandelt die Vereinigung legislativer, exekutiver und richterlicher Funktionen in der Person und im Amt des Lord Chancellor.

— Vol. 11, 1951–1953

Lipstein, K.: Jurisdiction to Wind Up Foreign Companies (S. 198–208). Behandelt besonders die Zulässigkeit der Liquidation von Vermögenswerten ausländischer Gesellschaften, die in ihrem Sitzstaat aufgelöst oder enteignet worden sind.

Letourneur, Maxime; C. J. Hamson: The Control of Discretionary Executive Powers in France (S. 258–279). Behandelt den Umfang der verwaltungsgerichtlichen Kontrolle über Maßnahmen der Exekutive in Frankreich.

— Vol. 12, 1954

– : Courts – Judges in Colonial Territories – Tenure of Office (S. 2–7). Behandelt aus Anlaß der Entscheidung *Terell* v. *Secretary of State for the Colonies [1953] 2 Q. B. 482* die Frage der Absetzbarkeit der Richter in den britischen Kolonien.

Lauterpacht, H.: Public International Law – Foreign Legislation Enacted in Violation of International Law – Effect in England (S. 20–22). Kommentar zur Entscheidung des britischen Gerichts in Aden im Falle *Rose Mary, [1953] 1 W. L. R. 246,* die die persische Enteignung der Anglo-Iranian Oil Company nicht anerkannte.

Dias, R. W. M.: Mechanism of Definition as Applied to International Law S. 215–231).

— Vol. 13, 1955

Lauterpacht, H.: International Law – Sovereign Immunity – Proof of Interest (S. 19–23). Kommentar zu der Entscheidung des Judicial Committee of the Privy Council im Falle *Juan Ysmael & Co. Inc.* v. *Government of Indonesia [1955] A.C. 72,* in der dem Immunitätsanspruch der indonesischen Regierung bezüglich eines von ihr angeblich gekauften Schiffes mangels hinreichender Glaubhaftmachung des Erwerbs die Anerkennung versagt wurde.

Simon, J. E. S.: Evidence Excluded by Considerations of State Interest (S. 62–79). Behandelt die Voraussetzungen, unter denen die staatlichen Behörden die vom Gericht angeordneten Auskünfte oder Aktenvorlagen aus Staatssicherheitsgründen ablehnen können. Je

The Canadian Bar Review. Vol. 32, 1954

Paterson, Alastair R.: An Outline of the Law on Carriage by Air (S. 982–993).

Franck, Thomas: The Governor General and the Head of State Functions

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

(S. 1084–1099). Behandelt den Übergang von Aufgaben des Staatsoberhaupts von der englischen Krone auf den Generalgouverneur in den Dominien.

— Vol. 33, 1955

Friedmann, W.: Monopoly, Reasonableness and Public Interest in the Canadian Anti-Combines Law (S. 133–163). Kritische Übersicht über die kanadische Rechtsprechung zur Frage, wann wirtschaftliche Abreden und Machtstellungen unzulässig sind.

Cohen, Maxwell: Some International Law Problems of Interest to Canada and to Canadian Lawyers (S. 389–423). Überblick über aktuelle Fragen des Völkerrechts, die teils nur die Stellung des Staates in der Völkergemeinschaft betreffen (Souveränitäts-, Sicherheits-, Grenzfragen), teils auch für die Individuen von Bedeutung sind (Immunität, Naturalisation, Auslieferung, Eigentumserwerb von Ausländern usw.).

Richardson, Ivor L. M.: Incidents of the Crown-Servant Relationship (S. 424–459). Verf. untersucht auf Grund der Feststellung, daß zwischen der Krone und den in ihrem Dienst Stehenden ein Vertragsverhältnis eigener Art besteht, einzelne Gesichtspunkte dieses Verhältnisses, wie das Recht der Krone zur jederzeitigen Entlassung und Versetzung und die Ansprüche der Beschäftigten auf Gehalt, Pension usw. Der an sich jedem Vertrag zugrunde liegende und auf den Erfordernissen der *public policy* beruhende Vorbehalt einseitiger Beendigung oder Änderung des Dienstverhältnisses durch die Krone könne durch ausdrückliche Vereinbarungen ausgeschlossen werden, auch könnten rückständige Gehaltsforderungen gerichtlich geltend gemacht werden, doch gelte dies alles nicht für Angehörige des militärischen Dienstes. Bt

Columbia Law Review. Vol. 55, 1955

Cavers, David F.: Legal Planning against the Risk of Atomic War (S. 127–157).

Hirshleifer, Jack: Compensation for War Damage: An Economic View (S. 180–194).

Schwartz Jr., Charles P.: American Immigration Policy (S. 311–342). Behandelt die Einwanderungsgesetzgebung der USA *de lege lata* und *de lege ferenda,* besonders den zur Zeit maßgeblichen "McCarran – Walter Act" und den Entwurf der "Lehmann-Bill". Empfiehlt Beseitigung der durch das geltende Quotensystem geschaffenen Diskriminierung einzelner Nationen.

Taylor, Telford: Robert H. Jackson (1892–1954) – The Nuremberg Trials (S. 488–526). Würdigung der Tätigkeit des amerikanischen Hauptanklägers während der Nürnberger Prozesse. Mr

La Comunità Internazionale. Vol. 9, 1954

Salvatorelli, Luigi: Il problema tedesco (S. 527–532).

Cialdea, Basilio: L'alleanza balcanica e il compromesso per il Territorio Libero di Trieste (S. 533–557). Historisch-politische Betrachtungen zum Kompromiß vom 5. 10. 1954.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Della Porta, Glauco: Alcuni ostacoli all'unione economica dell'Europa (S. 566–587). Rn

— Vol. 10, 1955

Vanoni, Ezio: Lo sviluppo economico italiano e la cooperazione internazionale (S. 3–12). Verf. ist der Schöpfer des »Vanoni-Plans zur Förderung der Arbeitsmöglichkeiten und des Volkseinkommens 1955–1964« und »Ministro del Bilancio« und zeigt die internationalen Auswirkungen seines Planes auf.

Lacharrière, René de: L'evoluzione politica della Tunesia (S. 13–22). Verf. betrachtet die Entwicklung Tunesiens an Hand der rechtlichen Grundlagen des Protektoratsregimes.

Bompard, Ettore: Convertibilità delle monete: tendenze e problemi (S. 36–50). Verf. behandelt u. a. das Problem, durch welche rechtlichen Vorkehrungen eine Diskriminierung verhindert werden kann, wenn nicht alle Länder gleichzeitig zur Konvertibilität übergehen und untersucht dabei auch die Notwendigkeit einer Revision des GATT.

Martino, Gaetano: L'organizzazione internazionale e l'Italia (S. 215–225). Behandelt das Verhältnis Italiens zu den internationalen Organisationen.

Anzilotti, Eugenio: L'Accordo generale sulle tariffe doganali e il commercio (G. A. T. T.) e la sua revisione (S. 226–241). Überblick über die bisher beschlossenen Änderungen und ihre Auswirkungen.

Vegas, Ferdinando: L'Unione europea occidentale (S. 242–252). Verf. vergleicht den Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft mit dem über die Westeuropäische Union.

Marazzi, Alessandro: Considerazioni sull'Organizzazione del Patto Nord-Atlantico (S. 253–268). Verf. untersucht die Rechtsnatur des Atlantik-Paktes und die Rechtsstellung der NATO und ihrer Organe. Ts

Cuadernos Africanos y Orientales. 1954

Arqués, Enrique: Zona de influencia en vez de protectorado (N. 28, S. 9–17). Verf. tritt aus allgemeinen politischen Erwägungen für diese Bezeichnung des spanischen Besitzes in Marokko ein, die von 1913 bis 1918 amtlich galt.

Rubio García, Leandro: Una experiencia y una lección del Africa negra: Kenya (S. 29–51).

— 1955

Benítez Cantero, V.: El nuevo Gobierno marroquí de la zona jalifiana y sus funciones (N. 29, S. 9–15).

Gil Benumeya, Rodolfo: Perspectivas generales del Sudán en 1955 (S. 17–25).

Cordero Torres, José María: La influencia española en Marruecos: Lo que permiten y no que prohiben las estipulaciones internacionales de 1912 (S. 53–59). Bemerkungen über die Intensität des spanischen Einflusses im Anschluß an den oben genannten Aufsatz von Arqués.

Azzuz Haquim, Mohammad Ibn: Hacia una posible autonomía de la zona jalifiana (N. 30, S. 35–40). Sr

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Cuadernos de Derecho Angloamericano. 1954

Domke, Martin: Proyecto de convención sobre restricciones a la libertad de empresa, propuesto por las Naciones Unidas (S. 24–36). Sr

Cuadernos de Derecho Francés. 1954

Voltes, Pedro: La reforma judicial de 1953 en el Marruecos Francés (N. 3, S. 83–119). Bericht über die vier Dahirs vom 24. 10. 1953, die einen Teil der marokkanischen Rechtsreform darstellen, jedoch nur die unteren Gerichte berühren. Sr

Cuadernos de Política Internacional. 1954

García Arias, Luis: Francia y la integración militar europea (N. 19, S. 9–25). Bericht über die Entwicklung der EVG bis zur Londoner Konferenz.

Barcia Trelles, Camilo: Los caminos que condujeron a Lancaster House (S. 27–48). Die europäische Politik wird nach Ansicht des Verf. beherrscht durch die Machtposition der beiden großen Landmächte. Er sieht in dieser Erkenntnis das Motiv der englischen Außenpolitik, die nach dem Scheitern der EVG durch ihre Vorschläge die Entwicklung zu beeinflussen suchte.

Castro-Rial Canosa, Juan M.: Organismos Internacionales: Ante la próxima Conferencia General de la Unesco (S. 49–76). Einführung in die Probleme der UNESCO, an deren 8. Generalversammlung Spanien erstmals als Mitglied teilnimmt.

Martín de la Escalera, Carmen: En torno a la Conferencia de Ginebra y a los Estados Indochinos (S. 87-100).

Campbell, John R.: La revisión y el problema del veto en la Carta de la O. N. U. (S. 101–119). Die Entstehung des Vetorechts, seine häufige Anwendung durch die Sowjetunion und die mannigfachen Versuche, dessen Wirkung aufzuheben oder zu umgehen, bilden den Gegenstand der Untersuchung.

Barcia Trelles, Camilo: Europa ante el trance de su integración (N. 20, S. 25–56). Beim Neuaufbau Europas habe man sich zwei neuen Faktoren gegenüber gefunden: dem deutschen Vakuum und dem Zusammenbruch des Gleichgewichts der Kräfte. Von außen her habe der Dualismus USA–UdSSR die europäische Politik bedingt, dessen Gefahr Verf. in der Verhärtung der Provisorien sieht.

García Arias, Luis: Francia y la alianza militar europea (S. 57–72).

Fernández Quintanilla, Rafael: Organismos internacionales: La U. N. E. S. C. O. en Montevideo (S. 75–79).

R. O. I.: La Union Europea Occidental (S. 81–89).

Gil Benumeya, Rodolfo: La Liga Arabe a los diez años de su creación (S. 91–97).

L. B. T.: La actividad internacional en Hispanoamérica durante el año 1954 (S. 99–114).

Aniel-Quiroga, José Manuel: Las explosiones atómicas y las relaciones internacionales (N. 21, S. 9–23).

Prados Arrarte, Jesús: Proyecto de una unión iberoamericana de pagos (S. 25–41). Verf. sieht in einem derartigen Projekt die Vorstufe zu einer Gemeinschaft hispanischer Nationen unter Beibehaltung der einzelstaatlichen Souveränität.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Neumann, Robert G.: Tiene América un sistema de dos Partidos? (S. 43–59). Bericht über Struktur und Einfluß politischer Parteien in den USA.
Martín de la Escalera, Carmen: La Conferencia de Bangkok, el neutralismo asiático y los países amparados (S. 61–71).
Barcía Trelles, Camilo: Los Papeles de Yalta, estudio preliminar (S. 159–177). Einleitung zur Wiedergabe ausgewählter Dokumente. Sr

Cuadernos de Política Social. 1954

González Ruiz, María Encarnación: La seguridad social española y los tratados internacionales (N. 23, S. 49–69).

— 1955

García, Manuel Alonso: El sindicato y su integración en el Estado (N. 25, S. 27–64). Bericht über die Entwicklung der Rolle der Gewerkschaften im staatlichen Leben.
Varias Romeroso, Sancho: Funcionarios internacionales: sus inmunidades y privilegios (S. 65–101). Sr

Current History. Vol. 27, 1954

Comstock, Alzada: Cripps: Independence for India (S. 358–364).
Lawson, Ruth C.: The United States and the United Nations (S. 51–56). Verf. weist auf die zur Behebung der Schwächen der UN erforderlichen Revisionen hin. Dazu müßten sich die USA jedoch klar werden, ob sie bei einer Verstärkung der Stellung der UN als Weltsicherheitsorgan die damit verbundene Schwächung der eigenen Staatsgewalt in Kauf nehmen oder unter Verzicht auf dieses Bestreben nur die anderen Bereiche der UN fördern wollten. Ut

Cursos Monográficos. Vol. 4, 1954

Academia Interamericana de Derecho Comparado e Internacional.
Finch, George A.: Three Problems of International Law (S. 1–42). Wiedergabe einer 1948 gehaltenen Reihe von Vorträgen über Bestrafung von Kriegsverbrechern, internationale Kontrolle der Atomenergie und Souveränität über Polargebiete mit historischen Übersichten.
Jiménez de Aréchaga, E.: El Consejo de Seguridad de las Naciones Unidas (S. 43–186). In dem 1950 gehaltenen Kurs werden Vorgänger, Zuständigkeit, Organisation und Abstimmungsverfahren des Sicherheitsrats, friedliche Beilegung von Streitigkeiten und Kollektivmaßnahmen zur Sicherung oder Wiederherstellung des Friedens dargestellt. Vgl. die Vorlesung des Verf. an der Haager Akademie 1954.
Turlington, Edgar: The Control of Foreign Relations under the Constitutions of the American Republics (S. 187–247). Die (1950 abgeschlossene) Arbeit untersucht rechtsvergleichend die Zuständigkeit der Exekutive in auswärtigen Angelegenheiten, ihre verfassungsmäßigen Beschränkungen, Vertragsschließungsbefugnis und Verfassungsbestimmungen über Erfüllung vertraglicher Verpflichtungen.
Fenwick, Charles G.: The Law of the Organization of American States (S. 249–290). In der 1949 gehaltenen Vorlesung erläutert Verf., Direktor der Völkerrechtsabteilung der Pan-Amerikanischen Union, die Rechtsnatur der OAS, die inter-ameri-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

kanischen Sicherheitsverträge und die Verträge zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten sowie Aufgaben und Zuständigkeiten der Organisation im allgemeinen.
Sr

Deutsches Verwaltungsblatt. Jg. 70, 1955

Kleinsimon, Gerhard: Zur Rechtslage des Vermögens öffentlich-rechtlicher juristischer Personen des Reichsrechts mit Sitz in Gebieten außerhalb der Bundesrepublik, des Landes Berlin und der DDR (S. 45–47). Entgegnung auf den oben S. 156 angezeigten Aufsatz von Wengler. Verf. hält die These vom „Heimfall" solcher Vermögen an das Reichsvermögen wegen der regulatorischen Trennung des Reichsvermögens vom Vermögen nicht mehr bestehender reichsunmittelbarer juristischer Personen nach Art. 134 und 135 des Grundgesetzes für unrichtig.

Becker, Hans-Joachim: Die Bedeutung des Artikels 123 Absatz 2 des Grundgesetzes für die Reichsverträge (S. 105–110, 145–148). Verf. bejaht das Bestehen einer aus völkerrechtlichen Vertragsgrundsätzen dem Bundesverfassungsrecht vorgegebenen und von diesem durchgesetzten völkerrechtlichen Bindungsgarantie für Verträge des Reichs einschließlich des Reichskonkordats von 1933 gegenüber den Länderkompetenzen zur Änderung von Reichsrecht, zumal die Fortgeltung von Abkommen mit während des zweiten Weltkrieges Neutralen auch durch das Besatzungsrecht nicht berührt werde.

Hartmann: Zur Gesetzgebungskompetenz der Länder in der Zeit zwischen dem Inkrafttreten des Grundgesetzes und dem Zusammentreten des ersten Bundestags (S. 143–145).

Zee-Heraeus; Geiß: Sicherstellung der Erfüllung völkerrechtlicher Verpflichtungen auf dem Gebiet der gewerblichen Wirtschaft (S. 180–182). Behandelt den Bundesgesetzentwurf Bundesratsdrucksache Nr. 223 vom 25. 6. 1954.

Hoffmann, Werner: Probleme des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts und der Stand ihrer Lösung (S. 412–416). Behandelt die mit dem Gesetz vom 22. 2. 1955 (abgedruckt oben S. 670 ff.) zusammenhängenden Fragen.

Spanner, Hans: Das österreichische Amtshaftungsrecht. Eine rechtsvergleichende Darstellung (S. 545–548). Verf. vergleicht die österreichische mit der deutschen Regelung.

Hesse, Konrad: Kirchliche und staatliche Verwaltungsgerichtsbarkeit (S. 589–592). Die kirchlichen Verwaltungsgerichte seien „besondere Verwaltungsgerichte".
Hm

Documenti di Vita Italiana. Anno 5, 1955

– : Per una maggiore tutela dell'emigrazione. Accordi internazionali in materia di assicurazioni sociali (S. 2981–2988). Überblick über die Verträge Italiens mit anderen Ländern auf dem Gebiet der Sozialversicherung. Ts

Europa-Archiv. Jahr 9, 1954

Volle, Hermann: Die Agonie der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Eine Übersicht über die Entwicklung vom Juni bis zum September 1954 (S. 7115–7126).

— Jahr 10, 1955

Ahmad, Mushtaq: Die Stellung Pakistans in der Weltpolitik. Eine Übersicht über die pakistanische Außenpolitik 1947–1954 (S. 7195–7198).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Menzel, Eberhard: Funktionen der Minderheiten im gegenwärtigen Europa (S. 7199–7205). Verf. prüft die Frage, welcher Wandel im modernen Staatsbild eingetreten ist und welche Folgen sich daraus für die Stellung der nationalen Minderheiten ergeben. Da im Bereich des Staatlichen eine gewisse Relativierung eingetreten sei, sei die Zuerkennung eines verstärkten Schutzes der Volksgruppen vom Staat her gesehen ungefährlich. Die Minderheiten hätten die Aufgabe, Brücke zwischen den Völkern über die Grenzen zu sein.

Volle, Hermann: Die britische Europapolitik nach dem Scheitern der EVG. Eine Übersicht über die Entstehung der Londoner Vereinbarungen (S. 7231–7242; wird fortgesetzt).

Breitner, Franz: Zwei Jahre Montangerichtsbarkeit. Eine Darstellung der Funktionen und des Wirkens des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 7243–7250).

—: Probleme einer Änderung der Charta der Vereinten Nationen. Stellungnahme einer deutschen Studienkommission (S. 7263–7278).

Möller, Hans: Auf dem Wege zu einer internationalen Wirtschaftsordnung (S. 7323–7332).

Rüstow, Hanns-Joachim: Vorschläge zur Konvertibilität (S. 7332—7337).

Genzer, Walter E.: Rechtsfragen einer europäischen Währungsordnung (S. 7337–7342). Verf. behandelt die institutionellen Probleme einer europäischen Währungsordnung, besonders im Zusammenhang mit den organisatorischen Vorschlägen der „Konvertibilitätsstudie" der Europäischen Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (CEPES).

Black, Eugene R.: Deutschland und die Weltbank (S. 7389–7392).

Rooth, Ivar: Der Internationale Währungsfonds. Aufgaben und Funktionen (S. 7393–7397).

Toncic-Sorinj, Lujo: Das Schicksal Triests. Seine Bedeutung und Stellung in Vergangenheit und Gegenwart (S. 7461–7482).

Külz, Helmut R.: Die Wiederherstellung einer vorläufigen deutschen Staatsgewalt in den Erörterungen zwischen Ost und West seit 1945 (S. 7510–7522).

Stuebel, Heinrich: Zum völkerrechtlichen und staatsrechtlichen Stand Südwestafrikas (S. 7541–7552).

Bergsträsser, Arnold; Theodor Eschenburg: Die Eingliederung der Streitkräfte in das Staatswesen der Bundesrepublik (S. 7953–7958).

Steppat, Fritz: Regionale Sicherheitsbestrebungen im Mittleren Osten (S. 7985–8007).

Karunakaran, K. P.: Die Stellung Indiens in der Weltpolitik. Eine Übersicht über die indische Außenpolitik 1947–1955 (S. 8031–8036). Bh

Fédération. Année 12, 1955

Jouvenel, Bertrand de: A Luxembourg: Naissance d'une Fédération (S. 116–124). Verf. behandelt Aufbau und Funktionen der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl und ist der Ansicht, daß sie gemäß ihrer Anlage zu einer echten Föderation der Mitgliedstaaten ausgebaut werden müsse, wenn sie nicht verkümmern solle.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Bassot, Jacques: Des pourparlers franco-tunisiens à l'Union fédérale française (S. 130–137). Setzt sich für die Umwandlung des Protektoratsverhältnisses in ein Assoziationsverhältnis ein.

van der Goes van Naters, Marinus: Du projet de Strasbourg à l'accord de Paris. L'européisation reste la seule solution (S. 225–229).

Delavignette, Robert: Qu'est-ce que le Maghreb? (S. 392–397). Bh

Förvaltningsrättslig Tidskrift. Årg. 17, 1954

Conradi, Erland: Rättspraxis om stats och kommuns skadeståndsansvar utan skuld [Rechtspraxis betreffend die schuldlose Haftung des Staates und der Gemeindeverbände] (S. 247–259). Verf. erörtert nach rechtsvergleichendem Überblick die verschiedenen Tatbestände, die nach schwedischer Rechtsprechung eine Staatshaftung ohne Verschulden begründen.

Wildeman, Curt: Om bevakning av statsverkets fordringsanspråk [Über die Geltendmachung von Forderungen der Staatskasse] (S. 260–266).

Jägerskiöld, Stig: Staten, kronan och myndigheterna. Några anteckningar [Staat, Krone und Behörden. Einige Anmerkungen] (S. 299–342). In Auseinandersetzung mit den verschiedenen Theorien untersucht Verf. die Rechtsform, unter der der Staat und seine Einzelorgane selbständig am Rechtsverkehr teilnehmen, insbesondere ihre Unterordnung unter den Begriff der juristischen Person.

Romson, Rolf: Kommuns skadeståndsansvar för åtgärd av självförvaltningsorgan [Die Haftung der Gemeinde für Akte von Selbstverwaltungsorganen] (S. 343–353).

— Årg. 18, 1955

Strömberg, Håkan: Under vilka förutsättningar bör enligt svensk förvaltningsrätt en förvaltningsakt anses som en nullitet? [Unter welchen Voraussetzungen muß nach schwedischem Verwaltungsrecht ein Verwaltungsakt als nichtig angesehen werden?] (S. 112–125).

Petrén, Gustaf: Regeringsrättens kontroll över förvaltningen i komparativ belysning [Die Kontrolle der Verwaltung durch das Regierungsgericht in rechtsvergleichender Betrachtung] (S. 126–142). Erläutert Wesen und Aufgaben des schwedischen Regierungsgerichts, das als Verwaltungsorgan mit Struktur und Arbeitsweise eines Gerichts definiert wird und dem sowohl Rechtsprechungs- wie Verwaltungsfunktionen obliegen. Hr

Foreign Affairs. Vol. 33, 1954/55

Adenauer, Konrad: Germany, the New Partner (S. 177–183). Nach dem Scheitern der EVG sieht Verf. die Integration der Bundesrepublik Deutschland in das westliche Bündnissystem unter dem Leitgesichtspunkt der europäischen Einigung durch die Einbeziehung Deutschlands in den Brüsseler Pakt.

Abdel Nasser, Gamal: The Egyptian Revolution (S. 199–211).

May, Stacy: Folklore and Fact About Underdeveloped Areas (S. 212–224).

Dayan, Moshe: Israel's Border and Security Problems (S. 250–267).

Thorp, Willard L.: Europe's Progess Toward Economic Integration (S. 282–297).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Hammond, Thomas Taylor: The Djilas Affair and Jugoslav Communism (S. 298–315). Hm

Spaak, Paul-Henri: The Atom Bomb and NATO (S. 353–359). Die Stellungnahme der letzten NATO-Konferenz, daß die Entscheidung über Atomwaffeneinsatz nach wie vor bei den Regierungen der NATO-Staaten liege, sei an sich richtig, doch erfordere die gemeinsame Verteidigung eine Stärkung der Stellung des NATO-Rates.

Dean, Arthur: United States Foreign Policy and Formosa (S. 360–375). Nach einem Rückblick auf die amerikanische China-Politik seit der Kairoer Erklärung vom 1. 12. 1943 erwägt Verf. die künftigen Möglichkeiten u. a. im Rahmen einer Reorganisation der Aufnahme neuer Mitglieder in die UN und an Hand einer Prüfung der völkerrechtlichen Stellung Formosas und der Pescadoren und ihrer etwaigen Veränderung durch den Beistandspakt zwischen USA und Nationalchina.

Strang, Lord: Germany between East and West (S. 387–401). Rn

Kennan, George F.: The Future of our Professional Diplomacy (S. 566–586). Behandelt organisatorische und personelle Probleme des amerikanischen auswärtigen Dienstes.

Sontag, Raymond: J.: Reflections on the Yalta Papers (S. 615–623). Den Schlüssel zum Verständnis der amerikanischen Haltung in Yalta und ihres Hauptanliegens, die sowjetische Freundschaft zum Zwecke dauernder Friedenssicherung zu gewinnen, böten nicht so sehr die Protokolle der Konferenz selbst, als vielmehr die Dokumente der Vorbereitungsperiode, die zusammen mit den Protokollen erst den vollen Umfang des sowjetischen Täuschungsmanövers offenbarten.

McNaught, Kenneth: Ottawa and Washington Look at the U. N. (S. 663–678). Kanada, das der „Friedensmythologie" der UN nicht traue und an eine diplomatische Rolle zwischen England und den USA gewöhnt sei, setze sein „zynisches" trianguläres Spiel auch innerhalb der UN fort und sei nicht bereit, Verpflichtungen einzugehen, die nicht in gesunder Relation zum Vermögen stehen, und habe sich folgerichtig zwar dem atlantischen Dreieck, doch weder dem ANZUS-Pakt noch der SEATO angeschlossen. Der von Kanada angeregte Art: 2 des NATO-Paktes spiegle seine Politik der Loyalität zum Commonwealth und gleichzeitig die der Freihandelswünsche an die USA; dies zeige aber auch das größere Zutrauen Kanadas zum Funktionalismus als zum Idealismus, das auch seine Politik innerhalb der UN bestimme, in einer Mischung aus Pessimismus und nüchternen Hoffnungen. Hm

Foreign Affairs Reports. Vol. 3, 1954

Gupta, Sisir: The Political Crisis in Pakistan (S. 133–146). Bespricht die politischen Hintergründe der Verfassungsschwierigkeiten in Pakistan.

Mujeeb, M.: Yugoslavia: A Bird's-Eye View (S. 147–162). Kurzer Abriß der jugoslawischen Verfassung.

— Vol. 4, 1955

Gibson, John S.: The Guatemalan Case and Universal-Regional Relationships (S. 1–16). Verf. nimmt Darstellung des Falles von Guatemala vor dem Sicherheitsrat im Juni 1954 zum Anlaß, um den Zuständigkeitskonflikt zwischen den UN und

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Regionalorganisationen zur Beilegung von Streitigkeiten (Art. 52 UN-Charta) aufzuzeigen. Es sei eine bedauerliche Schwächung der Idee universaler Sicherheit durch die UN, wenn der Sicherheitsrat in seiner Funktion der Friedenssicherung durch mächtige Regionalorganisationen ausgeschaltet werden könne.

Kabir, Humayun: India and UNESCO (S. 31–42).

Poplai, S. L.: Asian-African Conference (S. 43–52). Schildert die politische Lage der afrikanisch-asiatischen Völker vor Beginn der Bandung-Konferenz.

Ziadeh, Nicola A.: Parties and Politics in Syria and Lebanon (S. 53–63).

Gupta, Sisir: Relations Between Pakistan and Afghanistan (S. 81–96).

Abdulgani, Roeslan: The Asian-African Conference in Retrospect (S. 97–110). Verf. berichtet über die Konferenz in Bandung im April 1955. Hr

Il Foro Italiano. Anno 80, 1955

Monografie e varietà giuridiche

Cicchitti Suriani, Arnaldo: I patti lateranensi a Trieste dal 1943 al 1954 (S. 44–47).

Fragola, Umberto: Aspetti giuspubblicistici del clearing (S. 67–68). Befaßt sich mit folgenden Problemen: Besteht ein Anspruch des italienischen Gläubigers gegenüber dem Ufficio italiano dei cambi auf Auszahlung eines für ihn bestimmten Betrages und ein entsprechender Anspruch des ausländischen Gläubigers auf Auszahlung des vom italienischen Schuldner eingezahlten Betrages? In welchem Umfang besteht bei schuldhafter Verzögerung der Auszahlung ein Amtshaftungsanspruch des Gläubigers? Kann ein Dritter die beim Ufficio dei cambi eingezahlten Beträge pfänden lassen? (Vgl. diese Zeitschrift Bd. 15, S. 1 ff.). Ts

Die Friedens-Warte. Bd. 52, 1953/55

Huber, Max: Wandlungen des Völkerrechts und Probleme der Erforschung seiner Geschichte (S. 297–310). Die Wandlungen des Völkerrechts im 20. Jh. seien an früheren Entwicklungen zu messen. Das von der politischen, Wirtschafts- und Geistesgeschichte erarbeitete Material reiche für den Völkerrechtshistoriker nicht aus. Eine Darstellung der Geschichte des Völkerrechts erfordere im Prinzip die Kenntnis des gesamten Völkerrechts in jedem zur Darstellung gelangenden Zeitpunkt, was menschliche Kraft im allgemeinen übersteige. Sie müsse sich daher zeitlich und gegenständlich beschränken. Es sei zwischen lebender, noch irgendwie fortdauernder, und toter, durch Neues ersetzter Vergangenheit zu unterscheiden. Durch das 16. und 17. Jh. hindurch müsse ins Mittelalter vorgestoßen werden, ohne dessen universale Ideen sich nach der Zerbröckelung Europas durch Nationalstaat und Glaubensspaltung die Idee eines gemeinsamen Rechtes nicht so rasch hätte herausbilden können. Andererseits seien die biblischen und antiken Ereignisse, trotz ihrer Autorität noch im 17. Jh., nicht als Vorstufen des heutigen Völkerrechts zu werten, ebenso seien die zwischenstaatlichen oder hegemonischen Verhältnisse im chinesischen, indischen oder islamitischen Kulturraum, auch soweit sie denen des europäischen Völkerrechts ähneln, ohne Zusammenhang mit diesem und kein Teil von dessen Geschichte. Das heutige Völkerrecht sei ein universales geworden, aber seine Geschichte sei die des europäischen seit Ende des Mittelalters, zugleich die des ameri-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

kanischen seit Ende des 18. und Anfang des 19. Jh. Damit seien der völkerrechtsgeschichtlichen Forschung in Zeit und Raum Grenzen gezogen. Ihr müsse, wie hinsichtlich des Phänomens Staat, eine soziologische vorangehen. Sie müsse geleitet sein von einer Abgrenzung des eigentlichen Völkerrechts gegenüber der *comitas gentium*, nur faktischen Regelmäßigkeiten, ethischen oder naturrechtlichen Normen. Für die Völkerrechtsgeschichte sei die Rangordnung der Normen umgekehrt der durch Art. 38 des IGH-Status aufgestellten: für sie stünden die „allgemeinen von den Kulturstaaten anerkannten Rechtsgrundsätze" an erster Stelle, „weil vor allem sie den Charakter des Völkerrechts einer bestimmten Epoche bestimmen und selber die Grundlage allen Vertragsrechtes hinsichtlich der Verbindlichkeit, der Auslegung und des Zustandekommens der Verträge bilden". Um ihretwillen verdiene die Geschichte der Doktrinen die größte Aufmerksamkeit, da aus den Doktrinen die Formulierung der allgemeinen Rechtsgrundsätze hervorgehe. Die soziologische und die juristische Betrachtung bedürfen der Ergänzung durch die historisch-politische, unter Einschluß der wirtschaftlichen. Betrachte man die Wandlungen des Völkerrechts im 20. Jh. im Lichte der Entwicklung von 1500 bis 1900, so sei diese letztere bis etwa 1914 eine solche der Kontinuität, unter der Leitidee des souveränen Staates, auf den ihre Normen bezogen waren. Das Aufkommen weltweiter Organisationen und der Idee der kollektiven Sicherheit bedeute einen Umbruch, nicht so tief wie der von der Pax Romana zum Chaos der Völkerwanderungszeit oder vom Mittelalter zum heutigen Völkerrecht, doch mehr als Mutation des Bisherigen. Die Kontinuität bleibe im individualistischen Prinzip des Vetorechts gewahrt. Die Kenntnis der Völkerrechtsgeschichte erschließe den Geist des Völkerrechts und seine Wandlungen und zuletzt den Sinn des Völkerrechts. Dieses müsse als eine Erscheinungsform der Geschichte seinen Sinn in dem der Geschichte finden. Bis jetzt sei noch nicht versucht worden, die ganze, wenigstens abendländische Philosophie auf völkerrechtliche Gehalte, wenn auch ohne Verwendung des Begriffs Völkerrecht, zu durchforschen. Verf. sieht im Föderalismus ein Strukturprinzip der Staaten wie auch der Staatengesellschaft, eine Synthese von Freiheit und Ordnung, zwischen welchen Polen die Geschichte verlaufe.

Köver, J. F.: Halbheiten der europäischen Integration (S. 311–331). Verf. verfolgt die Integrationsentwicklung seit dem Vertrag von Dünkirchen vom 4. 3. 1947 über Europarat und Montanunion zur Westeuropäischen Union und stellt der zunächst vorwiegend militärisch orientierten und formellen Integration die in Churchills Reden vom 5. 3. und 19. 9. 1946 enthaltene Konzeption einer grundsätzlich das ganze nationale Leben umfassenden, wenn auch nicht fest gebundenen gegenseitigen Unterstützung zwischen USA und Großbritannien als fruchtbarere Methode gegenüber. Er zeigt u. a. die Schwierigkeiten, die sich für die Montanunion aus ihrer Beschränkung auf sechs Länder und zwei Produktionszweige ergeben, in der Praxis der Hohen Behörde und des Gerichtshofs.

Eustathiades, Constantin Th.: La Convention Européenne des Droits de l'homme et le Statut du Conseil de l'Europe (S. 332–361; Bd. 53, S. 47–69). Nach Darstellung ihrer Vorgeschichte unternimmt Verf. eine Analyse der Konvention und zeigt, in welcher Weise die in und außerhalb der Konvention vorgesehenen

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Organe (Europarat, UN, Menschenrechtskommission und -gerichtshof) bei Menschenrechtsverletzungen in Anspruch genommen und tätig werden können, das Verhältnis der beteiligten Organe untereinander sowie die Lücken des Sanktionierungssystems.

— Bd. 53, 1955/56

Seidl-Hohenveldern, Ignaz: Völkerrechtswidrige staatliche Eigentumseingriffe und deren Folgen (S. 1–27). Ausgehend vom Fehlen eines absoluten völkerrechtlichen Eigentumsschutzes behandelt Verf. nach der Frage der Rechtmäßigkeit der durch fremdenrechtswidrige Eingriffe geschaffenen Eigentumstitel die Völkerrechtswidrigkeit von Eingriffen wegen Souveränitätsverletzung und die Frage der Nichtanerkennung der unter Souveränitätsverletzung geschaffenen Eigentumstitel im Falle entschädigungsloser Konfiskation sowie bei Enteignung gegen angemessene Entschädigung.

Schätzel, Walter: Neutralität (S. 28–36). Verf. behandelt die Antinomien zwischen der UN-Charta und der politischen Wirklichkeit in Bezug auf Möglichkeiten der Neutralität.

De Visscher, Charles: La Conférence de la Charte des Nations Unies. Article 109 de la Charte (S. 37–46). In seiner Vorschau auf die 10. Jahrestagung der UN-Generalversammlung gibt Verf. eine Übersicht der wichtigsten Vorschläge zur Änderung der UN-Charta. Rn

The Georgetown Law Journal. Vol. 41, 1952/53

Hill, Norman: Law and Procedure of the United Nations on the Calling of Conferences (S. 1–17).

Day, Rutherford: The Federal Government's Power to Requisition under the Defense Production Act of 1950 (S. 18–39).

Jacob, John B.; Thomas H. Wall: Communications Act Amendments, 1952 – Clarity or Ambiguity (S. 135–181).

Smith, James Barclay: The Privilege of Silence and Legislative Process (S. 330–362).

Heckmann, Jerome H.: Administrative Law. Our Immigration Laws, a Continuing Affront to the Administrative Procedure Act (S. 364–393).

Nakasian, Samuel: The Anglo-Iranian Oil Case. A Problem in International Judicial Process (S. 459–494).

— Vol. 42, 1953/54

Re, Edward D.: Nationalization and the Investment of Capital Abroad (S. 44–68).

Nigro, Felix A.: Senate Confirmation (S. 241–260). Behandelt die Zustimmung des Senats zur Ernennung von Staatsfunktionären durch den Präsidenten der USA.

Boudin, Leonard B.: The Immunity Bill (S. 497–528). Behandelt die Anwendung des Zeugnisverweigerungsrechts bei Gefahr der Selbstbezichtigung auf Vernehmungen durch Kongreßkomitees und die McCarran-bill (S. 16), die Verf. ablehnt.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— Vol. 43, 1954/55

Wheatley Jr., Charles F.: A Study of Administrative Procedures – The Department of Interior (S. 166–207). Überblick über das Verwaltungsverfahren nach dem Administrative Procedure Act von 1946 in den USA. Dadurch sei ein demokratisches Verfahren grundsätzlich sichergestellt. Den schnell wachsenden Erfordernissen der Zeit suche die Verwaltung durch eigene Anpassung erfolgreich zu entsprechen.

Clay, Henry J.: Aspects of Settling Claims under the Yugoslav Claims Agreement of 1948 (S. 582–614). Rn

Headline Series. 1954

Hammond, Thomas Taylor: Yugoslavia Between East and West (N. 108, S. 3–55). Verf. schildert eingehend Geschichte, Staatsaufbau und Wirtschaft sowie die innen- und außenpolitische Linie des Landes. Ut

India Quarterly. Vol. 11, 1955

Yokota, Kisaburo; Tomoo Otaka: Japan and the United Nations: A Study of the National Policy and Public Attitudes of Japan towards the United Nations (S. 3–15).

Giniewski, Paul: Germany and Israel (S. 15–30). Verf. behandelt das Zustandekommen des deutschen Wiedergutmachungsabkommens mit Israel vom 10. 9. 1952, den gegenwärtigen Stand seiner Ausführung und die politischen Rückwirkungen. Im Anhang auszugsweise Wiedergabe des Vertragstextes.

Rama Sastri, J. V. S.: Managerial Implications of Nationalization in India and Great Britain (S. 55–62).

Mookherji, S. B.: Russo-American Relations in Retrospect – 1776–1945 (S. 83–92).

Younger, Kenneth: United Nations Charter Review. A British Opinion (S. 105–116).

McInnis, Edgar: Revision of the Charter. A Canadian View (S. 116–124).

Dantwala, M. L.: Land Policies in Asia and Far East (S. 158–167). Behandelt den Stand der Bodenreform.

Sivaswamy, K. G.: Community Development in Israel (S. 167–174). Hr

The Indian Journal of Political Science. Vol. 14, 1953

Vaze, S. G.: "Clear and Present Danger" Test. The Contrary Gitlow Holding Ignored or Silently Overruled (S. 85–92). Behandelt amerikanische Rechtsprechung zum Grundrecht der freien Meinungsäußerung und seinen Beschränkungen und die Anwendung dieser Grundsätze im Rahmen des Art. 19 (2) der indischen Verfassung.

Masaldan, P. N.: Some Principles of Interpretation Employed by the Federal Court of India (1937–1949) (S. 93–97).

Ghosh, Ramesh Chandra: Constitutional Decisions of the Supreme Court of India (S. 98–112). Besprechung folgender Fälle: 1. *A. K. Gopalan* v. *The State of Madras* [(1950) S. C. R. 88], 19. 5. 1950 (Interpretation des Art. 32 (1) indische Verfassung – Habeas Corpus); 2. *Pritam Singh* v. *The State* [(1950) S. C. R. 453], 5. 5. 1950 (Interpretation des Art. 136 indische Verfassung); 3. *Bharat Bank Ltd.*

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

v. *Employees of the Bharat Bank Ltd.* [(1950) S. C. R. 459], 26. 5. 1950 (Art. 136 indische Verfassung); 4. *Dr. Khare* v. *State of Delhi* [(1950) S. C. R. 519], 26. 5. 1950 (Art. 19 (1) (d) indische Verfassung).

Krishnamoorthy, C. R.: Organisation and Methods in the British Government (S. 113–122).

Sharma, Sri Ram: Sir Ivor Jennings and Constitutional Laws of India (S. 145–152).

Rajan, M. S.: The Idea of National Interest (S. 188–200). Gedanken zum Umfang des *domaine réservé* in Art. 15 (8) Völkerbundssatzung und Art. 2 (7) UN-Charta.

Mukerji, Krishna P.: Circumstances Leading to Ceylon's Independence (S. 230–238).

Markose, A. T.: Growth of the Administrative State in India (S. 265–278).

Sen, Kalyani: Developments in Indonesia (S. 298–308). Behandelt die Entstehung des Staates Indonesien.

Ghosal, A. K.: Federalism in the Indian Constitution (S. 317–332).

Pal, Khagendra Chandra: The Relations between the Indian Union and the State of Jammu and Kashmir (S. 333–346).

Rao, K. V.: Centre-State Relations in Theory and Practice (S. 347–355). Untersucht die Bund-Länder-Beziehungen nach der indischen Verfassung.

Khanna, B. S.: The Problem of Part C States (S. 356–360).

— Vol. 15, 1954

Sharma, Bodh Raj: Reflections on Parliamentary Democracy in India (S. 1–18).

Asirvatham, Eddy: The Birth of Israel (S. 19–29).

Sharma, Sri Ram: An Appraisal of Appleby Report on Public Administration in India (S. 30–49).

Ghosh, Ramesh Chandra: The Impact of Treaty Implementation on Distribution of Powers (S. 89–114). Nach rechtsvergleichendem Überblick untersucht Verf., in welchem Umfang nach der gegenwärtigen indischen Praxis eine Verschiebung der Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern zugunsten der Bundesgewalt durch die Ausführung internationaler Abmachungen entsteht.

Maity, Anadi Bhusan: The Problem of the Turkish Straits (S. 134–152).

Mukerji, Krishna P.: Is India a Federation? (S. 177–179). Verf. kommt zu dem Schluß, daß die indische Verfassung unitarischen Charakter trage.

Narain, Iqbal: The Seed Time of Indian Citizenship in Natal (1860–1874) (S. 225–255). Hr

Indonesië. Jg. 8, 1955

Chowdhuri, R. N.: The Anti-Slavery Movement (S. 48–58). Bericht über die Vorgeschichte der Antisklavereibewegung und die Tätigkeit des Ad hoc Committee on Slavery (E/AC. 33) des ECOSOC.

Schoonhoven, J.: De huidige structuur van Latijns Amerika (S. 273–292). Verf. berücksichtigt auch die Ausbildung des indianischen Volksbewußtseins und das Rassenproblem.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Egmond, Maria J. van: Wanneer kan een niet-zelfregerend gebied geacht worden zelfregering te hebben bereikt? (S. 321–351). Am Beispiel Iraks zeigt Verf. die Behandlung der Frage durch den Völkerbund, mit der sich die UN ebenfalls schon seit längerem beschäftigen. Sie bespricht die mit General Assembly Resolution 742 (VIII) vom 27. 11. 1953 angenommene Liste der Bedingungen für eine Selbständigkeitserklärung. Sr

Informations Constitutionelles et Parlementaires. 1954

Hoff, Gunnar: Le Contrôle de la Constitutionnalité des Lois (S. 160–181). Aus 20 eingegangenen Antworten auf eine Umfrage der Union Interparlementaire resumiert Verf. die verschiedenen Verfahren der Prüfung der Verfassungsmäßigkeit und die Wirkungen der Feststellung durch das erkennende Organ. Dabei zieht Verf. unabhängige Verfassungsgerichtshöfe den mehrheitsabhängigen Parlamenten vor.
Fellowes, Edward: Les pouvoirs de la Présidence d'une Assemblée parlementaire (S. 182–208). Wahl, Stellung im Staate und Rechte im parlamentarischen Bereich sind die Fragen, die Verf. rechtsvergleichend untersucht nach Angaben, die 20 Parlamente und die Gemeinsame Versammlung der EGKS vorgelegt haben. Verf. hebt die Bemühungen der meisten Parlamente hervor, besonders die letzte Entscheidung dem Plenum vorzubehalten und unterstreicht die Bedeutung des persönlichen Vertrauens zwischen dem Parlament und seinem Präsidenten. Sr

International Affairs. Vol. 31, 1955

Birdwood, Lord: The Defence of South East Asia (S. 17–25).
Issawi, Charles: The Bases of Arab Unity (S. 36–47). Übersicht über historische und kulturelle Bindungen zwischen den arabischen Staaten.
Lewis, Norman N.: The Frontier of Settlement in Syria, 1800–1950 (S. 48–60).
Hostie, Jan F.: Problems of International Law Concerning Irrigation of Arid Lands (S. 61–69).
Carrington, C. E.: A New Theory of the Commonwealth (S. 137–148). Verf. sieht die jetzige Bedeutung des Commonwealth in der wirtschaftlichen und kulturellen Verknüpfung der politisch weitgehend unabhängigen Glieder.
Abs, Hermann J.: Germany and the London and Paris Agreements (S. 167–173).
Rusett, Alan de: Large and Small States in International Organization. The Need for a New Approach to the Question of Weighting Votes in the General Assembly (S. 192–202). Fortsetzung des oben S. 360 angezeigten Aufsatzes. Verf. bezweifelt die Möglichkeit einer Stimmwägung in der Generalversammlung, da es an der erforderlichen Homogenität der Staaten und ihrer Bereitschaft, sich Mehrheitsentschlüssen zu unterwerfen, fehle. Statt dessen könne in neu zu schaffenden Sonderorganen den bedeutenderen Staaten für bestimmte Fragen eine Führungsrolle zugebilligt werden.
Peterson, A. D. C.: The Birth of the Malayan Nation (S. 311–316).
Grün, George A.: Locarno. Idea and Reality (S. 477–485). Kritische Würdigung der Locarno-Verträge von 1925. Bt

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

The International and Comparative Law Quarterly. Vol. 4, 1955

Johnson, D. H. N.: The Case of the Monetary Gold Removed from Rome in 1943 (S. 93–115). Bericht über die Vorgeschichte und kritischer Kommentar zu der Entscheidung des IGH vom 15. 6. 1954 (I. C. J. Reports, 1954, p. 19). Ein Auszug des vorgängigen Schiedsspruchs von Sauser-Hall in der gleichen Sache ist beigefügt.

Margolis, Emanuel: Soviet Views on the Relationship between National and International Law (S. 116–128).

Domke, Martin: The United Nations Draft Convention on Restrictive Business Practices (S. 129–140). Kritische Würdigung des von dem Ad Hoc Committee on Restrictive Business Practices für die 16. Session des ECOSOC ausgearbeiteten Abkommensentwurfs zur Bekämpfung internationaler Kartellpraktiken (U. N. Document E/2380, 30. 3. 1953).

Yamada, Y.: The New Japanese Constitution (S. 197–206). Überblick über die Grundzüge der japanischen Verfassung vom 3. 11. 1946.

O'Connell, D. P.: A Critique of the Iranian Oil Litigation (S. 267–293). Überblick über die in Aden, Italien und Japan durchgeführten Prozesse der Anglo-Iranian Oil Company um das Eigentumsrecht an dem Erdöl, das nach der Nationalisierung ihrer Konzessionen in Persien von der persischen Erdölgesellschaft gefördert und ausgeführt worden war. Verf. kritisiert die von den verschiedenen Gerichten verwendeten Argumente für die Anerkennung oder Nichtanerkennung der persischen Nationalisierungsgesetzgebung und ist der Meinung, daß diese Frage nicht unter dem Gesichtspunkt des *ordre public* des einzelnen Staates, sondern unter dem völkerrechtlichen Gesichtspunkt der Kompetenz eines Staates zur Enteignung der innerhalb seiner Grenzen befindlichen Vermögenswerte und der hierfür bestehenden Schranken hätte beurteilt werden müssen.

Farran, C. d'Olivier: International Enclaves and the Question of State Servitudes (S. 294–307). Verf. behandelt die Rechtsstellung der heute noch vorhandenen gebietlichen Enklaven, die die Anwendung der Grundsätze einer völkerrechtlichen Servitut rechtfertigt.

Oda, Shigeru: The Territorial Sea and Natural Resources (S. 415–425). Verf. wendet sich gegen die Inanspruchnahme ausschließlicher Fischereirechte durch den Küstenstaat außerhalb der Grenzen seiner Territorialgewässer. Verf. erkennt ein gewisses Aufsichtsrecht des Küstenstaates außerhalb seiner Territorialgewässer innerhalb einer sogenannten *contiguous zone* zum Zwecke der Verhinderung und Bestrafung der Verletzung seiner für die Territorialgewässer und den Verkehr mit dem Ausland erlassenen Bestimmungen an; dieses erstrecke sich jedoch nicht auf die Fischerei außerhalb der Territorialgewässer.

Wells, E. J. M.: Guarantees in International Economic Law (S. 426–444). Verf. behandelt die verschiedenen Formen von »Garantien« im engeren (Zahlungsgarantien) und weiteren Sinne (Verpfändung von Staatseinnahmen, Gebietsbesetzungen und Kontrollorgane) zur Sicherung der Erfüllung finanzieller und wirtschaftlicher Verpflichtungen eines Staates und die hierauf anzuwenden Rechtsgrundsätze. Verf. kommt zu dem Ergebnis, daß allgemeinvölkerrechtliche Rechtsgrundsätze

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

über die in jedem Falle speziell vereinbarten vertraglichen Bestimmungen hinaus auf diesem Gebiet kaum nachweisbar seien.

Johnson, D. H. N.: The Draft Code of Offences against the Peace and Security of Mankind (S. 445–468). Kritische Stellungnahme zu dem unter der International Law Commission während ihrer 6. Tagung (1954) ausgearbeiteten Entwurf. Der Text des Entwurfs ist als Anlage zu dem Aufsatz abgedruckt.

Carter, P. B.: Sovereign Immunity: Substantiation of Claim (S. 469–475). Verf. berichtet über die Entscheidung des Judicial Committee of the Privy Council im Falle *Juan Ysmael & Co. Inc.* v. *Government of the Republic of Indonesia* ([1954] 3 W. L. R. 531). Diese hatte den Antrag der indonesischen Regierung, die in einem Verfahren gegen ein angeblich von ihr gekauftes Schiff interveniert und sich auf ihre Immunität berufen hatte, auf Einstellung dieses Verfahrens abgelehnt, weil sie ihren Eigentumstitel nicht hinreichend glaubhaft machen konnte. Verf. begrüßt diese Entscheidung als Anzeichen einer weniger starren Handhabung des Grundsatzes der Immunität eines ausländischen Staates.

Schwelb, Egon: The Question of a Time Limit for the Ratification of Amendments to the Charter of the United Nations (S. 475–483). Behandelt die Frage, ob es zulässig ist, bei Satzungsänderungen gemäß Art. 108, 109 der UN-Charta eine Frist für die Ratifikation durch die einzelnen Mitgliedstaaten zu setzen, nach deren fruchtlosem Ablauf die beschlossene Änderung endgültig als nicht angenommen gelten würde. Verf. bejaht diese Frage unter analoger Heranziehung der Verfassungspraxis der UN bei Verfassungsänderungen. Je

International Conciliation. 1954/55

Rivlin, Benjamin: Self-determination and dependent areas (S. 195–271). Bericht über die bis Ende 1954 zwischen »Kolonial-« und »Antikolonialmächten« im Rahmen der UN geführten Auseinandersetzungen um Gewährleistung des nationalen Selbstbestimmungsrechts in der UN-Charter oder als Menschenrecht. Verf. zeigt den Zusammenhang zwischen Selbstbestimmungsrecht und Treuhandsystem an Hand der Fälle West-Samoa und Togoland und skizziert die Stellung der nicht autonomen Gebiete. Unter dem Leitgedanken Weltfriede und Sicherheit behandelt er die Fälle Palästina, italienische Kolonien, Indonesien, Marokko und Tunis und als bisher einzigen Anwendungsfall des Art. 1 (2) der UN-Charter die Zypern-Frage. Die Erfahrung zeige die Unmöglichkeit, das Problem durch eine rechtliche Formel zu lösen. Hm

Goormaghtigh, John: European Coal and Steel Community (S. 343–408). Bericht über Struktur, Entstehung und Tätigkeit der Montanunion.

— 1955/56

— : Issues Before the Tenth General Assembly (S. 1–160) Mr

International Organization. Vol. 8, 1954

Kaplan, Lawrence S.: NATO and Its Commentators: The First Five Years (S. 447–467). Kritische Übersicht über militärische und politische Stellungnahmen.

Robinson, Kenneth: World Opinion and Colonial Status (S. 468–483).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

McIntyre, Elizabeth: Weighted Voting in International Organizations (S. 484–497).

— Vol. 9, 1955

Basch, Antonin: The Colombo Plan: A Case of Regional Economic Cooperation (S. 1–18).

Lourié, Sylvain: The United Nations Military Observer Group in India and Pakistan (S. 19–31). Behandelt die Überwachung des Waffenstillstandes im Kaschmir-Konflikt.

Bates, Margaret L.: Tanganyika: The Development of a Trust Territory (S. 32–51). Überblick über die Einwirkung der Ständigen Mandatskommission des Völkerbunds und des Treuhänderrates der UN auf die Verwaltung des Mandatsgebietes.

Finkelstein, Lawrence S.: Reviewing the United Nations Charter (S. 213–231). Ausgehend von Feststellung, daß jede Änderung der UN-Satzung der Zustimmung aller ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates bedarf und die gegenwärtige politische Situation ihre Übereinstimmung in wesentlichen Fragen ausschließt, verneint Verf. die Dringlichkeit einer Revision und der Einberufung einer Revisionskonferenz nach Art. 109 Abs. 3. Die Hauptaufgaben der UN, zu denen vor allem auch der Ausgleich zwischen den Staaten und Mächteblöcken gehöre, könnten im Rahmen der geltenden Satzung gefördert werden.

Rubinstein, Alvin Z.: Soviet Policy Toward Under-Developed Areas in the Economic and Social Council (S. 232–243).

Rosenne, Shabtai: The International Court and the United Nations: Reflections on the Period 1946–1954 (S. 244–256). Verf. weist auf die zurückgehende Inanspruchnahme des IGH und die Nichtdurchführung seiner Entscheidungen in Einzelfällen (Korfu-Fall) hin und zieht Vergleiche zum StIGH. Die Stellung des IGH als UN-Organ habe zum Vordringen politischer Gesichtspunkte, vor allem bei der Richterwahl und der Beilegung von Streitigkeiten geführt.

Goodpaster, Andrew J.: The Development of SHAPE: 1950–1953 (S. 257–262). Bt

Internationale Politik. Jg. 5, 1954/55

Hrsg.: Der Verband jugoslawischer Journalisten, Belgrad.

Bartoš, Milan: Probleme der Territorialgewässer (N. 118, S. 3–6). Behandelt von jugoslawischem Blickpunkt besonders das Problem der Inselgruppen.

Erven, L.: Der Nordatlantik-Pakt. Seine Entstehung, Organisation und Entwicklung (N. 111, S. 13–14; N. 112, S. 5–7; N. 113, S. 3–5; N. 114, S. 27–29; N. 115, S. 16–18; N. 117, S. 15–16; N. 118, S. 6–8; N. 119, S. 11–13).

Abendroth, Wolfgang: Wiederbewaffnung Deutschlands und die Politik der deutschen Sozialisten (S. 9–11). Warnt vor Aufstellung einer deutschen Wehrmacht; sie werde eine akute Gefahr für die Erhaltung der Demokratie bedeuten, wobei ihre außenpolitische Notwendigkeit und Nützlichkeit vor allem für die Wiedervereinigung zweifelhaft sei.

Radovanović, Ljuba: Die Beratende Balkanversammlung (N. 119, S. 7–8).

Dubravčić, N.: Die jüngsten Ereignisse in Triest (N. 120, S. 9–10).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Sambrailo, B.: Territorialgewässer als Mittel zum Schutz der Meeresschätze (S. 10–11).
Aleksić, Milan: Italienisch-jugoslawische Wirtschaftsabkommen (N. 121, S. 7–8).
Salaj, Djuro: Stellung und Rolle der jugoslawischen Gewerkschaften (N. 122, S. 1–3).
Bartoš, Milan: Neuzeitliche Formen der Sklaverei (S. 10–12). Verf. sieht in einer Reihe von Freiheitsbeschränkungen im modernen Staats- und Gesellschaftsleben Anklänge an die klassische Form der Sklaverei, so z. B. beim Abschluß langfristiger Arbeitsverträge als Vorbedingung der Einwanderung.
—: Jugoslawien in der UNO und ihre Nebenorganisationen (S. 14–15). Veröffentlichung eines Teils des Berichts des Bundesvollzugsrates für das Jahr 1954, der die Teilnahme Jugoslawiens an der Tätigkeit der UN und anderer internationaler Organisationen behandelt.
Petrović, Stojan: Die neuen türkisch-jugoslawischen Wirtschaftsabkommen (N. 123, S. 13–14).

— Jg. 6, 1955/56

Erven, L.: Randbemerkungen zum Warschauer Vertrag (N. 124, S. 11–12).
Sambrailo, B.: Internationale Maßnahmen zum Schutz der Meeresschätze (S. 16–17; N. 125, S. 17–18).
Bartoš, Milan: Staatsdeklarationen im internationalen Recht (S. 5–7). Befaßt sich mit dem Verpflichtungscharakter.
Djordjević, Jovan: Sozialismus und Recht (S. 13–15; N. 126–128, S. 31–32; N. 129–130, S. 21–23).
Maccas, Leon: Koexistenz und Balkan-Zusammenarbeit (N. 126–128, S. 5–6).
Verdross, Alfred: Dauernde Neutralität Österreichs im Rahmen der Vereinten Nationen (S. 18).
Bartoš, Milan: UNO-Charta und aktive Koexistenz (S. 19–21).
Radovanović, Ljubomir: Der Völkerbundspakt und die UNO-Charta (S. 22–24).
Pavlić, Stane: Aktive Koexistenz und Wirtschaftszusammenarbeit (S. 33–37).
Aleksić, Milan: Jugoslawisch-französische Wirtschaftsabkommen (N. 129–130, S. 26–27).
Sajčić, Wladimir: Jugoslawisch-sowjetische Wirtschaftsbeziehungen (N. 131–132, S. 8–10).
Šuman, Karlo: Flußläufe als Staatsgrenzen. Zur Erneuerung der jugoslawisch-ungarischen Grenze (S. 16–17). Dg

Internationale Spectator. Jg. 9, 1955

Poetiray, H. R. J.: De ontbinding der zaibatsu in Japan (S. 29–55). Rückblick auf die besatzungsrechtlichen Eingriffe in das japanische Wirtschaftsleben und die Entflechtung der Großindustrie.
Boeke, J. H.: Het rassenvraagstuk in de Unie van Zuid-Afrika (S. 74–96).
Röling, B. V. A.: De Negende Algemene Vergadering van de Verenigde Naties (S. 119–147).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Laan, A. F. van der: Overzicht van de Europese Gemeenschap voor Kolen en Staal sedert Augustus 1952 (Overzichten en documenten N. 6, S. 123–184).
Kleffens, E. N. van: De Verenigde Naties aan het einde van haar eerste decennium (S. 187–200). Rede des Präsidenten der 9. UN-Generalversammlung vor der Niederländischen Vereinigung für Internationale Rechtsordnung am 28. 1. 1955.
Beyen, J. W.: Over de Europese integratie (S. 259–276). Rede des niederländischen Außenministers in Leyden am 11. 4. 1955.
Boon, H. N.: De grenzen van de internationale samenwerking (S. 277–316). Vortrag in Rotterdam vom 15. 2. 1955.
Raalte, E. van: Amerika's stattsrechtelijke structuur en zijn buitenlandse politiek (S. 332–347).
Udink, B. J.: De ontwikkeling van het Duitse en van het Nederlandse standpunt inzake de vrije vaart op de Duitse Rijn sedert 1945 (S. 348–376).
Bakker – van Bosse, C.: Rassenwetgeving in Zuid-Afrika (S. 379–400).
Gaarlandt, H.: De akte van Mannheim (S. 435–450). Darstellung der geschichtlichen Entwicklung der Rheinschiffahrtsakte von 1868 und des niederländischen Standpunkts bezüglich der Schiffahrtsfreiheit auf dem Rhein.
Riemens, H.: De Caraibische Commissie en haar grondgebied (S. 551–575, 633–654). Sr

Internationales Jahrbuch der Politik. 1954

Zemanek, Karl: Der amerikanisch-chinesische Beistandsvertrag vom 2. Dezember 1954 (S. 506–512). Verf. würdigt die Bedeutung des Vertrags im Rahmen der amerikanischen China-Politik und für die Auseinandersetzung zwischen der zentralen Volksregierung in Peking und der Nationalregierung auf Formosa. Er interpretiert die Beistandspflicht der USA im Falle eines rotchinesischen Angriffs auf Formosa oder die Pescadoren als Interventionspflicht im Bürgerkrieg auf seiten der legitimen Regierung.

— 1955

Raeymaeker, Omer de: Neue Perspektiven in der Entwicklung der internationalen Organisationen (S. 2–33). Verf. behandelt u. a. die Ausdehnung der sachlichen Kompetenzen der internationalen Organisationen, den inneren Zwiespalt der Weltorganisationen auf Grund der ideologischen Gegensätze, die Entstehung einer „Dritten Kraft" (der eine Mehrheit in der UN-Generalversammlung bildenden unterentwickelten Völker) und die Gefahr materialistischer Tendenzen in den internationalen Organisationen.
Fredborg, Arvid: Streit um Persiens Öl (S. 34–51). Behandelt die Entwicklung bis März 1951.
Baudin, Louis: Die Europäische Zahlungsunion (S. 52–61).
Grosse, Will: Die »demokratischen Organisationen« des Ostens (S. 70–78). Übersicht über die 12 internationalen nicht staatlichen Organisationen des Ostblocks. Rn
Bergsträsser, Arnold; Theodor Eschenburg: Memorandum über die Eingliederung der Streitkräfte in das Staatswesen der Bundesrepublik (S. 180–189). Ts

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Jahrbuch für Internationales Recht. Bd. 5, 1954

Böhmert, Viktor: Meeresfreiheit und Schelfproklamationen. Eine kritische Betrachtung zur Theorie des Kontinentalschelfs und zu den Schelfberatungen der International Law Commission (S. 1–35; wird fortgesetzt). Nach eingehender Auseinandersetzung mit den Argumenten der »Schelftheorie« lehnt Verf. diese Theorie ab. Sie widerspreche dem völkerrechtlichen Grundsatz von der Freiheit der Meere einschließlich Luftsäule darüber und Boden sowie Untergrund.

Schuster, F.; H. Pressler: Deutschland und der Kopenhagener Rundfunkplan (S. 36–77). Verf. stellen zunächst die allgemeinen Grundlagen der internationalen und innerstaatlichen Funkregeln dar, behandeln dann eingehend die Arbeiten der Konferenz von Kopenhagen 1947 und prüfen die Verbindlichkeit der dort gefaßten Beschlüsse für die Bundesrepublik mit dem Ergebnis, daß Deutschland nicht *de iure*, aber *de facto* an den Vertrag von Kopenhagen gebunden sei.

Schultz, Lothar: Die sowjetische Völkerrechtslehre (S. 78–92). Überblick über ihre Entwicklungen und Wandlungen. Ts

The Japan Annual of Law and Politics. 1952

Yokota, Kisaburō: The Constitution of Japan and the Right of Self-defense (N. 1, S. 33–44). Verf. untersucht Umfang und Tragweite des Art. 9 der japanischen Verfassung (Ächtung des Krieges, Verbot der Unterhaltung von Streitkräften) und kommt zu dem Ergebnis, daß auch das unveräußerliche Recht des Staates auf Selbstverteidigung keine der durch Art. 9 untersagten Maßnahmen rechtfertige. Zulässig seien hingegen die Aufstellung von Polizeikräften, der Abschluß von Militärpakten für den Fall eines Angriffs auf Japan sowie die Stationierung fremder Truppen.

— 1953

Kikuchi, Isao: Freedom of Association and Unfair Labor-Practices (N. 2, S. 57–80).

Miyasawa, Tosiyosi: Les Types anglais et français du Régime parlementaire. Étude de Droit comparé (S. 89–100).

Ueda, Toshio: The International Relations of the T'ai P'ing Rebellion (S. 119–148). Betrachtungen über die internationalen Auswirkungen der T'ai-P'ing-Revolte in China 1850–1863.

— 1955

Suekawa, Hiroshi: The Connecting Link between the State Redress Act and the Civil Law (N. 3, S. 51–55). Verf. untersucht die Staatshaftung mit und ohne Verschulden nach japanischem Recht.

Saitō, Hideo: The Independence of the Judicial Power in Japan (S. 83–94).

Ukai, Nobushige: The Protection of the State against Subversive Activities (S. 151–158). Darstellung des japanischen Subversive Activities Prevention Act, 1952. Hr

Journal of Central European Affairs. Vol. 14, 1954/55

Flaningam, M. L.: German Eastward Expansion, Fact and Fiction: A Study in German-Ottoman Trade Relations, 1890–1914 (S. 319–333).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Weinberg, Gerhard L.: A Proposed Compromise over Danzig in 1939? (S. 334–338).

Grzybowski, Kazimierz: The Soviet Doctrine of Mare Clausum and Policies in Black and Baltic Seas (S. 339–353).

— Vol. 15, 1955/56

Watt, Donald C.: The German Diplomats and the Nazi Leaders, 1933–1939 (S. 148–160). Mr

Journal du Droit International. Année 81, 1954

—: Idéologies nationales et fonction publique internationale (S. 276–330). Übersicht über Verfahren zur Verhütung und Unterdrückung »subversiver« Umtriebe in den USA, besonders der Dienstentlassungen und Amtsenthebungen, soweit sie mit der Stellung amerikanischen Personals im Dienste der UN zusammenhängen, dargestellt an Hand amerikanischer Gerichtsentscheidungen und Kongreßuntersuchungen sowie der vom UN-Generalsekretär gemäß einem mit dem State Department im September 1949 getroffenen vertraulichen Arrangement vorgenommenen Entlassungen. Die Entscheidungspraxis des Verwaltungs-Tribunals der UN und ihre weiteren Folgen werden eingehend erörtert.

Delaume, G. R.: De l'élimination des conflits de lois en matière monétaire réalisée par les Statuts du Fonds Monétaire International et de ses limites (S. 332–378). Behandelt die Einwirkungen des Art. VIII Abschn. 2 (b) des Abkommens von Bretton Woods in authentischer Interpretation (auf Grund der Ermächtigung in Art. XVIII des Abkommens) durch Zirkular No. 8 vom 15. 3. 1950 auf die generellen Prinzipien des internationalen Privatrechts, besonders des *ordre public*, sowie einige weitere Auslegungsfragen zu diesem Artikel.

Philonenko, Maximilien: Une des affaires de l'Anglo-Iranian (à propos d'un Jugement de la Cour d'Aden) (S. 380–418). Hm

Schätzel, W.: Die Staatsangehörigkeit der Sudetendeutschen (S. 624–635). Schließt sich der Ansicht des Bundesverfassungsgerichts an, wonach die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an die Sudetendeutschen unter den zwei Voraussetzungen als gültig anzusehen sei, daß die Betroffenen selbst keinen entgegengesetzten Willen zum Ausdruck gebracht haben und daß der Heimatstaat diese Personen nicht in Anspruch nimmt.

Durand, Paul M. F.: La M. G. S., Convention internationale pour le transport par fer dans l'Est européen (S. 690–735).

Gaudeffroy, Paul: De l'exécution des jugements rendus par les tribunaux français dans la principauté de Monaco et des jugements monégasques en France (à propos de la récente convention franco-monégasque) (S. 910–952). Zur Rechtshilfekonvention vom 21. 9. 1949.

— Année 82, 1955

Lehmann, R.: Du domaine d'application des lois de nationalité en droit français (S. 4–44; S. 324–383).

Couture, Eduardo: La jurisdiccion nacional y los embargos decretados por jueces extranjeros en el Tratado de Montevideo (S. 46–74). Zum Zivilprozeßabkommen von 1889.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Rossillion, Claude: La clause de la nation la plus favorisée dans la jurisprudence de la Cour internationale de Justice (S. 76–106).
Pinto, Roger: Le droit international et la coexistence (S. 306–323). Kritik des oben S. 113 f. besprochenen Buchs von Ivo Lapenna, Conceptions soviétiques de droit international public, Paris 1954. Dg

The Journal of Modern History. Vol. 26, 1954

Layton Funk, Arthur: The »Anfa Memorandum«: An Incident of the Casablanca Conference (S. 246–254).
Edwards, E. W.: The Far Eastern Agreements of 1907 (S. 340–355).

— Vol. 27, 1955

Konirsh, Suzanne G.: Constitutional Aspects of the Struggle between Germans and Czechs in the Austro-Hungarian Monarchy (S. 231–262). Mr

The Journal of Politics. Vol. 16, 1954

Fliess, Peter J.: Freedom of the Press in the Bonn Republic (S. 664–684). Nach einem Überblick über die verfassungsrechtliche Lage in der Bundesrepublik hinsichtlich des Schutzes der Grundrechte beurteilt Verf. diese sehr kritisch und wendet sich dann den presserechtlichen Bestimmungen zu, wobei er auf die Entwicklung seit dem Kaiserreich eingeht. Er kommt zu dem Ergebnis, daß die Praxis der Weimarer Republik und auch der Bundesrepublik in starkem Gegensatz zu der der angelsächsischen Länder stehe. Die Freiheitsrechte seien in Deutschland auch jetzt noch nicht gegen Übergriffe der politischen Macht gesichert.
Fossett, Roy E.: Constitutional Boards in Georgia (S. 685–703). Verf. erläutert den Begriff der Boards, die infolge der Mißbräuche der Gouverneure bei der Stellenbesetzung 1943 geschaffen wurden und verfassungsmäßig garantierte Behörden sind, deren Errichtung und Auflösung nicht im Ermessen des Gouverneurs steht. Den Erfolg der Einrichtung beurteilt Verf. negativ.

— Vol. 17, 1955

Taylor, Phillip B.: The Electoral System in Uruguay (S. 19–42). Verf. behandelt nach geschichtlichem Rückblick und kritischer Würdigung das Wahlsystem in Uruguay unter besonderer Hervorhebung des Wahlgerichts.
Lipsky, George A: The Theory of International Relations of Harold D. Lasswell (S. 43–58).
Beth, Loren P.: The Case for Judicial Protection of Civil Liberties (S. 100–112). Verf. kommt auf Grund einer Betrachtung der Tendenz der Supreme Court-Entscheidungen der letzten fünfzehn Jahre zu dem von ihm bedauerten Ergebnis, daß dieser die Bürgerrechte im Bereich der Sozial- und Wirtschaftsgesetzgebung nicht ausreichend schütze, sondern sich hier auf den unüberprüfbaren Volkswillen zurückziehe.
Pierce, Roy: Constitutional Revision in France (S. 221–247). Verf. behandelt die Verfassungsänderung vom 7. 12. 1954, besonders die Neuregelung der Befugnisse des Rates der Republik (Art. 14, 20) und das Verhältnis der Nationalversammlung zur Regierung (Art. 45, 49, 50 und 52). Trotz Stärkung der Position des Rates der Republik habe die Nationalversammlung noch die Möglichkeit beherr-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

schenden Eingreifens. Die Bildung einer Regierung sei zwar erleichtert worden, doch ebenso auch deren Absetzung. Wenn auch zusammenfassend die Parteien der 3. Republik ihre Wünsche weitgehend durchgesetzt hätten, so hätten sie doch wenig Aussicht, gegenüber den Parteien der 4. Republik den alten Zustand wieder herbeizuführen. Ut

Journal of Public Law. Vol. 4, 1955

Schwartz, Bernard: Institutional Administrative Decisions and the Morgan Cases: A Re-Examination (S. 49–92). Behandelt Fragen des Verwaltungsverfahrens in den USA.

Svarlien, Oscar: International Law and the Individual (S. 138–149). Überblick über die Beziehungen zwischen Individuum und Völkerrecht. Ut

Journal des Télécommunications. Vol. 22, 1955

—: La XVIIe Assemblée plénière du Comité consultatif international téléphonique (CCIF) (S. 112 f–121 f).

—: La 10e session du Conseil d'administration de l'UIT (Genève, 23 avril–21 mai 1955) (S. 134 f–139 f). Sr

Journal des Tribunaux. Année 70, 1955

Cambier, Cyr: Le contrôle de la légalité interne des actes de l'Administration (S. 49–55; 69–73).

Hecke, G. van: La collaboration juridique entre les pays de Benelux: objectifs et méthode (S. 137–138). Bh

Aronstein, G.: Les tribunaux administratifs et le statut des fonctionnaires internationaux (S. 561–563). Übersicht über die Praxis des Verwaltungsgerichtshofs der UN und des Gerichtshofs der ILO. Dg

The Juridical Review. Vol. 67, 1955

Dunbar, N. C. H.: The Significance of Military Necessity in the Law of War (S. 201–212). Zeigt die Schwierigkeiten und Bedenken, die sich aus dem besonders in den Genfer Rot-Kreuz-Konventionen von 1949 häufigen Vorbehalt der militärischen Notwendigkeit für die Einhaltung von Kriegsrechtsregeln ergeben. Bt

Juristenzeitung. Jg. 10, 1955

Neumayer, Karl H.: Verletzt Art. 88 der Landesverfassung von Baden-Württemberg das Grundgesetz? (S. 41–43). Verf. verneint die Frage, im Gegensatz zur Entscheidung des Badisch-Württembergischen Verwaltungsgerichtshofs vom 17. 5. 1954.

Makarov, A. N. (S. 82–83): Anmerkung zum Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 30. 10. 1954 über die Staatsangehörigkeit gebürtiger Österreicher, die bei Wiedererrichtung der Republik Österreich im Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland ansässig waren und noch ansässig sind. Verf. behandelt die Frage (noch vor Verkündung des Gesetzes vom 22. 2. 1955), im Anschluß an seine in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 374 und oben S. 156 angezeigten Aufsätze, unter dem besatzungsrechtlichen Gesichtspunkt der 1945 erfolgten Desannexion der nach dem 31. 12. 1937 in das Deutsche Reich eingegliederten Gebiete. Art. 16 Abs. 1 GG

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

stehe dem 1945, also vor Inkrafttreten des GG erfolgten Verlust der deutschen Staatsangehörigkeit ohne Gesetzesgrundlage nicht im Wege.

Strickrodt, Georg: Finanzverfassung als selbständiges Normensystem (S. 129–138).

Jellinek, Walter: Schadensersatz aus Amtshaftung und Enteignungsentschädigung (S. 147–149).

Cohn, Erich: Die Freigabe des deutschen Eigentums in den Vereinigten Staaten (S. 199–201).

Daig, Hans-Wolfram: Die vier ersten Urteile des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl. Zugleich eine Stellungnahme zu Problemen des Montanrechts (S. 361–371).

Maier, Hedwig: Fortgeltung und Fortwirkung von Besatzungsakten (S. 408–412). Berichtet über die Fortgeltung von Gesetzen, Urteilen und Verwaltungsakten der Besatzungsmächte in der Bundesrepublik Deutschland sowie über die Aufrechterhaltung der durch Besatzungsakte begründeten Rechte und Verpflichtungen auf Grund des Überleitungsvertrages und behandelt das rechtliche Schicksal durch Besatzungsgesetze aufgehobenen oder in seiner Anwendbarkeit beschränkten deutschen Rechts.

Schüle, Adolf: Oberbefehl, Personalausschuß, Staatsnotstand, Betrachtungen zur neuen Wehrordnung (S. 465–469). In seiner am 21. 7. 1955 an der Universität Tübingen gehaltenen Antrittsvorlesung behandelt Verf. Grundfragen einer Wehrverfassung der Bundesrepublik Deutschland.

Strickrodt, Georg: Finanzverfassung – Verwirklichungsmöglichkeiten im System (S. 469–479). Programmatische Untersuchung einer verfassungsmäßigen Ordnung des Geldwesens.

Dürig, Günter: Grundfragen des öffentlich-rechtlichen Entschädigungssystems (S. 521–525).

Wohlfarth, Ernst: Zur Rechtswirkung besatzungsgerichtlicher Urteile (S. 526–529). Untersucht Fragen des *ius post liminii* nach Inkrafttreten des Überleitungsvertrags. Für Strafurteile gelte der Grundsatz *ne bis in idem* nicht, da Besatzungsurteile ausländische Urteile seien, auf die Art. 103 Abs. 3 GG keine Anwendung finde; dies sei von den Alliierten in Kauf genommen worden.

Fuß, Ernst-Werner; Dieter Rogalla: Zur Gewährleistung der eigenständigen Willensbildung des Gesetzgebers in den USA. Über legislative investigation und die Bemühungen zur Regelung des lobbying (S. 530–533).

Müller-Erzbach, Rudolf: Kann die Kraft der Persönlichkeit die Planmäßigkeit der Rechtsfindung ersetzen? Hugo Grotius als Gestalter des Rechts (S. 561–564).

Hm

Juristische Blätter. Jg. 77, 1955

Sauer, Willibald: Liberalisierung, einmal anders. Zur Neuordnung des Paß- und Fremdenpolizeiwesens (S. 12–14). Behandelt die österreichische Paßgesetznovelle vom 24. 2. und das Fremdenpolizeigesetz vom 17. 3. 1954.

Melichar, Erwin: Zur juristischen Bedeutung des Unterschiedes zwischen Rechts- und Verwaltungsverordnungen im österreichischen Recht (S. 53–57, 83–87).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Pichler-Drexler, Erwin: Notwehr und Notstand im Verwaltungsstrafrecht (S. 87–91).

Schläffer, Fritz: Die österreichische Gerichtsorganisation und ihre Entwicklungsmöglichkeiten (S. 91–93). Vortrag vor der Wiener Juristischen Gesellschaft vom 12. 1. 1955.

Ponhold, Kurt: Rechtsschutz der Gemeinden gegen gesetzwidrige Aufsichtsakte (S. 110–112).

Grüner, Rudolf: Probleme um den § 68 (2) AVG (S. 112–117). Handelt von der Aufhebung oder Abänderung von Verwaltungsakten, aus denen niemandem ein Recht erwachsen ist.

Werner, Leopold: Rechtsfragen aus dem Gebiet des Staatsbürgerschaftsrechtes (S. 162–166). Behandelt den Ausschluß vom Besitz und Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft nach dem Gesetz vom 6. 2. 1947 über die Behandlung von Nationalsozialisten, unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Verfassungs- und des Verwaltungsgerichtshofs.

Ermacora, Felix: Über die derogatorische Kraft der Verwaltungsverordnung (S. 185–188; 214–217).

Marcic, René: Skizze einer Magna Charta der Presse. Einige Grundgedanken zum Entwurf eines neuen Pressegesetzes (S. 192–196).

Strebel, Helmut: Der völkerrechtliche Begriff der Regierung (S. 196–198). Vor der Wiener Juristischen Gesellschaft am 2. 3. 1955 gehaltener Vortrag. Dg

Pfersmann, Hans: Zur Geschichte und Auslegung des Art. 18 (2) B.-VG. (S. 237–239, 267–271). Untersucht in Teil I und II historisch die verfassungsrechtlichen Grundlagen der Befugnis zum Erlaß von Verordnungen und behandelt dann die Weitergeltung von Verordnungen aus der Zeit der Monarchie, die wohl von der früheren (allgemeine Umschreibung des Rahmens zum Erlaß von Verordnungen im Gesetz genügt), nicht aber der neueren, strengeren (Gesetz muß alle wesentlichen Merkmale der beabsichtigten Regelung durch VO selbst enthalten) Rechtsprechung als gültig anerkannt werden.

Merkl, Adolf: Das Deutsche Eigentum und vermögensrechtliche Ansprüche Österreichs (S. 243–247). Ansprüche des österreichischen Staates seien möglich, da er durch den „Anschluß" seine territoriale Souveränität nie verloren habe. Auch liege keine völkerrechtliche Ersitzung durch Deutschland vor.

Werner, Leopold: Verfassungsrechtliches vom Bescheidbegriff (S. 298–302). Verf. untersucht den Begriff „Bescheid" an Hand der österreichischen Verfassung. Der Bescheid sei nach der Verfassung nie nichtig, sondern nur anfechtbar. Er könne nur ein rechtsgestaltender oder rechtsfeststellender Verwaltungsakt sein, niemals eine Tatsachenfeststellung. Davon ausgehend behandelt Verf. einige Landesgesetze, die einen Bescheid für Tatsachenfeststellungen anordnen. Diese Gesetze hält Verf. für verfassungswidrig, weil sie dem von der Verfassung gebrauchten Begriff des Bescheides widersprechen. Der Vorschlag, § 58 AVG so zu ergänzen, daß ein solcher nicht bezeichneter Bescheid nichtig ist, könne weder vom einfachen Bundes- oder vom Landesgesetzgeber durchgeführt werden. Damit würde u. a. die Zu-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

ständigkeit der von der Verfassung vorgesehenen Gerichte zur Überprüfung von Verwaltungsakten zum Teil beseitigt.

Braun, Rudolf: Staatsvertrag und Wiedergutmachung (S. 302–303). Befaßt sich mit der Tragweite des Art. 26 des österreichischen Staatsvertrages.

Verdross, Alfred: Die dauernde Neutralität Österreichs und die Organisation der Vereinten Nationen (S. 345–348).

Marcic, René: Reform des deutschen Bundesverfassungsgerichtes. Gefahren der Vernichtung einer Errungenschaft (S. 349–355).

Seidler, Harold: Probleme des Deutschen Eigentums (S. 386–388). Verf. untersucht den Kreis der von dem Staatsvertrag betroffenen Personen und Vermögenswerte.

Abel, Paul: Die Rechtsprechung in Großbritannien auf dem Gebiet des internationalen Rechts (S. 388–394). Behandelt u. a. Urteile über konfiskatorische Maßnahmen fremder Staaten, die Immunität fremder Staaten und das Auslieferungsrecht.

Hundegger, Benno: Neufassung und Reform des Gemeinderechtes (S. 461–467). Verf. beschäftigt sich auf der Grundlage des geltenden Verfassungsrechts mit der Beteiligung der Bürger an der Verwaltung, der Rechtsetzungsbefugnis der Gemeinden, der Staatsaufsicht und dem Verhältnis Selbstverwaltung – Auftragsverwaltung. Ts

Juristische Rundschau. Jg. 1955

Kockel, C.: Zur Frage der Liquidation der deutschen Guthaben in der Schweiz (S. 14–15). Hm

Jus Gentium. Diritto Internazionale. Vol. 5, 1953

Louwage, F. E.: La Compétence des États en Droit Pénal Aérien (S. 161–178). Verf., Präsident der Internationalen Kriminalpolizeikommission, gibt eine Übersicht der Probleme und der bisherigen Kodifikationsversuche und legt einen Kollektivvertragsentwurf vor. Rn

Law and Contemporary Problems. Vol. 20, 1955

School Pupils and the law:

Woltz, Charles K.: Compulsory Attendance at School (S. 3–22).

Garber, Lee O.: Legal Requirements for Admission to Public Schools (S. 23–44).

Reutter Jr., E. Edmund: The Law and the Curriculum (S. 91–103). Behandelt das Spannungsverhältnis zwischen dem Elternrecht und dem Recht des Staates auf Bestimmung des Lehrplans der Schulen.

Seitz, Reynolds C.: Supervision of Public Elementary and Secondary School Pupils Through State Control Over Curriculum and Textbook Selection (S. 104–124).

Kinter Remmlein, Madaline: Statutory Problems (S. 125–137). Verf. untersucht, inwieweit gesetzliche Regelungen für die Schulverwaltungen opportun erscheinen. Die Gesetzgebung sollte die erzieherischen Maßnahmen im einzelnen den Pädagogen überlassen und nur die große Linie im Einklang mit der Verfassung und unter Berücksichtigung der Gerichtsentscheidungen festlegen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Punke, Harold H.: Religious Issues in American Public Education (S. 138–168). Verf. zeigt Probleme der religiösen Kindererziehung in öffentlichen Schulen bei Vorhandensein zahlreicher Sekten.

Sutherland, Arthur E.: Segregation by Race in Public Schools Retrospect and Prospect (S. 169–183). Überblick über die höchstrichterliche Rechtsprechung. Verf. meint, daß trotz einiger praktischer Verzögerungen jedenfalls im Bereiche der Schule bald alle Kinder gleich behandelt würden.

Land Planning in a Democracy:

Johnson, Corwin W.: Constitutional Law and Community Planning (S. 199–217). Verf. untersucht an Hand höchstrichterlicher Entscheidungen den Einfluß der Rechtsprechung auf die Ortsbebauungsplanung vom Verfassungsrecht her.

Dukeminier Jr., J. J.: Zoning for Aesthetic Objectives: A Reappraisal (S. 218–237). Überblick über die nach der herrschenden Lehre bestehenden Einwirkungsmöglichkeiten der Baupolizeibehörden auf die Baugestaltung unter ästhetischem Gesichtspunkt. Verf. befürwortet eine gewisse Einflußnahme unter sorgfältiger richterlicher Kontrolle.

Reps, John W.: Discretionary Powers of the Board of Zoning Appeals (S. 280–297). Behandelt am Beispiel des New Yorker Board dessen allgemeine Zuständigkeit als Beschwerde- und zur Erteilung von Ausnahmen zuständiger Instanz in Fragen der Ortsbebauung. Verf. geht dabei auf die bisherige Praxis ein und stellt fest, daß die Boards allzu großzügig gewesen seien und so die Planung weitgehend zunichte gemacht hätten.

Williams Jr., Norman: Planning Law and Democratic Living (S. 317–350). Verf. behandelt die in den voranstehenden Abhandlungen (S. 199–316) angeschnittenen Fragen vom soziologischen Blickwinkel. Er hebt dabei hervor, daß sich hinter manchen scheinbar im Interesse der Gesundheit, Sicherheit oder Moral erlassenen Vorschriften eine Diskriminierung der sozial schwächeren Schichten oder Rassen verberge. Ut

The Law Quarterly Review. Vol. 71, 1955

Phillips, O. Hood: The Making of a Colonial Constitution (S. 51–78). Behandelt die Ausarbeitung der 1955 in Kraft getretenen Verfassung für Singapore, an der Verf. als verfassungsrechtlicher Berater der hierfür eingesetzten Verfassungskommission mitgewirkt hat.

Yardley, D. C. M.: Certiorari and the Problem of Locus Standi (S. 388–401). Behandelt die Frage der Klagebefugnis bei dem Rechtsmittel des Certiorari, die besonders für die Frage der Anfechtung von Verwaltungsentscheidungen von Bedeutung ist.

Gordon, D. M: Certiorari and the Problem of Locus Standi (S. 483–486). Zusätzliche Bemerkung zu dem vorstehenden Aufsatz.

Allen, C. K.: Statutory Instruments Today (S. 490–506). Behandelt die gegenwärtigen Verfahrensvorschriften und die sich daraus ergebenden Zweifelsfragen für den Erlaß von rechtsetzenden Anordnungen durch die Regierung, die Minister oder sonstige Verwaltungsbehörden auf Grund parlamentsgesetzlicher Ermächtigung gemäß dem Statutory Instruments Act, 1946 und den Statutory Instruments Regula-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

tions, 1947, besonders die Vorlagepflicht an das Parlament, die Form der Veröffentlichung und den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

Cohn, E. J.: Domicile – Convention and Committee (S. 562–570). Behandelt die Auslegungsprobleme, die sich aus den verschiedenen Begriffsbestimmungen des *domicile* in dem zur Ratifikation vorgeschlagenen Haager Vertragsentwurf zur Regelung der Konflikte zwischen Staatsangehörigkeits- und Wohnsitzrecht von 1951 und in dem von dem britischen Private International Law Committee 1954 ausgearbeiteten und zur gesetzlichen Festlegung empfohlenen Code of the Law of Domicile (vgl. oben S. 366) bei einer Konkurrenz der Bestimmungen des Abkommens und des Code ergeben würden. Je

Međunarodni problemi. Jg. 5, 1953

Jevremović, Branko: Rad VIII i IX zasedanja Komisije za prava čoveka OUN po pitanju unošenja prava naroda na samoopredeljenje u paktove o pravima čoveka [Die Frage der Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Konventionen über Menschenrechte auf der VIII. und IX. Tagung der Kommission der UN für Menschenrechte] (N. 3, S. 3–14). Die Frage der Einbeziehung des Selbstbestimmungsrechts der Völker in die Konventionen der Menschenrechte wird an Hand der Diskussionen der obenerwähnten Tagung behandelt. Verf. kritisiert besonders alle gegen die Einbeziehung gerichteten Tendenzen.

Andrassy, Juraj: Odnos između političkih organa Ujedinjenih naroda [Das Verhältnis zwischen den politischen Organen der Vereinten Nationen] (S. 15–31). UN-Generalversammlung und Sicherheitsrat unterscheiden sich in ihrer Zusammensetzung, ihrer Permanenz, ihrer Zuständigkeit und in der Vollstreckbarkeit ihrer Entschließungen. Verf. illustriert durch Beispiele, wie es die Praxis in allen diesen Hinsichten zu einer Änderung der Charta gebracht hat. Ohne formelle Revision haben sich die Unterschiede zwischen GV und SR verringert, und zwar zugunsten der GV.

Babović, Bogdan: Teritorijalne odredbe Mirovnog ugovora sa Japanom [Territoriale Bestimmungen des Friedensvertrages mit Japan] (S. 71–89). Nach Analyse des Kampfs zwischen den Großmächten im Fernen Osten werden die Bestimmungen der Atlantik-Charta und der Konferenzen in Kairo, Jalta und Potsdam über Japans Gebietsverluste und hinsichtlich etwaiger Ansprüche Japans untersucht. Verf. behauptet, daß die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags mit Japan vom 8. 12. 1951 nicht mit den während des Kriegs getroffenen Vereinbarungen in Einklang stehen. Japans territoriale Ansprüche könnten jetzt aber nur im Wege einer Revision des Friedensvertrags verwirklicht werden. Dabei sei aber zu berücksichtigen, daß gerade diejenigen Gebiete, auf die Japan vielleicht einen Anspruch haben könnte, sich jetzt in den Händen von Staaten befinden, die nicht Parteien des Friedensvertrages sind.

Bartoš, Milan: Odluke međunarodnih tela u sistemu pravnih izvora [Entscheidungen internationaler Organe im System der Rechtsquellen] (N. 4, S. 12–27). Verf. untersucht die Rechtsgültigkeit solcher Normen, die durch Entscheidungen internationaler Organe hervorgebracht wurden, wobei er unter Organen internationale Konferenzen, Kongresse, Kommissionen, die politische Probleme zu lösen und ent-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

scheiden berufen sind, sowie auch die Heilige Allianz, das Konzert europäischer Großmächte, den Völkerbund, die UN samt ihren Sonderorganisationen und ihren eigenen Organen versteht. Verfasser kommt zum Ergebnis, Akte internationaler Organe seien indirekte Rechtsquellen. Der Rechtsgrund dieser Akte sei sehr verschiedenartig (von vereinbarter Kompetenz dieser Organe bis zur Macht ihrer Schöpfer und den Sanktionen, die sie zu realisieren fähig sind). Es bestehe eine Tendenz, solche Akte einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen, aber auch eine andere Tendenz der Großmächte, ihre bevorzugte Stellung weiter beizubehalten. Die sowjetische Idee eines Fünferpaktes sei ein Beispiel eines Versuchs der Erneuerung des Großmächtekartells, das sich allein das Entscheidungsrecht, also auch eine Rechtsetzung, vorbehalten möchte.

Magarašević, A.: Bonski sporazumi i međunarodno-pravni položaj Federalne Republike Nemačke [Die Bonner Vereinbarungen und die völkerrechtliche Lage der Bundesrepublik Deutschland] (S. 67–84).

— Jg. 6, 1954

Nikolova, Vera: Berlinska konferencija u svetlosti politike velikih sila [Die Berliner Konferenz im Lichte der Großmächtepolitik] (N. 1, S. 3–18). Eine Analyse der der Konferenz zugrunde liegenden Umstände sowie ihrer Beschlüsse führen den Verf. zu überwiegend positiver Einschätzung ihrer Ergebnisse.

Cvjetić, Bogdan: Borba oko Evropske odbranbene zajednice – borba za Evropu [Der Kampf um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft – ein Kampf für Europa] (S. 19–37). Kurze Darstellung der Entstehung, Entwicklung und der Aussichten der EVG sowie der Interessen und Motive der wichtigsten Teilnehmer im Kampf für und gegen dieses Gebilde. Verf. meint, die Konzeption der EVG sei verfrüht, woraus eine Kette ihrer Schwächen folge.

Bartoš, Milan: Pravni aspekt evropske integracije [Rechtliche Aspekte der europäischen Integration] (N. 2, S. 72–80). Verf. kommt zum folgenden Ergebnis: 1. Die Integration Westeuropas bedeute keinesfalls die Entstehung eines freien und freiwilligen Verbandes von Staaten mit deren Verpflichtung, mit eigenen Kontingenten und eigener Kraft internationale Verpflichtungen zu erfüllen, wobei sie die volle Souveränität behalten und jede andere Gewalt von ihren Territorien ausschließen; 2. Es bestehe keine politische überstaatliche Organisation, die in allen Richtungen eine Kontrolle über Staaten ausüben möchte und Normen setze, sondern diese Staaten errichten auf diplomatischem Wege intergouvernementale Organismen; also nicht durch gemeinsamen Entschluß, der sofort und ohne Ratifikation seine Wirkung erhalten möchte. Es ist also nicht ein europäischer Föderalismus hergestellt; 3. Zwischen den beteiligten Staaten bestehen Verträge über Schaffung einzelner funktioneller intergouvernementaler Organismen. Dabei werde von der Idee ausgegangen, daß für einzelne gemeinsame Ziele die Schaffung von gemeinsamen Organen notwendig ist, die eine exekutive Gewalt auf den Territorien der betreffenden Staaten ausüben, entweder durch direktes Befehlen oder durch Ermächtigung einzelner Staaten im Gebiet anderer Staaten zu agieren.

Bulajić, Milan: Neki aspekti pravnih odnosa u Komonveltu i Francuskoj Uniji [Einige Aspekte der Rechtsverhältnisse im Commonwealth und in der Fran-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

zösischen Union] (N. 3–4, S. 115–139). Knappe Aufzählung der Tatsachen der neuen und neuesten Entwicklung mit besonderer Berücksichtigung der neuen Rechtsformen, die die zwei entgegengesetzten Tendenzen mit mehr oder weniger Erfolg zu versöhnen versuchen: die Lockerung der Bande mit dem Endziel einer vollen Desintegration einerseits, mit dem Wunsch und Bedürfnis der Metropole, die politisch-ökonomischen Positionen nicht zu verlieren. Verf. zeigt, daß die juristischen Konstruktionen nicht immer juristisch korrekt sind (z. B. die Entthronung des Marokkanischen Sultans), und betrachtet die weitere Desintegration besonders der Französischen Union als unaufhaltsam.

Magarašević, Aleksandar: Ustavno uređenje Indije [Die Verfassung Indiens] (S. 139–152). Ir

Michigan Law Review. Vol. 53, 1954/55

Scott, Richard F.: Revision of the United Nations Charter: A Study of Various Approaches (S. 39–69). Verf. hält eine Revision der UN-Charta für erforderlich, untersucht deren Möglichkeiten vom Standpunkt der USA und lehnt Austritt aus der UN oder Kündigung der Charta ab, obwohl dies unter Berufung auf die Lehre von der *clausula rebus sic stantibus* oder auf das Austrittsrecht jedes einzelnen Mitglieds einer internationalen Organisation rechtlich zu begründen sei. Er verwirft aus politischen Erwägungen eine radikale Kompetenzerweiterung, befürwortet hingegen Revision durch formelle Satzungsänderungen, durch Ergänzung im Wege von Einzelabkommen im Rahmen der Charta, sowie durch Auslegung und Staatenpraxis.

Haerle, Paul R.: Federal Anti-Subversive Legislation – The Communist Control Act of 1954 (S. 1153–1165). Mr

The Middle East Journal. Vol. 9, 1955

Hourani, Albert: The Anglo-Egyptian Agreement: Some Causes and Implications (S. 239–255). Verf. berichtet über die Vorgeschichte des englisch-ägyptischen Vertrags vom Oktober 1954 und seine Auswirkungen auf das Verhältnis zwischen beiden Ländern. Hr

The Modern Law Review. Vol. 18, 1955

Turner, Donald F.: The American Antitrust Laws (S. 244–258). Überblick über die durch die amerikanische Gesetzgebung und Rechtsprechung aufgeworfenen Probleme.

Elias, T. O.: Colonial Courts and the Doctrine of Judicial Precedent (S. 356–370).

Collard, Dudley: State Arbitration in the U.S.S.R. (»Gosarbitrage«) (S. 474–483). Übersicht über die 1931 eingeführte staatliche Schiedsgerichtsbarkeit über »vertragliche« und »vorvertragliche« Streitigkeiten zwischen staatlichen Organisationen verschiedener Ressorts.

Smith, J. A.: Clarence: Human Rights in Eritrea (S. 484–486). Bt

Monatsschrift für Deutsches Recht. Jg. 9, 1955

Laun, Rudolf: Ein Kongreß für internationales Recht in Hamburg (S. 129–132). Gibt im Zusammenhang mit dem Kongreß der AAA vom 12. bis 16. 4. 1955 einen

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Rückblick auf die Entwicklung der Haager Académie de Droit International, der AAA und der Pflege des Völkerrechts an deutschen Universitäten.

Henrichs, Wilhelm: Änderung der ZPO durch die Konvention von Rom? (S. 140–143). Wirft die Frage auf, ob Art. 6 der Europäischen Menschenrechtskonvention die Vorschriften des deutschen Zivilprozeßrechts über das schriftliche und das Schiedsverfahren geändert habe; dies sei zu verneinen, weil die Konvention die Ausnahme der zu schützenden Privatsphäre statuiere, die dann gewahrt sei, wenn die Parteien über die Verfahrensart zugunsten nicht-öffentlicher Streitverhandlung disponierten; das nach richterlichem Ermessen gestaltete Schiedsverfahren halte sich im Rahmen der Ermessensklausel der Konvention, weil bei geringen Streitwerten durch überhöhten Prozeßaufwand die Interessen der Gerechtigkeit verletzt werden könnten. Schließlich regle die Konvention auch nicht bestehendes innerstaatliches Recht, sondern binde allein die Staatsgewalt an die völkerrechtliche Garantie der Grundrechte und -freiheiten. Dem stehe auch Art. 64 der Konvention nicht entgegen, weil es (nach Jescheck) nicht Sinn der Übereinkunft sei, bewährtem innerstaatlichen Recht den Boden zu entziehen, wenn kein dem Art. 64 gemäßer Vorbehalt gemacht sei; die Bedeutung der Konvention erschöpfe sich in dem durch sie gewährten Rechtsschutz.

Weber, Helmuth von: Die Durchsetzung der Grundrechte der europäischen Menschenrechtskonvention in der innerdeutschen Strafrechtspflege (S. 386–389). Behandelt u. a. den Widerspruch einzelner besonderer Strafverfahrensarten mit Art. 6 der Konvention. Eine Abhilfe sieht Verf. in konventionsgemäßer Auslegung des Grundgesetzes, da ihr Art. 6 als Präzisierung der verfassungsrechtlichen Garantie der richterlichen Gewalt anzusehen sei, wodurch sich der Weg zur Verfassungsbeschwerde öffne.

Junckerstorff, Kurt: Jahresbilanz der internationalen Kartellpolitik (S. 389–392). Befaßt sich mit der Einführung des Kartellproblems in die internationale Staatenpraxis, dem Konventionsentwurf des Europarates zur Bekämpfung handelsbeschränkender und das Gesamtinteresse schädigender Praktiken und den Reflexen der internationalen Kartellpolitik in der Gesetzgebung und Praxis, z. B. der Schweiz, Frankreichs, Irlands und Skandinaviens. Hm

Nederlands Juristenblad. Jg. 1955

Hoeven, J. van der: De nieuwe rechtsorde en de Grondwet (S. 74–79). Verf. stellt die Auswirkung des Reichsstatuts auf die niederländische Verfassung dar und betont den Vorrang des Statuts.

Panhuys, H. F. van: Facultatieve clausules (S. 113–120, 143–150). Die verfassungsrechtliche Frage nach der Bedeutung von Fakultativklauseln in Verträgen im Ratifizierungsverfahren nach Art. 60 des Grondwet veranlaßt Verf. zur Prüfung ihres völkerrechtlichen Charakters.

Bergh, G. van den: Het Statuut en het toetsingsrecht (S. 223–227). Verf. untersucht die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen nach dem neuen Statut. Dazu J. H. A. Logemann, a. a. O. S. 433—440, und Replik von van den Bergh, a. a. O. S. 703–706.

Jansma, T. J.: Problemen rondom het Onassis-conflict (S. 227–232). Verf.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

glossiert die durch das peruanische Vorgehen im November 1954 entstandenen Rechtsfragen.

Mathijsen, P. S. R. F.: Gedwongen tenuitvoerlegging van beslissingen der E. G. K. S. (S. 301–307). Verf. prüft die rechtliche Bedeutung der Urteile des Gerichts der E. G. K. S. und ihre Vollstreckbarkeit im niederländischen Recht.

Böhtlingk, F. R.: Gewaarborgde autonomie (S. 395–402). Bericht über die Reform des Gemeinde- und Provinzialrechts besonders hinsichtlich der Abgrenzung von eigenen und Auftragsangelegenheiten.

Logemann, J. H. A.: Toetsing van rijksregelingen in de Nederlandse Antillen (S. 569–572).

Eysinga, W. J. M. van: Eenige Kantteekeningen op het Rapport der Commissie-Kranenburg (S. 615–620). Bericht über die Vorschläge zur Änderung und weiteren Ergänzung des Grondwet bezüglich der auswärtigen Gewalt und des Abschlusses völkerrechtlicher Verträge. Sr

Nederlands Tijdschrift voor Internationaal Recht. Jg. 1, 1953/54

Essen, J. L. F. van: Het beginsel van Non-discriminatie en de clausule van de meestbegunstigde Natie met kanttekeningen bij enkele recente uitspraken van het Internationale Hof van Justitie (S. 395–418). In den neueren Handelsverträgen sei anstelle der Meistbegünstigungsklausel die Zusicherung einer nichtdiskriminierenden Behandlung getreten. Verf. untersucht die Eigentümlichkeiten dieses Begriffes an Hand der IGH-Urteile im Marokko-Fall, im britisch-iranischen Ölstreit und im Ambatielos-Fall).

— Jg. 2, 1955

François, J. P. A.: De zesde zitting van de Commissie voor Internationaal Recht van de Verenigde Naties (S. 1–14). Bericht über die Sitzung vom 3. 6.–28. 7. 1954 in Paris, auf deren Tagesordnung die Beseitigung der Staatenlosigkeit, die Verbrechen gegen den Frieden und die allgemeine Sicherheit und das Problem der Territorialgewässer standen.

Stuyt, A. M.: La genèse d'une « capitulation sans conditions » (24–46). Unveränderter Abdruck eines 1948/49 verfaßten Aufsatzes.

Panhuys, H. F. van: La succession de l'Indonésie aux accords internationaux conclus par les Pays-Bas avant l'indépendance de l'Indonésie (S. 55–75). Verfasser kommt zu dem Ergebnis, daß die Interessen der Bevölkerung am besten durch die Weitergeltung des bisherigen Rechtszustandes bis zur eventuellen Kündigung durch den Nachfolgestaat gewahrt sind, und empfiehlt die generelle Nachfolge des neuen Staates in die Rechte und Pflichten des bisherigen auch als besten Schutz für die Rechte dritter Staaten.

Verzijl, J. H. W.: Sept années de jurisprudence de la Cour Internationale de Justice (S. 127–147).

Lachman, Philine R.: The Articles of Agreement of the International Monetary Fund and the unenforceability of certain exchange contracts (S. 148—166). Beitrag zur Auslegung des Art. VIII Sec. 2 (b).

Röling, B. V. A.: On aggression, on international criminal law, on inter-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

national jurisdiction (S. 167–196, 279–289). Wiedergabe der Stellungnahmen des Verf. als niederländischer Vertreter im Rechtsausschuß der 9. Generalversammlung 1954.

Goedhuis, D.: Het souvereiniteitsbegrip in het luchtrecht (S. 225–242). Der technischen Entwicklung der Luftfahrt und den Vorstellungen von ihrer Bedeutung für den einzelnen Staat sei auch der Begriff der Souveränität gefolgt. Die Versuchung zur Förderung nationaler Ziele müsse aber durch die Ausarbeitung eines neuen Luftrechts – zum mindesten in Europa – überwunden werden.

Belinfante, A. D.: Les principes du droit pénal international et les conventions internationales (S. 243–252). Verf. fragt nach dem System, das jedem internationalen Strafrecht zugrunde liegen müsse, und stellt dem Territorialprinzip nicht das heute unmöglich gewordene Personalprinzip, sondern das Schutzprinzip gegenüber. Das gemeinsame Interesse der Staaten sei das zu schützende Objekt, welches vor den nationalen Interessen den Vorrang habe.

Panhuys, H. F. van: Some recent developments of international law in respect of the conflicts of jurisdiction resulting from the presence of foreign armed forces in the territory of a state (two aspects) (S. 253–278). Zwei Probleme behandelt Verf.: den persönlichen Status der Mitglieder im Ausland stationierter Verbände und die Immunität der Staaten. Er verfolgt diese Fragen in der Januar 1954 abgeschlossenen Arbeit durch die Vertragswerke von Brüssel, der NATO und von Bonn.

Sr

Neue Juristische Wochenschrift. Jg. 8, 1955

Leiß, Ludwig: Staatshaftung im Bereich des MRG 52 (S. 121–124).

Tetzner, Heinrich: Zur Auslegung des AHK-Gesetzes Nr. 8 (S. 131–132). Zur Frage gewerblicher, literarischer und künstlerischer Eigentumsrechte ausländischer Staaten oder Staatsangehöriger, besonders der *industrial property rights,* deren Inhalt nach anglo-amerikanischer Rechtsprägung der vom Verf. als restriktiv empfundenen Praxis des Deutschen Patentamtes entgegengehalten wird.

Marmann, Hans: Nochmals: Rechtsprobleme in dem Verfahren der Breda-Flüchtlinge (S. 250—251). Zu dem oben S. 161 angezeigten Aufsatz von Göhring.

Schreiber, P.: Der Rechtsweg in der Schweiz (S. 253).

Ehlers, Kurt: Die Regelung der Besatzungsschäden in der britischen Zone nach der Rechtsprechung des Claims Tribunal in Herford (S. 283–286). Überblick über die nicht veröffentlichte Rechtsprechung des Gerichtshofs zum AHK-Gesetz Nr. 47 nebst Durchführungsverordnungen.

von Beringe: Die Rechtsstellung des deutschen Eigentums in Österreich (S. 365–367). Von der These ausgehend, daß die Annexion Österreichs 1938 die staatsrechtliche Kontinuität der Republik vernichtet habe, mithin dem nach 1945 neuentstandenen Staatswesen die Aktivlegitimation fehle, Ansprüche aus dem Sukzessionsfall von 1938 zu erheben, wendet sich Verf. gegen die in Österreich lautgewordene Meinung, daß das deutsche Eigentum zur Deckung entsprechender »Gegenforderungen« einbehalten werden könne. Auch das Besatzungsrecht Österreichs, besonders das Kontrollratsgesetz Nr. 5, habe die Rechtslage nicht zuungunsten der deutschen Ansprüche verändert.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Jerusalem, Franz W.: Die ersten Urteile des Gerichtshofes der Montan-Union (S. 370). Bericht über die Nichtigkeitsklagen der französischen und italienischen Regierung betr. die Entscheidungen Nr. 1, 2 und 3/1954 der Hohen Behörde der Montan-Union.

Wilm: Rückerstattungsansprüche gegen das Reich in Berlin. Der bisherige Stand der Gesetzgebung (S. 536–537). Dazu Thierig a. a. O., S. 899.

Roemer, Karl: Die Kostenordnung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (S. 617–618).

Wengler, Wilhelm: Zum räumlichen Anwendungsbereich der Rückerstattungsgesetze (S. 736–739). Behandelt die Frage, welches Rückerstattungsrecht anzuwenden ist, wenn der Rückerstattungsanspruch nicht nach der *lex fori* abgewickelt werden kann, z. B. wenn Anknüpfungen des Falles auf die sowjetische Besatzungszone oder auf das Ausland verweisen.

Mosler, Hermann: Das Völkerrecht in der juristischen Ausbildung (S. 860–861).

Maier, Hedwig: Fragen der Gerichtsbarkeit im Pariser Vertragswerk (S. 894–898). Behandelt die Abwicklung der Besatzungsgerichtsbarkeit und das Verhältnis der deutschen zur Militärgerichtsbarkeit der in der Bundesrepublik stationierten ausländischen Streitkräfte.

Féblot, Jean: Die Freigabe der deutschen Handelsmarken in Frankreich (S. 977–978).

Philipp, Gerhard: Zum Urteil des Gerichtshofes der Montan-Union vom 18. 3. 1955 zu den Höchstpreisentscheidungen der Hohen Behörde vom 20. 3. 1954 (S. 1059–1060).

Köhler, Karl-Heinz von: Kann der Gesetzgeber durch Schweigen die Verfassungswirklichkeit ändern? (S. 1089–1092). Wenn der Gesetzgeber seiner Pflicht, ein Ausführungsgesetz zu einer Verfassungsbestimmung (außerhalb des unmittelbar geltenden Grundrechtskatalogs) zu erlassen, nicht nachkommt und sonst keine interpretative Möglichkeit zur Annahme der Verfassungsbestimmung selbst als unmittelbar geltenden Rechts besteht, könne der Richter die Norm aus allgemein anerkannten Rechtsregeln an Stelle des untätigen Gesetzgebers »im Auftrage einer höheren Legalität« ergänzen. Jedenfalls müsse er die Verfassungsnorm durchsetzen; doch sei die Möglichkeit, daß der Richter einer nicht praktikablen Bestimmung gegenübersteht, nicht auszuschließen.

Tobler, Achim: Inanspruchnahme von Privateigentum für die Versorgung der Stationierungstruppen (S. 1092–1096). Verf. stellt die Auswirkungen des Vertrags über die Rechte und Pflichten ausländischer Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland dar, die sich aus den Klauseln über die gesetzlichen Grundlagen für die Erfüllung bestimmter Versorgungsleistungen seitens der Bundesrepublik und der Überleitung der Besatzungsrequisitionen ergeben.

Tischbein, H.: Nachprüfbarkeit des Besatzungsrechts durch deutsche Gerichte (S. 1179–1181). Art. 1 und 2 des Vertrags zur Regelung aus Krieg und Besatzung entstandener Fragen entzögen nur die Gesetzgebung des Kontrollrats und das »versteinerte« Besatzungsrecht der richterlichen Kontrollbefugnis, die im übri-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

gen jedem Gericht unter Ausschaltung des Art. 100 GG zustehe. Dazu Thiesing, a. a. O. S. 1385.

Küster, Otto: Überleitungsvertrag und Wiedergutmachung (S. 1217–1218).

Forsthoff, Ernst: Eigentumsschutz öffentlich-rechtlicher Rechtsstellungen (S. 1249–1251). Hm

Neue Justiz. Jg. 9, 1955

Arzinger, Rudolf: Potsdamer Abkommen und Wiedervereinigung Deutschlands im Mittelpunkt des Karlsruher Prozesses (S. 1–5). Polemik gegen die Plädoyers von Ritter von Lex und Erich Kaufmann im Verfahren über die Verfassungswidrigkeit der KPD vor dem Bundesverfassungsgericht.

Pritt, Denis N.: Die Konferenz asiatischer Juristen in Kalkutta (S. 163–166).

Neumann, Hilde: Die Völkerrechtswidrigkeit der Herstellung und Anwendung von Atomwaffen (S. 274–275). Verf. sieht positive Atomwaffenverbote in der Präambel der Petersburger Erklärung von 1868, in der LKO (Art. 22 und Martens'sche Klausel), den Statuten des Nürnberger IMT, im Gaskriegsprotokoll von 1925, in der Genocide-Konvention und in den Genfer Konventionen von 1949.

Baumgarten, Arthur: Fragen der kollektiven Sicherheit in Europa (S. 324 326).

Steiniger, Peter A.: Die antifaschistischen Klauseln der Charta von San Franzisko. Zum Charakter der Art. 53 und 107 der UN-Charta (S. 355–357).

Polak, Karl: Das System der kollektiven Sicherheit – die Grundlage des Völkerrechts (S. 419–423, 547–552).

Polak, Karl: Die Genfer Konferenz und die Deutschlandfrage (S. 459–462). Die Konferenz habe die Einsicht in das Bestehen zweier deutscher Staaten gebracht und die Autorität der Regierung Ostdeutschlands gestärkt.

Böhme, Fritz: Unsere Gerichte wahren die Rechte des serbischen Volkes (S. 520 –521). Behandelt die Kulturautonomie eines slawischen Minderheitensplitters in der ostdeutschen Lausitz.

Murowski, Bernd: Das Saar-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und die bürgerliche Gesetzlichkeit (S. 532–534). Kritik des Urteils vom 4. 5. 1955. Hm

Neue Zeit. 1955

Bogdanow, O.: Die friedliche Koexistenz der Staaten und das Völkerrecht (N. 33, S. 6–9). Hr

The New Yugoslav Law. Jg. 5, 1954

Srzentić, Nikola: The Organization of the Judicature in Yugoslavia (N. 3 –4, S. 24–32). Hr

New Zealand Law Journal. Vol. 30, 1954

Kleffens, Elco N. van: The Place of Law in International Relations (S. 381 –384). Wiedergabe einer Rede vor der Universität Princeton am 29. 11. 1954.

— Vol. 31, 1955

Northey, J.F.: Constitutional Law: Invalidity of General Elections. Failure to Perform a Statutory Duty (S. 123–126). Besprechung des Falles *Simpson* v.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Attorney-General, (1955) N. Z. L. R. 271, worin der Kläger die Gültigkeit der Wahl von 1946 angefochten hatte mit der weiteren Behauptung, alle seit 1946 erlassenen Gesetze und Regierungsakte seien ungültig. Die Klage wurde abgewiesen.
Davis, A. G.: Invalidity of General Election (S. 135–136). Weitere Ausführungen zu *Simpson* v. *Attorney Genereal.* Hr

Nordisk Tidsskrift for international Ret og Jus Gentium. Acta scandinavica juris gentium. Vol. 24, 1954

Colban, Erik: De Forente Nasjoner som permanent verdensorganisasjon (S. 3–15; engl.: The United Nations as a permanent world organization, Acta scand., S. 3–16). Verf. macht eine Reihe praktischer Vorschläge, die ein wirksames Handeln der UN auch unter der gegenwärtigen Charta ermöglichen sollen. Der Charakter der UN als Universalorganisation und Weltforum verlange die unverzügliche Zulassung der von westlicher und östlicher Seite vorgeschlagenen Staaten und in absehbarer Zeit auch der Bundesrepublik als Mitglieder unter entsprechender Erweiterung des Sicherheitsrates.

Odevall, Bengt: Globalersättning för ekonomiska intressen i utlandet [Pauschalentschädigung für wirtschaftliche Interessen im Ausland] (S. 16–27). Behandelt die Auswirkungen der neueren von Schweden mit den Ostblockstaaten abgeschlossenen Globalentschädigungsabkommen für Verstaatlichungsmaßnahmen auf die Rechtsstellung des betroffenen Staatsbürgers. Verf. hält den in dem betreffenden Abkommen ausgesprochenen Verzicht des schwedischen Staates auf die Ausübung seines Protektionsrechts zugunsten enteigneter Staatsbürger für vereinbar mit der schwedischen Verfassung. Die von der völkerrechtlichen Theorie geforderten Bedingungen einer adäquaten, effektiven und prompten Entschädigung würden durch derartige langfristige Globalkompensationen allerdings nur teilweise erfüllt.

Knudsen, Nyvang P.: Traktatbestemmelserne i USA's forfatning [Die Vertragsbestimmungen in der Verfassung der USA] (S. 31–37). Behandelt die Diskussion um das Bricker-Amendment zur USA-Verfassung, seine Vorgeschichte und spätere Kompromißvorschläge. Eine solche Verfassungsänderung sei als schwerwiegende Kompetenzverschiebung zum Nachteil der Exekutive abzulehnen.

Schätzel, Walter: Aggressionskrieg und Haager Kriegsrecht (Acta scand., S. 17–31). Verf. wendet sich gegen die Auffassung, die LKO sei nicht mehr zugunsten des Aggressors anwendbar. Zwar gehe sie noch vom Recht zum Kriege sowie gleichen Rechten und Pflichten der kriegführenden Parteien aus, während infolge des allgemeinen Kriegsverbots der UN-Charta jeder Krieg heute notwendig zum Aggressions- und damit zum »ungerechten« Krieg werde. Auch dem völkerrechtlichen Delikt entspringe aber nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen ein rechtlich geordnetes Verhältnis. Vor allem dürfe eine wehrlose Zivilbevölkerung nicht durch die verantwortungslose Aggressionspolitik ihrer Regierung des Schutzes durch die LKO beraubt werden.

Kleffens, Elco N. van: Rettens Plads i det mellemfolkelige Samkvem [Die Funktion des Rechts im zwischenstaatlichen Verkehr] (S. 3–10). Dänische Wiedergabe eines vom Verf. 1954 vor der Princeton University gehaltenen Vortrags. Vgl. oben S. 766.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Undén, Östen: Den kollektiva säkerhetens filosofi (S. 11–25; engl.: The philosophy of collective security, Acta scand. S. 3–17). Verf., schwedischer Außenminister, stellt ein System kollektiver Sicherheit unter Einschluß des potentiellen Aggressors der Sicherheit durch militärische Blockbildung, die sich gegen mögliche Angreifer richtet, gegenüber. Der Versuch sowohl des Völkerbunds als der UN, letztere Konzeption, wie sie dem Gleichgewichtsstreben im letzten Jahrhundert zugrunde gelegen habe, durch die kollektive Sicherheit im Rahmen eines umfassenden, mit Sanktionen ausgestatteten internationalen Zusammenschlusses zu ersetzen, sei angesichts der Ost- und Westpakte bis jetzt als gescheitert anzusehen. Verf. verteidigt die »Neutralitäts«-Politik Schwedens, das auf diese Weise der Idee einer kollektiven Sicherheit besser diene als durch eine Beteiligung an militärischen Allianzen.

Røed, Ole Torleif: Krig i atomalderen [Krieg im Atomzeitalter] (S. 26–41). Kritische Besprechung des Buches von E. Castrén: The Present Law of War and Neutrality, Helsinki 1954. Verf. bemüht sich besonders um das Verhältnis der Begriffe Feindseligkeiten und Krieg und um die Grenzen der Rechtsetzungsbefugnisse einer Besatzungsmacht.

Guldberg, Tatiana: International concessions, a problem of international economic law (Acta scand., S. 18–34). Behandelt die Rechtsprechung zur bestimmungsgemässen Beendigung internationaler Konzessionen, u. a. auch das künftige Schicksal des Suezkanals, sowie zur Frage ihrer ursprünglichen Nichtigkeit.

Honig, Frederick: The independence of the international civil service (Acta scand., S. 35–54). Verf. kritisiert die Abhängigkeit des Generalsekretärs der UN von den Mitgliedstaaten bei der Auswahl seines Personals und dessen Unterwerfung unter staatliche Loyalitätsprüfungen. Bis zur Änderung der *Staff Regulations* im Dezember 1953 habe eine klare Rechtsgrundlage für die zahlreichen Entlassungen im Zusammenhang mit Loyalitätsverfahren in einzelnen Ländern gefehlt. Vor Einführung eines internationalen Verhaltenskodex für Sekretariatsbeamte, ihrer Auswahl durch eine internationale Kommission und der Gleichstellung in Bezug auf Privilegien und Immunitäten in allen Ländern könne von einer Unabhängigkeit des Generalsekretärs nach Art. 100, 101 UN-Charta keine Rede sein.

Castrén, Erik: On state succession in practice and theory (Acta scand., S. 55–75). Verf. untersucht, welche Lösungen Sukzessionsfragen im Zusammenhang mit den Gebietsveränderungen zwischen dem 1. und 2. Weltkrieg bis zu den Friedensverträgen von 1947 gefunden haben. Anschließend erörtert Verf. in kurzem Überblick die verschiedenen Fälle territorialer Änderungen und ihre Auswirkung auf das Schicksal völkerrechtlicher Verträge, des Status der Bevölkerung, des Staatseigentums und der Staatsschulden. Hr

La Nouvelle Revue Française d'Outre-Mer. Année 47, 1955

Durand-Réville, Luc: De l'anticolonialisme (S. 61–68).

d'Aulnay, J.-L.: La conférence de Bandung (S. 124–131).

Didier, Henry: Point de vue Belge sur l'intégration du Congo dans une Communauté Européenne (S. 131–135). Bh

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Nytt Juridiskt Arkiv, Avd. II: Tidskrift för Lagstiftning M. M. Årg. 79, 1954

—: *Lagstiftning med anledning av 1949 års konventioner ang. skydd för krigets offer (S. 26–62).* Bericht über die schwedische Gesetzgebung zu den Genfer Rotkreuzkonventionen von 1949. Hr

Occidente. Rivista Internazionale di Studi Sociali e Politici. Anno 11, 1955

Bauer, Riccardo: Problemi cruciali della democrazia (S. 3–26). Behandelt die Wirtschaftsverfassung, die Stellung Europas in der Weltpolitik, das Verhältnis zwischen Kirche und Staat und die Rolle des Parlaments. Die erstrebenswerte Wirtschaftsverfassung baue auf Staatssozialismus und Kollektiv-Organisation auf. Die politische Stellung Europas müsse durch die Integration aller europäischen Länder gestärkt werden, damit es eine Mittlerrolle zwischen Ost und West übernehmen könne. Im Verhältnis von Kirche und Staat müsse jede politische Tätigkeit der Kirche unterbleiben. Der Überlastung der Parlamente könne nur durch eine Dezentralisierung der Verwaltung gesteuert werden.

Carew Hunt, R. N.: Criticism and Self-Criticism (S. 34–43). Untersucht die Funktionen der Praxis von Kritik und Selbstkritik auf der Grundlage des Parteistatuts der KPSU.

Grosser, Alfred: Rapport sur la structure du parti social-démocrate d'Allemagne (S. P. D.) (S. 58–83). Ts

Die Öffentliche Verwaltung. Jg. 8, 1955

Hettlage, Karl-Maria: Finanzpolitik und Finanzrecht. Grundsätzliche Überlegungen zur Neuordnung des Bundesfinanzrechts (S. 1–5, 33–38).

Dahlgrün, Hans Georg: Die verfassungsmäßigen Voraussetzungen einer Reform des staatlichen Haushaltsrechts (S. 6–8). Die Kompetenz zum Erlaß einer neuen Haushaltsordnung für den Bundesbereich folge aus der Befugnis, ein jährliches Etatgesetz zu erlassen; die Haushaltsordnung sei eine Dauerkodifikation zur Ausführung der laufenden Etatgesetze, in welche die gleichen Bestimmungen auch jährlich wiederholt aufgenommen werden könnten; nur müsse die Haushaltsordnung dementsprechend den Charakter eines formellen Gesetzes wahren. Die gleiche Regelungskompetenz stehe daneben auch den Ländern für ihren Bereich zu.

Kreutzer, Heinz: Das öffentliche Recht in Berlin. Die besondere staatsrechtliche Situation und die Rechtsentwicklung von 1945 bis 1953 (S. 11–16, 48–51, 80–84; siehe auch S. 147 f.). Behandelt u. a. Besatzungsrecht in Berlin, die Stellung Berlins im Bunde, die Geltung von Bundesrecht in Berlin und Verfassungsrecht des Landes Groß-Berlin.

Becker, Hans-Joachim: Nochmals: Zur Frage der Staatsangehörigkeit der Volksdeutschen aus Polen. Ergänzung zur Studie von Geilke in Heft 18/54 S. 545 ff. (S. 47–48). (Vgl. oben S. 369). Verteidigt die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes unter Hervorhebung der völkerrechtlichen Seite des Problems.

Spanner, Hans: Bedeutung und Bewährung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Österreich (S. 65–70). Zeigt die Entwicklung seit 1848 bis zum »Verfassungsgerichtshofgesetz 1953" und erörtert Organisation und Kompetenzen des Wiener Verfas-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

sungsgerichtshofes. Aus der Rechtsprechung wird die Behandlung des Gleichheitsgrundsatzes und der Eigentumsgarantie, die Grundsatzentscheidung von 1930 zum Begriff des Kompetenzkonfliktes und die streng positivistische Ausrichtung bei der Interpretation der Verfassung hervorgehoben.

Bachof, Otto: Verfassungsgerichtsbarkeit in Deutschland und Österreich. Ein Nachwort zum vorstehenden Aufsatz von Hans Spanner (S. 70–72).

Dahlgrün, Hans Georg; Karl-Maria Hettlage: Nochmals: Finanzpolitik und Finanzrecht. Grundsätzliche Überlegungen zur Neuordnung des Bundesfinanzrechts (S. 72–75).

Schäfer, Hans: Ist der Südweststaat bei der Neugliederung des Bundesgebietes nach Art. 29 Abs. 1 bis 6 GG insgesamt tabu? Eine Erwiderung und Ergänzung zum Aufsatz Held in Heft 24/1954 (S. 111–112).

Schoen, Xaver: Die Grenzen der Verwaltungsgerichtsbarkeit (S. 137–143).

Curtius, Carl Friedrich: Völkerrechtliche Schranken der Änderung des Grundgesetzes. Einige Bemerkungen zu Art. 25 GG (S. 145–146). Verf. entnimmt den Materialien zum Grundgesetz, daß Art. 25 GG auch Änderungen des Bundesverfassungsrechts an die allgemeinen Regeln des Völkerrechts binde. Diese Bindung trete neben die Garantie in Art. 79 GG. Die Konstituierung einer gesamtdeutschen Verfassung sei an Art. 25 nicht gebunden, da die Selbstbeschränkung des Grundgesetzes durch dessen Art. 146 nur eine vorläufige sei.

Loeffler, Martin; Otto Bofinger: Das geltende deutsche Presserecht (S. 200–205, 242–246).

Steiger, Karl: Berlin im Finanzsystem des Bundes (S. 270–273).

Kurzwelly, Friedrich-Wilhelm: Die Neuordnung der Kriegsfolgenhilfe (S. 281–285). Behandelt Probleme der finanzrechtlichen Gleichgewichtsverteilung in der Verwendung der Bundesmittel für Kriegsfolgelasten, die sich als Nachwirkung der Bevölkerungsverschiebungen infolge des 2. Weltkriegs ergeben haben.

Brühwiler, Hans: Die bereinigte Gesetzessammlung der Schweiz (S. 325–327). Verf. weist u. a. darauf hin, daß die negative Bereinigungswirkung nicht für Staatsverträge, bestimmte Bundeserlasse und für Eisenbahnkonzessionen gilt, die vor 1874 in der Gesetzsammlung publiziert und nun aus Gründen der Einheitlichkeit ausgeschieden wurden.

Zeuner, Albrecht: Über die Geltungsdauer der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts und die Möglichkeit späterer abweichender Entscheidungen (S. 335–340). Die grundsätzliche Unabänderlichkeit von Bundesverfassungsgerichtsentscheidungen berge die Gefahr einer Lähmung des Verfassungsrechts.

Müller, Konrad: Der Loccumer evangelische Kirchenvertrag als Spiegel der staatskirchenrechtlichen Lage in der Bundesrepublik (S. 421–427).

Lichter, Matthias: Die Staatsangehörigkeit der Heimatvertriebenen (S. 427–432). Behandelt das oben S. 670 ff. abgedruckte Gesetz vom 22. 2. 1955.

Köttgen, Arnold: Der Einwand der Mischverwaltung und das Grundgesetz (S. 485–492). Behandelt den mit dem Grundgesetz unternommenen Versuch des Aufbaus eines föderativen Verwaltungsstaates mit der Folge häufigen Ineinandergreifens von Bundes- und Landesverwaltung.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Auby, Jean-Marie: Die Ersatzleistungen für Schäden durch hoheitliche Eingriffe im öffentlichen Recht (S. 536–538). Behandelt die Frage unter dem Blickwinkel des französischen Rechts.

Schneider, Peter: Beamtenverantwortlichkeit und Staatshaftung im schweizerischen Recht (S. 538–542).

Scheuner, Ulrich: Probleme der staatlichen Schadenshaftung nach deutschem Recht (S. 545—550). Hm

Österreichische Juristen-Zeitung. Jg. 10, 1955

Matthies, Heinrich: Der Gerichtshof der Montanunion und dritte Länder (S. 75–76). Stellungnahme zu dem oben S. 370 angezeigten Aufsatz von Moser.

Mannlicher, Egbert: Der verwaltungsbehördliche Bescheid und das gerichtliche Urteil (S. 195–197). Vortrag vor der Wiener Juristischen Gesellschaft vom 26. 1. 1955. Verwaltung und Justiz seien in ihrem jeweiligen Bereich selbständig und voneinander unabhängig, wobei jeder Partner an die vom Anderen getroffene Entscheidung gebunden sei.

Linke, Robert: Aktuelle Fragen der Auslieferung nach Österreich (S. 243–247).

Strebel, Helmut: Der völkerrechtliche Begriff der Regierung (S. 247–249). Vortrag vor der Wiener Juristischen Gesellschaft vom 2. 3. 1955.

Schwimann, Michael: Über die Verlusttatbestände des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechtes (S. 381–391). Dg

Österreichische Juristen-Zeitung. Jg. 10, 1955

Klinghoffer, Hans: Die Moskauer Erklärung über Österreich. Ein kurzgefaßter Kommentar (S. 461–489). Verf. geht in seiner 1944 verfaßten Erläuterung der Erklärung der Alliierten vom 19. 10. 1943 von der völkerrechtlichen Nichtigkeit des »Anschlusses« aus und lehnt eine kollektive Verantwortlichkeit des österreichischen Volkes für Kollaboration mit dem Deutschen Reich ab. In seinem 1953 geschriebenen Nachwort nimmt Verf. zu den Theorien Stellung, die für eine Lösung der Frage nach der Kontinuität des österreichischen Staates herangezogen worden sind.

Reut-Nicolussi, Eduard: Kriegsverbrechen im Peloponnesischen Krieg (S. 490–500).

Ermacora, Felix: Über die Schlagkraft des »naturrechtlichen Gedankengutes« im Bonner Grundgesetz (S. 517–528). Verf. warnt davor, vom »Naturrecht« immer dann zu sprechen, wenn es sich im Grunde um die Durchsetzung bestimmter, oft politischer Interessen handelt. Die Kommentatoren des Grundgesetzes seien allzu geschäftig in der Verwendung des Begriffs. Alle sogenannten überpositiven Verfassungsbestimmungen seien ausfüllungsbedürftig. Deshalb gewinne auch dieses »Naturrecht« erst durch Konkretisierung, d. h. durch Umformung in positives Recht.

Aufricht, Hans: Das Abkommen des Internationalen Währungsfonds und die Unerzwingbarkeit bestimmter Verträge (S. 529–552). Behandelt Art. VIII Abs. 2 (b) und die darin festgelegte Nichterzwingbarkeit von Devisentransaktionen, die den Devisenkontrollbestimmungen im Sinne des Abkommens widersprechen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Jansson, Jan-Magnus: Zum Begriff der Verfassung (S. 584–599).
Pahr, Willibald P.: Der Vertrag zu Lasten Dritter im Völkerrecht (S. 600–610).
Verf. unternimmt den Nachweis, daß weder das klassische noch das moderne Völkerrecht echte Verträge zu Lasten Dritter kennt, allerdings unter der Einschränkung, daß man unter den Begriff nur solche zwischenstaatlichen Übereinkommen faßt, die einen Eingriff in den Zuständigkeitsbereich von Nicht-Signatarstaaten darstellen.
Blagojević, Borislav T.: Die Ausbürgerung nach dem Recht der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien – im Lichte der allgemeinen Theorie der Staatsangehörigkeit (S. 611–629).
Roth, Daniel: Zur Ideengeschichte und zum Begriff des Widerstandes gegen staatliche Unterdrückung (S. 630–688). Dg

Osteuropa. Jg. 5, 1955
Rhode, Gotthold: Die Entstehung der Curzon-Linie (S. 81–92).
Maydell, Kurt von: Die politische Sowjetisierung Osteuropas (1939–1948) (S. 254–265). Hm

Osteuropa-Recht. Jg. 1, 1955
Meissner, Boris: Die sowjetische Bewertung der Völkerrechtsquellen (S. 2–8).
Die sowjetische Völkerrechtslehre betone einerseits den Vorrang des Vertragsrechts gegenüber dem Gewohnheitsrecht, andererseits die überragende Bedeutung der allgemeinen Rechtsgrundsätze, die sich aus den »Grundbegriffen« des Völkerrechts und aus den fundamentalen Grundsätzen der einzelnen nationalen Rechtssysteme zusammensetzten. Die Grundbegriffe enthielten Grundsätze rechtlichen Charakters wie auch politische Maximen von völkerrechtlicher Bedeutung (Anerkennung der Souveränität der Staaten, der Nichteinmischung, der Verpflichtung zum Schutz des Friedens u. a.).
Pfuhl, Eberhardt: Rechtsformen der Außenwirtschaftsbeziehungen der UdSSR zu den Volksdemokratien (S. 9–26). Verfolgt den allmählichen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Ostblockstaaten durch ein System bilateraler Wirtschaftsabkommen unter der Koordinierung eines Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (SEW).
Frey, Georg: Das Strafverfahren gegen deutsche Kriegsgefangene in der Sowjetunion (S. 31–37).
Schultz, Lothar: Die neue Verfassung der Volksrepublik China (S. 43–45).
Behandelt die Verfassung vom 20. 9. 1954. Hr

Pacific Affairs. Vol. 25, 1952
Jaquet, L. G. M.: The Indonesian Federal Problem Reconsidered (S. 170–175).
Entgegnung auf den in dieser Zeitschrift Bd. 15, S. 390 angezeigten Aufsatz von Finkelstein.
Weerawardana, I. D. S.: Minority Problems in Ceylon (S. 278–287).
Clements, F. W.: The WHO in Southern Asia and the Western Pacific (S. 334–348).
Coughlin, Richard J.: The Status of the Chinese Minority in Thailand (S. 378–389).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— **Vol. 26, 1953**

Namasivayam, S.: Aspects of Ceylonese Parliamentary Government (S. 76–83).

Brecher, Michael: Kashmir: A Case Study in United Nations Mediation (S. 195–207).

Emerson, Rupert: Problems of Representative Government in Southeast Asia (S. 291–302).

— **Vol. 27, 1954**

Thomas, S. B.: The Chinese Communists' Economic and Cultural Agreement with North Korea (S. 61–65). Behandelt das Abkommen vom 23. 11. 1953 über wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen Rotchina und Nordkorea.

Carnell, Francis C.: Constitutional Reform and Elections in Malaya (S. 216–235).

Houn, Franklin W.: The Draft Constitution of Communist China (S. 319–337).

— **Vol. 28, 1955**

Rupen, Robert A.: Notes on Outer Mongolia Since 1945 (S. 71–79). Überblick über die völkerrechtliche Entwicklung und Betätigung der Äußeren Mongolei. Rn

Parliamentary Affairs. Vol. 8, 1954/55

Milne, R. S., H. C. Mackenzie: Straight Fight. A Study of Voting Behaviour in the Constituency of Bristol North-East at the General Election of 1951 (S. 7–169).

Pryce, Roy: Parliamentary Government in Italy Today (S. 183–191).

Hogan, David: Dail Eireann (S. 215–229). Überblick über die Entwicklung des irischen Parlaments.

Pickles, Dorothy: Constitutional Revision in France (S. 246–253). Behandelt die Verfassungsänderung vom 7. 12. 1954.

Harrison, Wilfrid: The British Constitution in 1954 (S. 303–317).

Tiltman, Hessell: A Japanese General Election (S. 334–343). Behandelt die Parlamentswahlen vom 27. 2. 1955.

Hughes, Colin A.: Adult Suffrage in Jamaica, 1944–55 (S. 344–352). Bt

La Politica Parlamentare. Anno 8, 1955

Sansonetti, Giulio: Il Presidente della Repubblica non è un «simbolo» (S. 55–57). Behandelt vor allem die Stellung des Präsidenten im Verhältnis zur Regierung. Ts

Political Studies. Vol. 2, 1954

Marshall, Geoffrey: What is Parliament? The Changing Concept of Parliamentary Sovereignty (S. 193–209). Behandelt die Frage etwaiger Beschränkungen der Omnipotenz des Parlaments im Vereinigten Königreich und in den Dominien, die sich z. B. aus dem Unionsvertrag zwischen England und Schottland von 1707 oder aus der Notwendigkeit, bestimmte Verfahrensvorschriften zu beachten, ergeben können.

Scott, Derek J. R.: Producers' Representation in Yugoslavia (S. 210–226).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Nicholas, H. G.: Political Parties and the Law in the United States (S. 258–270).

— Vol. 3, 1955

Daalder, H.: Parties and Politics in the Netherlands (S. 1–16).

Leys, Colin: Petitioning in the Nineteenth and Twentieth Centuries (S. 45–64). Übersicht über Gegenstände, Zahl und parlamentarische Behandlung von Petitionen in England.

Benn, Stanley I.: The Uses of "Sovereignty" (S. 109–122). Behandelt die Varianten im Gebrauch des Souveränitätsbegriffs.

Milne, R. S.: The American Council of Economic Advisers and Joint Committee on the Economic Report (S. 123–142). Bt

Politique Etrangère. Année 20, 1955

Bastid, Suzanne: Les conditions juridiques de la «coexistence» (S. 9–18). Verf. zeigt, daß in der Geschichte wiederholt Auseinandersetzungen verschiedener Wert- und Ordnungssysteme durch die Realisierung des Prinzips der Koexistenz überwunden wurden. Sie fragt, welche rechtlichen Mittel für die Verwirklichung der Koexistenz von Ost und West bereitstehen, und ist der Ansicht, daß Rechtsgrundlage der Koexistenz die staatliche Souveränität sein muß und die Anerkennung der Tatsache, daß es über den Staaten in der internationalen Gesellschaft keine Autorität mehr gibt. Weiter sei erforderlich, das System der internationalen Verträge auf ihre Fortgeltung zu untersuchen und, soweit die Gültigkeit festgestellt werde, deren Respektierung auch durchzusetzen. Es komme auch darauf an, die Regierungen anderer Staaten in ihrem Bestand tatsächlich anzuerkennen und nicht deren Beseitigung zu propagieren, Emigranten zu unterstützen usw. Es sei auch erforderlich, sich über einige Grundbegriffe zu einigen, wozu auch das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Sinne des Rechts des Wechsels des politischen Regimes gehöre. Schließlich bedeute der Versuch der rechtlichen Fundierung der Koexistenz der Staaten den Verzicht auf eine Definition des Angreifers.

Djerdja, J.: La Yougoslavie et les nouveaux États asiatiques. Ce que signifie le voyage du président Tito (S. 19–26).

Neumann, Robert: Les conséquences sur la politique extérieure des États-Unis de certains aspects de la vie politique intérieure du pays (S. 27–40).

Lévy, Roger: La Conférence de Kyoto (26 septembre–8 octobre 1954). Le Japon entre les États-Unis et la Chine (S. 77–87). Bh

Moch, Jules: Les problèmes actuels du désarmement (S. 127–140).

Giraud, Émile: Les Nations Unies doivent-elles mettre en veilleuse la sécurité collective? (S. 179–204). Verf. untersucht den rechtlichen und politischen Gehalt der UN-Charta bezüglich des Anwendungsfalls der Sicherheitsbestimmungen, insbesondere das Einstimmigkeitsprinzip im Sicherheitsrat, die Ausschaltung des Veto-Problems durch die Generalversammlung seit der Resolution 377 (v) von 1950 und die Hilfeleistungspflicht der Mitglieder. Alle diese Bestimmungen seien mehr oder weniger aus politischen Irrtümern erwachsen. Dennoch können sich die UN heute nicht mehr von dem Problem der kollektiven Sicherheit abwenden, ohne ernstlich Schaden zu nehmen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Auer, Paul: Co-existence (S. 205–210). Entgegnung auf den oben angezeigten Aufsatz von Suzanne Bastid.
Léger, François: La Malaisie britannique et ses problèmes (S. 211–226). Berichtet über die wirtschaftliche Entwicklung und verfassungsrechtliche Entwicklung.
Aron, Raymond: La situation dans le Sud-Est asiatique: de Bangkok à Bandoeng (S. 283–298).
Fall, Bernard B.: La politique américaine au Viet-Nam (S. 299–322).
Kiesinger, Kurt G.: La politique étrangère de la République Fédérale en 1955 (S. 323–332). Behandelt die Fragen des europäischen Zusammenschlusses und der deutschen Wiedervereinigung. Eine echte deutsch-französische Annäherung sei die Voraussetzung jeder Friedenssicherung.
Erler, Fritz: Coexistence et réunification de l'Allemagne (S. 333–344). Es sei anzustreben, die USA und die UdSSR durch einen Cordon von Staaten zu trennen, deren Zugehörigkeit zu einer der Machtgruppen nicht definitiv zu gestalten sei. Auch für ein wiedervereinigtes Deutschland, von dem man zu Unrecht ein Hinneigen zum Ostblock voraussetze, sei der für die Friedenssicherung günstigste Status die Bündnisfreiheit.
Heckscher, Kay: Le Slesvig méridional (S. 345–354). Befaßt sich mit der Minderheitenfrage.
Giniewski, Paul: La paix israélo-arabe est-elle possible? (S. 355–368).
Heydte, F. A. van der: La situation juridique de la République fédérale d'Allemagne (S. 425–434).
Rathenau, H.-G.: L'Union économique franco-sarroise et les conséquences économiques des accords franco-allemands sur la Sarre (S. 435–452).
Aroneanu, Eugène: Vers une juridiction pénale internationale (S. 467–486).
Dg

Population. Année 10, 1955

Doublet, Jacques: La sécurité sociale et les frontières. Formation d'un droit international (S. 263–276). Verf. zeigt, daß die Wanderbewegung von Arbeitskräften zwischen den europäischen Staaten frühzeitig Anlaß für bilaterale Abkommen über die gegenseitigen Sozialleistungen wurde, die ständig verfeinert wurden. Gegenwärtig komme es vor allem auf die Bestimmung eines sozialen Mindeststandards an. Die Konvention No. 102 der Internationalen Arbeitsorganisation gebe nur einen vagen Anhalt. Der Europarat habe einen europäischen Code der sozialen Sicherheit auszuarbeiten, dessen Ansätze ebenfalls noch nicht befriedigend seien. Man müsse von einem höheren Mindeststandard und der Sicherstellung der Gleichbelastung ausgehen.
Bh

Public Administration. Vol. 13, 1954

Weir, George: Promotion in the Public Service (S. 229–235).
Wheelwright, E. L.: Joint Consultation in Britain (S. 236–250). Beschreibt Arbeitsweise und -ergebnisse der Joint Industrial Councils (Whitley Councils), d. h. von Arbeitgebern und -nehmern paritätisch besetzter Ausschüsse zur gegenseitigen Beratung in Arbeitsfragen, in der öffentlichen Verwaltung und in der verstaatlichten und privaten Industrie.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

McLelland, Mary: Social Service Benefits: an Evaluation of Methods of Determination (S. 252–267). Rechtsvergleichende Gegenüberstellung verschiedener Sozialversicherungssysteme.

— **Vol. 14, 1955**

McCay, F. L.: Administration in Catastrophe (S. 22–27). Behandelt Probleme der Verwaltung in außerordentlichen Notstandsituationen (Atomkrieg).

Encel, S.: The Commonwealth Public Service and Outside Recruitment (S. 28–43).

Davies, A. F.: Local Government in Melbourne (S. 65–84).

Bland, F. A.: Control of Government Expenditure (S. 107–112). Hr

Public Finance. Vol. 9, 1954

Ahuvah, Saaki Eretz: Israels New Economic Policy in Action, 1952–1954 (S. 315–360).

— **Vol. 10, 1955**

Froomkin, Joseph; Ronald Hsia: Developments in Public Finance in Communist China, 1950–1954 (S. 83–102).

Ratchford, B. U.: Some Aspects of Debt Management in the United States (S. 133–149). Bt

Questions Actuelles du Socialisme. 1955

Kardelj, Edouard: La démocratie socialiste dans la pratique yougoslave (N. 28, S. 13–76).

Bebler, Alès: Collaboration européenne (S. 77–86).

Tito, J.-B.: La Yougoslavie dans le monde (N. 29, S. 3–30). Außenpolitischer Teil der Rede Titos vom 7. 3. 1955.

Radovanovitch, Ljoubomir: L'Assemblée Consultative Balkanique (S. 31–40).

Moïssov, Lazar: La Démocratie économique (S. 95–111).

Kardelj, Edouard: La nouvelle organisation des communes (N. 30, S. 3–44).

Djordjévitch, Yovan: Les statuts des communes (S. 45–70). Hr

Rassegna di Diritto Pubblico. Anno 10, 1955

Sica, Vincenzo: Sciopero e pubblico impiego (S. 1–29). Verf. kommt zu dem Schluß, das in Art. 40 der Verfassung proklamierte Streikrecht erstrecke sich grundsätzlich auch auf Staatsbedienstete. Zulässig sei nur ein Streik, um bessere Arbeitsbedingungen zu erreichen. Von dem allgemeinen Streikrecht nimmt Verf. die Angehörigen der Streitkräfte aus, wobei er offen läßt, ob auch in anderen Zweigen der Verwaltung aus besonderen Gründen kein Streikrecht bestehen kann.

Agostini, Mario: Note sui limiti costituzionali della potestà legislativa della Regione «Trientino-Alto Adige» (S. 30–60). Ts

Rassegna Italiana di Politica e di Cultura. Anno 32, 1955

Pella, Giuseppe: Gli sviluppi del processo di unificazione europea (S. 303–313). Ts

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Recht der Internationalen Wirtschaft. Jg. 1, 1954/55

Joseph, Franz Martin: Die Einkommensbesteuerung von Deutschen und deutschen Unternehmen in den Vereinigten Staaten von Amerika (S. 80–84).

Koch, F. E.: Deutsch-englisches Doppelbesteuerungsabkommen. Die Besteuerung englischen Einkommens von Personen und Gesellschaften, die in der Bundesrepublik ansässig sind (S. 84–85). Bh

Rechtsgeleerd Magazijn Themis. 1955

s'Jacob, E. H.: Herziening der Grondwet (S. 171–214). Darstellung der im 1954 veröffentlichten Schlußbericht der Verfassungskommission aufgeworfenen Verfassungsprobleme und ihrer Lösungen. Verf. warnt zunächst vor neuer Reform.

Ommen Kloeke, W. K. J. J. van: Organisatie en taak der politieke partijen in de Verenigde Staten van Amerika (S. 320–341). Sr

Rechtswissenschaftlicher Informationsdienst. Jg. 3, 1954

Holcik, Stefan: Der Einfluß der Friedensbewegung auf die Entstehung von Normen des Völkerrechts (Sp. 673–683). Übersetzung aus der tschechoslowakischen Zeitschrift Právny obzor 1954, S. 74–86. Nach der Moskauer Friedenskonferenz vom Dezember 1945 hätten sich die USA und Großbritannien von der Politik der Zusammenarbeit mit der UdSSR abgewendet. Die sowjetische Politik hingegen habe die Friedensbestrebungen verstärkt, was sich vor allem in der Einrichtung und Tätigkeit des Weltfriedensrates zeige. Die Dokumente der Friedensbewegung seien geeignet, als Rechtsquellen die Schaffung von Normen des Völkerrechts zu beeinflussen; hiervon werde auch die UN Kenntnis nehmen müssen.

Molodzow, S. W.: Das Prinzip der Einstimmigkeit der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates – die unerschütterliche Grundlage der UN (Sp. 684–698). Übersetzung des oben S. 182 angezeigten Aufsatzes.

— Jg. 4, 1955

Polenz, O. E.: Das reaktionäre Wesen der modernen bürgerlichen »Theorie« von der starken Exekutivgewalt (Sp. 1–10). Es sei auffällig, daß in einer Reihe von Staaten des Westblocks (Frankreich, Italien, Belgien, Dänemark, Holland) Verfassungsänderungen mit dem Ziel vorgenommen würden, die Eingliederung dieser Staaten in das Nordatlantikpaktsystem zu erreichen. Hierin liege in jedem Fall ein Verzicht auf nationale Souveränität. Hiermit gehe Hand in Hand das Bestreben, die Machtfülle der Exekutivgewalt zu erweitern. Dies sei insofern folgerichtig, als es dem Umstand entspreche, daß es sich um einen relativ kleinen Kreis von einflußreichen Persönlichkeiten handle, der ohne Rücksicht auf die natürlichen Schranken der Demokratie seine Ziele durchsetzen könne.

Gromakow, B. S.: Die Gesetzgebung der USA – ein Werkzeug zur Liquidierung der Rechte und Freiheiten des amerikanischen Volkes (Sp. 10–25).

Lepeschkin, A. I.: Die Faschisierung der örtlichen Verwaltungsorgane in den USA (Sp. 26–38). Dg

Gudoschnikow, L. M.: Die Gerichtsreform in den Jahren 1952 bis 1953 und die weitere Demokratisierung des Gerichtssystems der Volksrepublik China (Sp. 295–302).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Rowinski, E. A.: Einige Fragen der rechtlichen Regelung der Finanzverhältnisse in der UdSSR (Sp. 389–406).
Arturow, O. A.: Der Staatsaufbau der Demokratischen Republik Vietnam (Sp. 457–464).
Dokoff, Doko: Rolle und Charakter der Volksräte in Bulgarien (Sp. 464–476). Ts

Recueil Dalloz de Doctrine, de Jurisprudence et de Législation. 1955

Durand, Paul: L'interdiction des majorations discriminatoires de prix et le commerce de la distribution (S. 1–4).
Bonneau, Henri: La règle de la décision préalable devant les nouveaux tribunaux administratifs (S. 11–22).
Laubadère, André de: La réforme du régime de la dévolution des biens de presse (Loi du 2 août 1954) (S. 23–26). Verf. behandelt die durch Gesetz vom 2. 8. 1954 vollzogene Änderung des Gesetzes vom 11. 5. 1946 über das Vermögen der Presse.

ab Nr. 9: Recueils Dalloz et Sirey. 1955

Heurté, André: La tierce opposition en droit administratif (S. 68–72).
Guillien, Raymond: Essai sur une réforme générale du contentieux administratif (S. 97–102).
Morange, Georges: Réflexions sur la récente «réforme fiscale» (S. 103–110). Bh

Recueil de Jurisprudence du Droit Administratif et du Conseil d'Etat. Année 9, 1954

Stassen, Jacques: Introduction à l'étude d'une réforme du contentieux administratif belge (S. 241–251). Bh

Relazioni Internazionali. Anno 19, 1955

G. B.: L'esperimento democratico della Costa d'Oro – I. Evoluzione Costituzionale (S. 812–814). Überblick über die Vorgeschichte der Verfassung der Goldküste von 1951. Ts

The Review of Politics. Vol. 17, 1955

Thompson, Kenneth W.: Beyond National Interest: A Critical Evaluation of Reinhold Niebuhr's Theory of International Politics (S. 167–188).
Wandycz, Piotr S.: The Theory of International Relations (S. 189–205).
Yoder, Amos: The Ruhr Authority and the German Problem (S. 345–358). Mr

Revista de Administración Pública. Año 5, 1954

González Pérez, Jesús: Consideraciones sobre el contencioso francés (N. 15, S. 11–90).
Gascón Hernández, Juan: Problemas actuales del decreto-ley (S. 91–108). Bericht über die Entwicklung der Verordnungsgesetzgebung im heutigen Spanien.
Serrano Guirado, Enrique: La ley de 15 de julio de 1954 sobre situaciones de los funcionarios de la administración civil del Estado (S. 237–260).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— **Año 6, 1955**

Garrido Falla, Fernando: La llamada doctrina del silencio administrativo (N. 16, S. 85–115).

González Pérez, Jesús: El coadyuvante y el recurso de apelación (S. 139–153). Bericht über die Rechtsstellung des Nebenintervenienten im Verwaltungsprozeß.

González Pérez, Jesús: El contencioso administrativo en los pueblos árabes (S. 287–296). Verf. untersucht das Verwaltungsverfahren in Ägypten und Libanon. Sr

Revista Española de Derecho Internacional. Vol. 6, 1953

Schaetzel, Walter: La situación jurídico-internacional de Alemania y el problema de su unificación (S. 11–31). Aus dem umfangreichen Komplex greift Verf. besonders heraus das Fehlen eines Friedensvertrages, die fortdauernde Besetzung Deutschlands, seine Teilung sowie das Problem der Wiedervereinigung.

Difernán, Fr. Bonifacio: Miguel Bartolomé Salón, fundador del Derecho Internacional (S. 83–126). An der Frage nach der Natur des Völkerrechts stellt Verf. die Thesen Salón's dar, die der nach langer Tätigkeit an der Universität Valencía 1621 verstorbene Gelehrte in seinem völkerrechtlichen Hauptwerk «Commentarium in disputationem de justitia etc., 1591» aufgestellt hat.

Strausz-Hupé, Robert: Sobre paz y guerra (S. 185–194). Als wichtigste Realität unserer Zeit sieht Verf. den Kampf zwischen Freiheit und Tyrannei an, wie er sich im Ringen der westlichen Demokratien gegen den Kommunismus widerspiegelt. Bei konsequenter Ablehnung von Pazifismus und jeglicher Konzessionen scheut Verf. selbst vor einem Krieg zur Verteidigung der Freiheit nicht zurück.

Thomas, Joaquín E.: La Unión Centroamericana en los Tratados y Convenios diplomáticos (S. 195–222). Bericht über die verschiedenen Anläufe zu einer Vereinigung der mittelamerikanischen Staaten von den Washingtoner Verträgen 1923 bis zur Charta von San Salvador 1951 und der Organisation Zentralamerikanischer Staaten (ODECA).

Morán López, Fernando: Génesis y desarrollo de la idea de la Comunidad Agrícola Europea hasta la Conferencia de París de 16 de marzo de 1953 (S. 223–279).

Pereña Vicente, Luciano: Miguel de Ulcurrun. El Emperador, órgano y garantía del Derecho de gentes positivo (S. 313–323). Ein weiterer Beitrag zur Völkerrechtsgeschichte und Lehre spanischer Autoren.

Rubio García, Leandro: La población civil y la guerra aérea moderna (S. 325–355). Verf. berichtet über die Versuche, die Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen des modernen Luftkriegs zu schützen, unter Berücksichtigung der Genfer Konferenz von 1949 und späterer Literatur.

Robles Piquer, Carlos: La VII Conferencia General de la UNESCO (S. 371–384).

Glasier, Stephan: Constituye un crimen la guerra de agresión? (S. 539–562). In Erwiderung auf Kritiken am Nürnberger IMT–Urteil will Verf. zeigen, daß dieses auf bereits geltendem Recht beruhe. Aus der Idee des Rechts selbst leitet Verf.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

die Unvereinbarkeit des Angriffskrieges mit diesem her, um dann an Äußerungen der Klassiker und neuerer Autoren dessen Völkerrechtswidrigkeit darzustellen. Darüber hinaus findet Verf. im internationalen und einzelstaatlichen Strafrecht Anhaltspunkte für seine These.

Agustín Martínez, José: El nuevo Código Internacional de Delitos contra la Paz y la Seguridad de la Humanidad (S. 599–611). Verf. schildert Vorgeschichte und Zustandekommen der vier Artikel des Entwurfs, den er analysiert. Seine Bedenken gründen sich auf das Fehlen der zur Durchsetzung erforderlichen Autorität und die Erfahrungen mit einseitiger Aburteilung des Besiegten durch den Sieger.

Lucas Verdú, Pablo: Algunas consideraciones sobre los partidos políticos y grupos de presión en la Comunidad Internacional (S. 613–631). Völkerrechtliche Normen und soziale Wirklichkeit stehen nach Ansicht des Verf. in einem Spannungsverhältnis. So beeinflusse die politische Ideologie auch die zwischenstaatlichen Beziehungen, wie Verf. an den Gruppierungen der letzten Jahrzehnte zeigt. Dies führt ihn zur Frage nach Begriff und Wandlungen der Völkerrechtsfähigkeit.

No Louis, Eduardo de: Prisioneros de guerra. La libertad bajo palabra (S. 633–648). Verf. berichtet über das seit Mitte des 18. Jh. aufgekommene innerstaatliche Verbot für Soldaten, sich ehrenwörtlich zur Verweigerung weiteren Waffendienstes nach Rückkehr aus Kriegsgefangenschaft zu verpflichten, besonders an Hand der Entwicklung im spanischen Wehr- und Strafrecht. Sr

Revista del Instituto de Derecho Comparado. 1954

Mehren, Arthur T. von: Estudio comparativo de la función judicial en Francia y en los Estados Unidos (S. 61–95).

Quintano Rippolés, Antonio: La integración de la República Democrática alemana en la órbita formal del Derecho intersoviético (S. 97–103). Rn

Revue de l'Administration et du Droit Administratif de la Belgique. T. 97, 1955

Campenhout, P. van: Emploi des langues (S. 77–85). Auf Grund des Art. 13 des Gesetzes vom 28. 6. 1932 betr. die Verwendung der Sprachen in Verwaltungsangelegenheiten wurde eine Kommission unter dem Vorsitz des Innenministers gebildet, die die Innehaltung des Gesetzes zu überwachen hat und zu der die Mitglieder von den königl. Akademien der flämischen und der französischen Sprache vorgeschlagen werden. Die Satzung der Kommission ist in der Verordnung des Regenten vom 23. 7. 1948 enthalten. Der Innenminister hat dem Parlament über die Tätigkeit der Kommission zu berichten. Verf. analysiert die Tätigkeitsberichte für 1948, 1950 und 1951. Bh

Morissens, F.: Loi communale (S. 173–176). Verf. untersucht, ob Art. 6 der belgischen Verfassung die Zulassung von Ausländern zum öffentlichen Dienst auch in der Gemeindeverwaltung verbietet. Dg

La Revue Administrative. Année 7, 1954

Lemasurier, Jeanne: Les inspecteurs généraux de l'administration en mission extraordinaire (S. 377–382).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Malet, Daniel: Pour une vraie réforme des administrations centrales (S. 611–625).

Farçat, Roger: La fonction préfectorale et ses rapports avec les services extérieurs et les administrations centrales (S. 626–630).

— Année 8, 1955

Mathieu, Maurice: Les relations juridiques entre l'État et le cinéma (S. 27–32). Verf. analysiert das Gesetz vom 6. 8. 1953, durch das ein Fonds für die Entwicklung der französischen Filmindustrie geschaffen wurde.

Méjan, François: Le nouveau référé administratif (S. 156–166).

Goubert, F.: L'État, administrateur des collectivités locales (S. 268–272).

Kerever, André-Jacques: Le régime monétaire des territoires africains de l'Union Française (S. 273–275). Bh

Revue Critique de Droit International Privé. Vol. 43, 1954

Chrétien, Maxime: Existe-t-il un droit international fiscal commun? Étude de droit positif d'après la jurisprudence des Cours internationales (S. 487–528; 719–765; vgl. auch diese Zeitschrift Bd. 15, S. 801 und 16, S. 169). Aus seiner Untersuchung der Rechtsprechung internationaler Gerichte folgert Verf., daß es gegenwärtig ein für alle Staaten verbindliches internationales Steuerrecht noch nicht gebe, wenn auch gewisse Ansätze zu einem solchen feststellbar seien. Bh

Revue de Défense Nationale. Année 10, 1954

Lasorgue, Bertrand: Du Traité de Paris (27 mai 1952) au Traité de Paris (23 octobre 1954) (T. 19, S. 523–534). Behandelt den Vertrag über die Westeuropäische Union vom 23. 10. 1954.

Dullin, Louis: Forces et faiblesses des coalitions (S. 579–593). Nach kurzer geschichtlicher Einleitung behandelt Verf. Wesen und Wert der Koalitionen unserer Zeit. Bh

Revue de Droit International et de Droit Comparé. Année 31, 1954

Elst, Raymond Vander: Conflits de lois et conflits des souverainetés (S. 85–103). Verf. wendet sich gegen die Herleitung des internationalen Privatrechts aus einem Souveränitätenkonflikt und damit aus dem Völkerrecht.

Numéro Spécial: IVe Congrès de l'Académie Internationale de Droit Comparé. Paris, Août 1954. Rapports des Juristes Belges.

Onclin, W.: L'ordre juridique canonique devant l'État (S. 5–15).

Ganshof van der Meersch, W. J.: Les garanties de l'indépendance du juge en droit belge (S. 155–178).

Horion, Paul: Problèmes juridiques soulevés par les conventions collectives du travail (S. 246–256). Behandelt die Entwicklung eines öffentlichen Arbeitsrechtes in Belgien auf Grund des *arrêté-loi* vom 9. 6. 1945 über die Einrichtung paritätischer Arbeitnehmer-Arbeitgeber-Kommissionen zur Schlichtung von Arbeitstreitigkeiten.

Ganshof van der Meersch, W. J.: Du rôle de la Constitution dans la vie politique et sociale en Belgique (S. 266–267). Zusammenfassung des in der Revue de l'Université de Bruxelles, 1954, S. 169–223 erschienenen Berichts.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Rombaut, Guy: Le régime juridiques des services publics industriels et commerciaux (S. 269–281). Hm

— Année 31, 1954

Huberlant, C: Les actes de gouvernement (S. 282–293). Das Probleme des *acte de gouvernement* ist seit der Erweiterung der Kontrolle der Verwaltung durch den mit Gesetz vom 23. 12. 1946 errichteten Conseil d'État auch in Belgien aufgetaucht. Die belgische Rechtsprechung neigt dazu, den Begriff *acte de gouvernement* zu eliminieren, da sie ihn als nicht mit dem Rechtsstaat vereinbar ansieht.

Douxchamps Segesser de Brunegg, H.: Les limites à la souveraineté de l'État en matière de naturalisation et d'immigration (N. spécial S. 324–340). Verf. untersucht die Frage, ob aus Völkerrecht für den Staat Schranken gelten, die es ihm verbieten, auf seinem Gebiet Fremde aufzunehmen oder ihnen den Aufenthalt zu verweigern, und die es außerdem verbieten, den im Staatsgebiet ansässigen Fremden die Staatsangehörigkeit des Gastlandes zu oktroyieren oder sie zu verweigern. Er kommt zu dem Ergebnis, daß aus der neueren Völkerrechtsentwicklung solche Schranken entstehen, die er für geeignet hält, Spannungen zwischen den Staaten zu vermeiden.

— Année 32, 1955

Langrod, Georges: Les réalisations jurisprudentielles du «Tribunal administratif international» de Genève (S. 7–29). Verf. schildert die wachsende Bedeutung des Verwaltungsgerichts der Internationalen Arbeitsorganisation, das, 1946 errichtet, die Tradition des Verwaltungsgerichts des Völkerbundes (1928–1946) fortsetzt. Er untersucht die Grundsätze seiner Rechtsfindung und stellt fest, daß diese mit denen des Verwaltungsgerichts der UN im Einklang stehen. Er bedauert, daß das Parteivorbringen nicht publiziert wird, wodurch die öffentliche Kontrolle der Rechtsprechung eingeschränkt sei. Bh

Revue de Droit International des Sciences Diplomatiques et Politiques. Année 32, 1954

Pella, V. Vespasien: Le Code des Crimes contre la Paix et la Sécurité de l'humanité (S. 351–360; Année 33, S. 13–25; wird fortgesetzt). Fortsetzungen des oben S. 378 angezeigten Aufsatzes.

Aroneanu, Eugène: Le Juge Jackson et la Justice pénale internationale (S. 361–372).

Lipartiti, Ciro: L'Adattamento degli Ordinamenti giuridici interni alle norme del Diritto internazionale sancito nelle Carte Costituzionali degli Stati (S. 38–60, 149–160, 373–383; wird fortgesetzt). Verf. untersucht die Anpassung der staatlichen Rechtsordnungen an das Völkerrecht.

Pordea, G. A.: Remarques sur l'efficacité de la protection des droits de l'homme (S. 384–392). Fortsetzung des oben S. 378 angezeigten Aufsatzes. Gt

— Année 33, 1955

Feinberg, Nathan: L'exclusion de la Société des Nations et le principe de l'unanimité (S. 3–12).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Persico, Avv. Giovanni: L'Associazione Internazionale di Diritto Penale (S. 26–41).
d'Ydewalle, Charles: La Grande Illusion de Yalta (S. 42–44).
Piotrowski, G.: Les Résolutions de l'Assemblée Générale des Nations Unies et la portée du Droit Conventionnel (S. 111–125; wird fortgesetzt).
Aroneanu, Eugène: L'intervention d'humanité et la Déclaration Universelle des Droits de l'Homme (S. 126–133).
Papacostas, Alkis N.: The meaning of paragraph 7 of the article 2 of the Charter (S. 134–141). Dg

Revue du Droit Public et de la Science Politique en France et à l'Etranger. Année 60, 1954

Dabin, Jean: Sur la science politique (S. 5–35). Verf. bemüht sich um eine Definition der Begriffe »Politik« und »Staat«.
Laubadère, André de: Du pouvoir de l'administration d'imposer unilatéralement des changements aux dispositions des contrats administratifs (S. 36–63).
Robert, Jacques: Danemark. La Constitution du 5 juin 1953 (S. 64–76).
Durand, Claude: La réforme de la constitution de la République Fédérative Populaire de Yougoslavie (13 janvier 1953) et le droit constitutionnel de la doctrine Marxiste-Leniniste (S. 86–103).
Pactet, Pierre: Les commissions parlementaires (S. 127–172). Darstellung der Rechtsnatur der Kommissionen im französischen Parlamentarismus und der ihnen übertragenen Arbeiten der Gesetzesvorbereitung.
Lassalle, Claude: La responsabilité civile de la puissance publique française d'occupation en Allemagne (S. 352–416).
Lagrange, Maurice: La Cour de Justice de la communauté européenne du charbon et de l'acier (S. 417–435). Darstellung von Organisation, Zuständigkeiten, Verfahren und Vollstreckung von Entscheidungen.
Biays, Philippe: L'apparentement des listes électorales (S. 438–464). Untersucht, inwieweit die Listenverbindung das geeignete Mittel zur Stabilisierung einer Regierung ist.
Berlia, Georges: L'avis du Conseil de la République sur le projet de révision de la Constitution (S. 473–497).
Soto, Jean de: La jurisprudence du Conseil d'Etat en matière de recours pour excès de pouvoir (18 octobre 1953 – 31 mars 1954) (S. 538–570).
Muracciole, Luc: Revue de jurisprudence française en matière internationale (1952) (S. 571–610). Darstellung der französischen Rechtsprechung in folgenden Fragen: Internationale Verträge, ihre Form, Wichtigkeit, Interpretation, Anwendungsbereich, Kriegseinwirkungen; Rechtsnatur staatlicher Gebilde ohne volle Souveränität; fremde Staaten vor inländischen Gerichten; staatliche Souveränität; Status diplomatischer und konsularischer Vertreter; Staatensukzession; Status von Flüchtlingen, von Kriegsverbrechern und feindlicher Staatsangehöriger.
Gazier, François: De quelques perspectives ouvertes par la récente réforme du contentieux administratif (S. 669–683).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Jeantet, Fernand-Charles: Les intérêts privés devant la Cour de Justice de la communauté européenne du charbon et de l'acier (S. 684–713).
Whitton, John B.: États-Unis. L'amendement Bricker (S. 714–721).
Louis-Lucas, Paul: Les pouvoirs propres des Commissions des Finances (S. 722–752). Behandelt französisches Verfassungsrecht.
Waline, Marcel: L'unité et l'originalité de la période 1814–1848 dans notre histoire constitutionnelle (A propos du livre de M. Paul Bastid) (S. 775–788).
L'Huillier, Jean: Défense du positivisme juridique (S. 941–956). Unter Berücksichtigung auch des internationalen Rechts kommt Verf. zu dem Ergebnis, daß nur ein falsch verstandener Positivismus zu einem »Fetischismus« der Gesetze führen könne. Auch für den Positivisten sei Kritik des Gesetzes eine notwendige Aufgabe.
Hirt, F.: Du droit de la force publique (S. 967–985). Untersucht die Rechtsnatur staatlicher Zwangsmaßnahmen im französischen Recht.
Rossignol, André: Les finances de la C. E. C. A. et le développement financier des institutions européennes (S. 986–1023).
Wautier, L.-A.: La participation des entreprises privées à l'action administrative en Belgique (S. 1024–1052).

— Année 61, 1955

Kopelmanas, Lazare: Cour de Justice de la Communauté européenne du charbon et de l'acier (S. 54–97). Verf. behandelt das Urteil vom 21. 12. 1954 auf Klage Frankreichs.
Goossens, Charles: Belgique. La Communauté européenne du Charbon et de l'Acier et le régime constitutionnel de la Belgique (S. 98–115).
Guillien, Raymond: Les commissaires du gouvernement près les juridiction administratives et, spécialement, près le Conseil d'Etat français (S. 281–303).
Héraud, Guy: La supranationalité dans l'organisation de l'Union de l'Europe Occidentale (Accord de Paris du 23 octobre 1954) (S. 304–329).
Panhuys, Jonkheer H. F. van: Pays-Bas. La révision récente des dispositions constitutionnelles relatives aux relations internationales (S. 330–354).
Groshens, J. C.: Les Secrétaires d'Etat de la Quatrième République (S. 357–376).
Jeantet, Fernand-Charles: Cour de Justice de la Communauté Européenne du charbon et de l'acier (Arrêts du 21 décembre 1954, République italienne contre Haute Autorité de 11 février 1955, Assider contre Haute Autorité, du 11 février 1955, Isa contre Haute Autorité, arrêt du 28 juin 1955 interprétatif de l'arrêt précité du 21 décembre 1954) (S. 570–631). Wiedergabe der Entscheidungen, der Stellungnahme des Generalanwaltes Lagrange und kritische Würdigung des Verf.
Loewenstein, Karl: Allemagne. La constitutionnalité des traités instituant la Communauté Européenne de défense, aux termes de la constitution de Bonn. Etude d'un cas de frustration judiciaire (S. 632–669).
Drago, Roland: L'état d'urgence (lois des 3 avril et 7 août 1955) et les libertés publiques (S. 672–705). Dg

Revue Egyptienne de Droit International. Vol. 10, 1954

Andraos, Adly: De l'intervention dans les affaires intérieures des Etats souve-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

rains (S. 1–23). Verf. zeigt die Wandlungen des Interventionsbegriffs von den Kreuzzügen über die Hl. Quadrupel-Allianz und das Verhältnis zur Hohen Pforte bis zu Art. 15 Ziff. 8 der Völkerbundssatzung und Art. 2 § 7 der UN-Charta. Zwar gebiete das im islamischen Rechtskreis vorhandene starke, religiös bedingte Solidaritätsgefühl jederzeitiges Eingreifen zugunsten bedrängter Glaubensgenossen ohne Rücksicht auf fremde Staatsgewalt, doch habe sich noch kein allgemeiner Völkerrechtssatz über den Umfang zulässiger Intervention und die Grenzen des Art. 2 Abs. 7 UN-Charta herausgebildet.

Khaled, Abdulhamid: The Question of Morocco before the United Nations (S. 38–50).

Cocâtre-Zilgien, André: Deux études sur le Fédéralisme: I. Des difficultés du Fédéralisme. II. Les accords de Bonn et de Paris et la Communauté Européenne de Défense (S. 51–100). Verf. erörtert in Teil I die Spannungen und Kräfte in der Verfassung der Französischen Union, in der Westeuropäischen Union, im Europarat und in der Montanunion, in Teil II die Bonner Verträge vom 26. 5. 1952 und die innere Struktur der EVG.

Boutros-Ghali, B.: L'Union Soviétique et le N.A.T.O. (S. 101–109).

Arabischer Teil [Aufsatztitel übersetzt]:

Soltan, Hamed: La révision de la Charte des Nations Unies (S. 1–11).

Boutros-Ghalis, B.: Les accords régionaux asiatiques (S. 12–36).

Ibrahim, Mohamed Fouad: Le budget des Nations Unies (S. 76–116). Hr

Revue Française de Droit Aérien. Année 8, 1954

Golstein, René: La nouvelle législation aérienne belge (S. 115–120).

Mankiewicz, René-H.: Le rôle du Conseil de l'O.A.C.I. comme administrateur des services de navigation aérienne (S. 223–236).

Haguenau, D.: Les formes de la collaboration internationale dans le transport aérien (S. 345–379).

— Année 9, 1955

Lemoine, Maurice: A la recherche du Droit international aérien (S. 1–15).

Beaubois, Henry: Le Status juridique du Commandant d'aéronef (En droit public et en droit privé) (S. 221–277). Dg

Revue Française de Science Politique. Vol. 5, 1955

Debré, Michel: Trois Caractéristiques du Système Parlementaire Français (S. 21–48).

Pinto, Roger: La France et les Etats d'Indochine devant les Accords de Genève (S. 63–91).

Bourricaud, François: Sur le Régime Constitutionnel du Pérou (S. 92–109).

Goguel, François: La Révision Constitutionnelle de 1954 (S. 485–502).

Morizet, Jacques: Le Régime Parlementaire d'Allemagne Occidentale après six Ans d'Application (S. 572–593). Dg

Revue Générale de Droit International Public. Année 58, 1954

Mirkine-Guetzévitch, Boris: L'O.N.U. et la doctrine moderne des Droits de l'Homme (S. 505–537). Fortsetzung des in dieser Zeitschrift Bd. 14, S. 688;

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Bd. 15, S. 609 angezeigten Aufsatzes. Teil III behandelt die Frage der Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Völker als Menschenrecht. Sie bedrohe den Frieden und müsse hinter den Interessen der Völkerrechtsgemeinschaft zurücktreten. Dem laufe die rückschrittlich zu nennende Tendenz der UN zuwider, die dem »Rassismus« den Primat vor der allgemeinen Ordnung der menschlichen Freiheitsphäre verleihe.

Grawitz, Madeleine: L'angarie (S. 538–558). Verf. verfolgt die Entwicklung der Requisition neutralen Eigentums durch einen kriegführenden Staat bis in die Zeit des zweiten Weltkrieges und will dieses Recht auch neutralen Staaten im Falle dringenden Bedürfnisses zugestehen, nicht jedoch einem Okkupanten, weil er keine territoriale Souveränität im besetzten Gebiet besitze.

Vellas, Pierre: Les Etats exigus en Droit international public (S. 559–581). Behandelt die Stellung von Zwergstaaten wie Monaco, Liechtenstein, Andorra und San Marino. Hm

— Année 59, 1955

Scelle, Georges: Plateau continental et Droit international (S. 5–62).

Sorensen, Max: Le Conseil Nordique (S. 63–84).

Bogaert, E. van: Considérations sur la théorie de l'égalité des Etats (S. 85–98). Verf. sieht die Gleichheit der Staaten vor allem in ihrer gleichwertigen Beteiligung an der Erzeugung von Völkerrechtsregeln. Ungleichheiten, wie z. B. das verschiedene Stimmgewicht in den internationalen Organisationen, widersprechen insoweit nicht der allgemeinen Regel, als diesen Ungleichheiten freiwillig zugestimmt worden sei.

Smyrniadis, Bion: Positivisme et morale internationale en droit des gens (S. 99–120). Die Rechtstheorie der Positivisten und Objektivisten sei nicht in der Lage, eine schlüssige Erklärung dafür abzugeben, warum ein bestimmtes Verhalten der Rechtsgenossen anzustreben sei. Um zu einem befriedigenden Ergebnis zu gelangen, seien auch sie genötigt, die *solidarité* als nicht mehr ableitbaren Grundsatz anzuerkennen. So zeige sich, daß Recht und Moral im Grunde auf Werturteile metaphysischer Natur zurückzuführen seien. Die »Seele« des Völkerrechts sei die »internationale Moral«, die nicht nur von Erwägungen der Nützlichkeit und der Notwendigkeit abhänge, sondern in jeder Epoche aus der Gesamtheit des ethischen Empfindens sich ergebe.

Castrén, Erik: La protection juridique de la population civile dans la guerre moderne. Remarques et suggestions (S. 120–136). Dg

Wolf, Francis: Note sur la quatrième session du Tribunal administratif de l'Organisation Internationale du Travail (S. 137–148).

Sibert, Marcel: Remarques et suggestions sur la protection des populations civiles contre les bombardements aériens (S. 177–192). Vorschläge eines Bombenterrorverbots mit justizförmiger Sanktionierung.

Perrin, Georges: L'Organisation Européenne pour la recherche nucléaire (S. 193–217).

Sloutzky, N.: La population civile devant la menace de destruction massive (S. 218–245).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Giraud, Émile: De l'intérêt des études relatives à une révision de la Charte des Nations Unies qui probablement n'aura pas lieu (S. 246–269). Rn

Revue Hellénique de Droit International. Année 7, 1954

Sbarounis, Athanase J.: Taxation of the United Nations Officials (S. 1–19). Verf. wendet sich gegen die seit der 3. Sitzung der UN-Generalversammlung (Res. 239 [III] vom 18. 11. 1948) geübte Praxis, UN-Bedienstete als Ausgleich für die Befreiung von der Besteuerung durch ihre Heimatstaaten einer Steuerpflicht zugunsten der UN zu unterwerfen. Zwar gebe es keinen Völkerrechtssatz, der die Besteuerung von Funktionären internationaler Organisationen schlechthin verbiete, doch fehle der UN-Generalversammlung die dem Parlament im demokratischen Staat eigentümliche Vertretung des Besteuerten im beschlußfassenden Organ. Eine UN-Steuer bedürfe daher als Rechtsgrundlage einer von der Generalversammlung verabschiedeten und von den gesetzgebenden Körperschaften der Mitgliedstaaten bestätigten "General Convention of Taxation of Officials".

Castrén, Erik: Révision de la Charte des Nations Unies (S. 20–34).

Tsoutsos, Athos: Le principe de la légalité dans l'ordre juridique international (A propos d'une révision de la Charte) (S. 35–44). Verf. setzt sich für eine Ausweitung der Kompetenzen des IGH bzw. für die Schaffung neuer gerichtlicher Instanzen zur Nachprüfung der Akte internationaler Organisationen ein.

Hadjidimoulas, Constantine C.: The Scope of the Warsaw Convention (S. 45–59). Behandelt die Warschauer Luftverkehrskonvention vom 12. 10. 1929.

Tsoutsos, Athos G.: Facteurs déterminant la notion de crime international (S. 164–174).

Cléanthe-Ivrakis, Solon: Speculations round the Privileges and Immunities of the United Nations (S. 175–193). Verf. beschreibt die historischen Phasen, in denen sich die Verleihung besonderer Vorrechte und Immunitäten an Funktionäre zwischenstaatlicher Einrichtungen seit 1815 vollzog. Der heutige Stand dieser Sonderrechte bestimme sich für die UN, die insoweit auch für die übrigen Spezialorganisationen maßgebend sei, nach dem jeweiligen Umfang der *functional necessity*. Es sei deshalb verfehlt, Kriterien und Rechtsfiguren aus dem Bereich des Diplomaten- und Konsularrechts, wie etwa die Erklärung zur *persona non grata*, ohne weiteres auf den Status internationaler Beamter anzuwenden.

Macdonald, R. St. J.: Some Aspects of International Fisheries Control in United States-Canadian Relations (S. 194–213).

Loïzides, Savas: The Cyprus Question in the United Nations (S. 214–219).

Lambadarios, C. E.: Protection accordée par le décret 2687/1953 aux Investissements à longue échéance de Capitaux venant de l'Etranger (S. 219–239).

Hr

Revue d'Histoire de la Deuxième Guerre Mondiale. Année 5, 1955

Bloch, Charles: Les relations anglo-allemandes. De l'accord de Munich à la dénonciation du traité naval de 1935 (30 septembre 1938–28 avril 1949) (N. 18, S. 33–49; N. 19, S. 41–65).

Jong, C. T. de: La préparation de l'attaque allemande sur la Hollande en 1940 (N. 20 S. 1–15).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Ciurea, Émile-C.: L'effondrement des frontières roumaines en 1940. Ses conditions internationales (S. 16–32).
Bopp, Marie-Joseph: L'enrôlement de force des Alsaciens dans la Wehrmacht et la SS (S. 33–42).
Calvet, Henri: La reddition inconditionnelle. Idée Rooseveltienne (S. 43–49).
Dg

Revue d'Histoire Diplomatique. Année 68, 1954

Dollot, René: Diplomatie et Présidence de la République (S. 208–230). Bh

Revue Internationale de la Croix-Rouge. Année 37, 1955

R. B.: A l'occasion du 80me anniversaire de M. Max Huber (S. 91–110).
Straimer, Georges: Étude relative à l'institution d'un Service national d'identification (S. 113–136).
Fautrière, Jean: La dispersion et l'évacuation de la population civile (S. 169–183).
Preux, Jean de: Diffusion des Conventions de Genève (S. 184–191, 259–266, 317–324, 375–385). Verf. interpretiert die Parallelbestimmungen Art. 47/48/127/144 über die Verbreitung der vier Rotkreuz-Konventionen von 1949 bei den Streitkräften, beim nationalen Rotkreuz-Personal und in der Öffentlichkeit, berichtet über die bisher hierin beschrittenen Wege und gibt eine Übersicht des gemeinverständlichen und des wissenschaftlichen Schrifttums über die Konventionen.
J.-P. S.: Le soldat sanitaire n'est pas un combattant (S. 241–244).
Voncken, Jules: Le médecin, un combattant? (S. 245–249).
—: La Ve Conférence des organisations non gouvernementales intéressées aux problèmes de migration et le problème de l'assistance juridique (S. 386–402). Rechtsvergleichende Übersicht der Regelung des Rechtsbeistandes für Ausländer, Flüchtlinge und Staatenlose in 31 Staaten.
Huber, Max: Quelques considérations sur une revision éventuelle des Conventions de La Haye relatives à la guerre (S. 417–433). Vor einer Revision sei zu prüfen, was von den Haager Abkommen von 1907 noch gelte, was kraft Gewohnheitsrechts als geltend und was als überholt anzusehen sei. Eine Beseitigung oder Abschwächung der Allbeteiligungsklausel werde zu erwägen sein. Zur Entwicklung von »blinden« Waffen und Kriegsmitteln mit weiträumiger Vernichtungswirkung prägte Verf. die Formel, daß mit der Möglichkeit der Unterscheidung auch die Möglichkeit des Rechts aufhöre. Die große Frage sei, ob man von den Prinzipien des totalen Kriegs zu den einstigen zurückkehren könne. Die Regelung des Eigentumsschutzes bedürfe der Klärung, der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen Zerstörung und militärischem Resultat der Festlegung. Der Umfang der Vernichtungswirkung mache humanitäre Hilfsaktionen fast unmöglich. Sicherheitszonen böten am ehesten Rettungsaussicht für bestimmte Bevölkerungsteile. Die Strafverfolgung für Kriegsrechtsverstöße bedürfe der Regelung und verfahrensrechtlicher Garantien auf der Grundlage individueller Haftung für individuelle Schuld. Die Neutralität sei, nicht direkt, aber im Vorhandensein neutraler Staaten, für das humanitäre Kriegsrecht von vitaler Bedeutung. Das System der kollektiven Sicherheit habe die Grundlagen der klassischen Neutralität verschoben; wie weit sie durch

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

die Existenz der UN berührt sei, sei noch zu klären. Ihre Möglichkeiten seien, bei der großen Zahl von Nicht-UN-Mitgliedern, keineswegs zu Ende. Ein delikates Problem seien die Ansprüche der Kriegführenden in Bezug auf neutrale Publizistik. Das II. Haager Abkommen sei praktisch durch die UN-Charta ersetzt, das III. überholt, im IV. bedürfe vor allem das Okkupationsrecht gründlicher Überprüfung. Eine Neuregelung müsse nicht nur den humanitären, sondern ebenso den militärischen Interessen gerecht werden.

Pictet, Jean S.: Les principes de la Croix-Rouge. Préface de Max Huber (S. 483–513, 559–577, 633–640; wird fortgesetzt). Umfassende Darlegung der fundamentalen und der organisatorischen Prinzipien des Roten Kreuzes durch den Leiter der Rechtsabteilung des IKRK.

Gidel, Gilbert: La protection des embarcations de sauvetage (S. 549–558). Rn

Revue Internationale de Droit Comparé. Année 7, 1955

Levy, Denis: La responsabilité contractuelle de la Couronne en droit anglais (S. 55–73). Behandelt den Zustand vor und nach dem Crown Proceedings Act of 1947.

Savarit, Renaud: Les traités internationaux dans la Constitution des États-Unis et la proposition d'amendement du sénateur Bricker (S. 132–143).

Mouskhély, Michel; Zygmunt Jedryka: L'évolution historique de l'État soviétique (S. 324–348). Vorabdruck aus dem Buch «Le gouvernement de l'U. R. S. S.».

Waline, Marcel: Le Parlement, le pouvoir exécutif et les partis politiques en fonction de la démocratie (S. 391–399). Rn

Revue Internationale de Droit Pénal. Année 25, 1954

Dautricourt, J. Y.: Les travaux du comité de 1953 pour une juridiction criminelle internationale (S. 329–356). Dg

Revue Internationale d'Histoire Politique et Constitutionnelle. T. 4, 1954

Cavaré, Louis: Quelques aspects sociaux des pactes européens récents (S. 193–225). Verf. zeigt, daß beim Aufbau des gegenwärtigen europäischen Paktsystems die Idee der sozialen Sicherheit immer mehr berücksichtigt worden ist, während man sich noch nach dem ersten Weltkrieg, abgesehen von einigen bilateralen Verträgen, auf rein politische Konstruktionen beschränkte. Er sieht darin ein Symptom für die moderne Wandlung des Völkerrechts, das fortschreitend den Schutz des Individuums zur Aufgabe erhalten habe.

Ponteil, Félix: Le régime autoritaire et les grandes lois organiques de l'an VIII (S. 226–243).

Warlomont, René: La représentation économique dans l'« Acte additionnel » aux Constitutions de l'empire (S. 244–256).

Fusilier, Raymond: La représentation proportionnelle en Suède, de 1909 à 1952 (S. 257–269).

Hesse, André: Conception américaine et conception française des Déclarations de droits: juge américain et juge français (S. 323–342). Bh

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Revue Internationale des Sciences Administratives. Année 20, 1954

Langrod, Georges: Science et enseignement de l'administration publique (Observations préliminaires) (S. 543–606).

Bernard, Stéphan: Considérations sur la théorie sociologique de l'État dans le système de Duguit (S. 607–636).

Chapel, Yves: Le régime administratif de la réglementation française du commerce extérieur (S. 637–657).

Lythgoe, Sir James: The British Central Government's Control of Local Authorities' Finance (S. 662–674).

Stjepanovic, Nikola: L'organisation et le fonctionnement du Conseil exécutif fédéral en Yougoslavie (S. 674–697).

Hvass, Frants: Les instruments de la réforme administrative au Danemark (S. 849–851).

Felismino, Aureliano: Les instruments de la réforme administrative au Portugal (S. 853–867).

Crabbe, V.: Les commissions de réforme administrative en Belgique (S. 869–905).

Stjepanovic, Nikola; Pavle Kovac: L'Administration fédérale en Yougoslavie (S. 907–917).

Talloen, Lucienne: Le Conseil de coopération douanière (S. 926–943).

— Année 21, 1955

Moulin, Léo: Les formes du gouvernement local et provincial dans les instituts religieux (S. 31–57). Verf. untersucht in drei Aufsätzen die drei Organisationsprinzipien religiöser Orden durch die Jahrhunderte: die demokratische Dezentration der Dominikaner, die monarchische Zentralisation der Jesuiten und das System der Konföderation mit weitgehender Autonomie der Abteien der Benediktiner. Dieser erste Aufsatz ist dem Dominikaner-Orden gewidmet.

Wurmser, Lyonel: L'Organisation de la Présidence du Conseil en France (S. 59–68).

Tsoutsos, Athos-G.: La fonction publique en Grèce (S. 79–84).

Pires de Lima, Antonio Pedrosa: Enquête et étude sur l'efficacité des services publics au Portugal (S. 97–101). Bh

Revue Internationale du Travail. Vol. 70, 1954

Hallsworth, J. A.: La liberté syndicale et les relations professionnelles dans les pays du Proche- et du Moyen-Orient (S. 391–415; 570–587).

—: La composition du Conseil d'administration du Bureau international du Travail (S. 538–569).

— Vol. 71, 1955

Geršković, Léon: Les conseils de producteurs en Yougoslavie (S. 35–61). Verf. behandelt Zusammensetzung und Aufgabe der auf dem Gesetz vom 19. 4. 1952 und dem Verfassungsgesetz vom 13. 1. 1953 beruhenden Produzentenräte sowie deren Stellung im Staat und gibt dabei einen Überblick über die Grundsätze des jugoslawischen Staatsaufbaus. Bh

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

—: *Le plan de Colombo (S. 553–572).* Zeigt, inwieweit sich der Colombo-Plan mit Hilfeleistung und Verbesserung der Lebensbedingungen der Teilnehmerstaaten befaßt.

Valticos, Nicolas: L'influence des conventions internationales du travail sur la législation hellénique (S. 656–680). Dg

Revue Juridique et Politique de l'Union Française. Année 8, 1954

Flory, Maurice: La notion de Protectorat et son évolution en Afrique du Nord (S. 449–475; Année 9, 1955, S. 53–82).

— Année 9, 1955

Luchaire, François: La justice en Tunisie (S. 221–290).

Silvera, Victor: Les libertés publiques en Tunisie (S. 291–316). Bh

Page, A.: Le statut des relations économiques internationales du Maroc (S. 445–494).

Fischer, Georges: La garantie gouvernementale accordée aux investissements privés effectués à l'étranger (S. 495–548). Untersucht besonders die Praxis der USA und Frankreichs und behandelt auch die bezüglich des Investitionsschutzes abgeschlossenen zweiseitigen Verträge.

Coret, Alain: La cession de l'Inde française (S. 577–607). Dg

Revue Politique des Idées et des Institutions. Année 44, 1955

Pernot, Georges: Après la revision de la Constitution. Le nouveau mode de confection des lois (S. 11–17). Darstellung des Gesetzgebungsverfahrens auf Grund des Verfassungsgesetzes vom 7. 12. 1954 zur Änderung der Verfassung vom 27. 10. 1946.

Dorey, Henri: De l'organisation de la défense nationale (S. 39–46).

Le Parc, Pierre: De quelques aspects du problème de la convertibilité (S. 110–123).

Proust, Louis: L'avenir de la présence française en Extrême-Orient (S. 135–141).

Legaret, Jean: Crise de régime ou crise d'institutions? (S. 167–176). Ausgehend von der Verfassungsreform 1954, behandelt Verf. die noch abzustellenden Fehler und Schwächen der Verfassung von 1946.

Gide, Pierre; Léon A. Rabinovitch: La fin du régime des séquestres en Sarre (S. 177–186). Verf. untersuchen die durch die Aufhebung der Treuhandverwaltung an Wirtschaftsgütern im Saarland entstehende Rechtslage, wobei sie besonders auf die Röchling-Werke eingehen, an denen französische Interessen bestehen, da von ihnen das Gewicht Frankreichs in der Montanunion mitbestimmt wird. Sie machen bestimmte Lösungsvorschläge, die den französischen Einfluß auf die Röchling-Werke auch nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge sichern sollen.

Coste-Floret, Paul: La représentation proportionnelle devant le droit et devant le fait (S. 323–328). Bh

Revue Politique et Parlamentaire. Année 56, 1954

Cocâtre-Zilgien, André: La politique étrangère des États-Unis de la guerre d'Indépendance à nos jours (T. 214, S. 149–158; 274–281; 390–398). Verf.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

zeigt, wie die USA sich stets bemühten, sich aus Allianzen herauszuhalten, bis sie jetzt aus dem Zwang der Lage heraus um den kommunistischen Block weltweite Paktsysteme aufgebaut haben. Sie seien dabei nicht immer auf die innere Übereinstimmung der Partner bedacht gewesen und sie hätten sich auch nicht gescheut, wie der Fall der EVG zeige, divergierende Gruppen zusammenzuzwingen, wobei sie, wie im Fall China, aus Mangel an Erfahrung nicht immer eine glückliche Hand gehabt hätten.

Argentarius: Le grand virage du Président Péron (S. 170–178; 291–301; 399–410).

Legray, Jacques: Un faux problème: La question dynastique marocaine (S. 337–344).

Flottes, Pierre: Tchécoslovaquie, France et Pologne en 1938 (S. 345–353).

— Année 57, 1955

Meyer, Georges: Les événements d'Algérie et la propagande antifrançaise de l'Égypte (T. 215, S. 27–34). Die parlamentarische Kontrolle der nationalisierten Unternehmen (vgl. Art. 68 und 70 des Gesetzes vom 21. 3. 1947, geändert und ergänzt durch Gesetz vom 3. 7. 1947, vom 18. 7. 1949, Art. 1, vom 24. 5. 1951, Art. 2 und vom 31. 12. 1953, Art. 28) hat einige Fragen, darunter die nach Stellung und Befugnissen der parlamentarischen Unterausschüsse für die Kontrolle nationalisierter Unternehmen aufgeworfen, zu denen sich der Conseil d'État auf Ersuchen der Regierung am 18. 5. 1954 gutachtlich geäußert hat. Dabei sind die bei der Kontrolle zu beachtenden Schranken, insbesondere wegen des Geheimnisschutzes, abgesteckt worden. Verf. zeigt, daß für den Parlamentarier ein weiter Eingriffsbereich bleibt, wobei dieser sich aus der Natur der Sache selber Mäßigung aufzuerlegen habe, wie sie z. B. bei der dem gleichen Fragenkreis gewidmeten Debatte im britischen Unterhaus vom 8. 2. 1954 geübt worden sei.

Gassier, Maurice: La Constitution de 1946. Ses vices essentiels (T. 216, S. 3–15). Verf. sieht die Ursache der Beständigkeit der Verfassung der USA in ihrer Anpassungsfähigkeit an die reale Lage, die durch die Existenz des Obersten Bundesgerichts gesichert ist. Die französische Verfassung hafte demgegenüber zu sehr am Buchstaben. Das Comité constitutionnel sei falsch konstruiert und könne daher Aufgaben, wie sie das Oberste Bundesgericht der USA erfülle, nicht gerecht werden. Die Hauptschwächen sieht er im Übergewicht der Nationalversammlung, die keine Gegengewichte habe, in der Kompliziertheit der Verfassungsänderung, in der Unmöglichkeit, die Verfassung Augenblicksbedürfnissen anzupassen, und in dem fehlenden Grundrechteschutz.

Meyer, Georges: Le Moyen-Orient après le Pacte turco-irakien (S. 16–25).

Villaret, François: Terre-Neuve. De la rivalité franco-anglaise à la Confédération canadienne (S. 57–65).

Jore, Léonce: La politique de la Grande-Bretagne dans l'Océan Pacifique Méridional pendant le XIXe siècle (S. 66–78).

Sauvy, Alfred: Avenir et possibilités du Conseil Économique (S. 117–126).

Silvain, René: La neutralisation de l'Autriche n'est pas un précédent (S. 156–162).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Blumenthal, Henry: Les perspectives historiques de la diplomatie américaine (S. 281–293).
Villaret, François: Après le centenaire de la naissance du «Napoléon du Cap». Comment Cecil Rhodes conquit la Rhodésie (S. 299–307).
Aroneanu, Eugène: Vers un ordre public international démocratique (T. 217, S. 52–66). Verf. befürwortet die Bildung eines «Comité juridique permanent d'études du droit pénal international», da das Völkerrecht zur Sicherung seiner Geltung der Ergänzung durch ein Völkerstrafrecht bedürfe. Bh

Revue Progressiste de Droit Français. 1955

Lachs, Manfred: Le système de la sécurité collective et le problème de la paix en Europe (S. 71–81). Verf. sieht in der Frage der Koexistenz des Kapitalismus und des Sozialismus die Frage unserer Zeit und die Möglichkeit des friedlichen Zusammenlebens in einem System kollektiver Sicherheit. Bh

Revue de Science et de Législation Financières. Année 47, 1955

Davin, Louis E.: Défense et illustration de l'Union Européenne de Paiements (S. 77–91).
Laufenburger, Henry; Bernard Ducros: La nationalisation des banques. Illusions et réalités (S. 481–495).
Mérigot, J.-G.: Aspects fiscaux de la Communauté Européenne du Charbon et de l'Acier (S. 532–544; wird fortgesetzt).
Račić, Duro: Le nouveau système financier yougoslave (S. 586–608). Bh

Revue des Travaux de l'Académie des Sciences Morales et Politiques. Année 104, 1951

Boivin-Champeaux, Jean: Les rapports constitutionnels des deux Assemblées sous la IVe République (sem. 1, S. 17–28).
Brenier, Henri: Le développement de la «Technique de la Dictature» en Chine communiste (S. 8–27).

— Année 105, 1952

Rochefoucauld, Duchesse de la: Le droit à la vie (S. 129–138). Befaßt sich mit Proklamationen über Menschenrechte im Laufe der Entwicklung, dem Schutz von Zivilbevölkerung und Nichtkombattanten im Kriege und entsprechenden humanitären Abkommen, der Verantwortlichkeit verbrecherischer Regierungen, der Bedeutung von Kriegsverbrecherprozessen, der Definition des Angriffskrieges und dem Problem der Atomwaffen.
Carabiber, Charles: Les juridictions internationales, facteur de paix (sem. 2, S. 16–28). Dg

Rivista Amministrativa della Repubblica Italiana. Anno 105, 1954

Cesareo, Placido: Dei rapporti tra la regione Trentino-Alto Adige e le provincie di Trento e Bolzano nel sistema autonomistico regionale (S. 691–709). Rn

Rivista di Diritto Internazionale. Vol. 37, 1954

Gentile, Francesco Carlo: Astensione ed assenza volontaria di un membro del Consiglio di sicurezza (S. 547–566). Verf. interpretiert Art. 27 Abs. 3 der UN-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Charta so, daß ein gültiger Beschluß des Sicherheitsrates über andere als Verfahrensfragen der Zustimmung (nicht nur Stimmenthaltung) aller fünf ständigen Mitglieder bedürfe, und stellt die diesbezügliche Praxis und Literatur zusammen. Die These von der Ungültigkeit der vom Sicherheitsrat in der Korea-Frage gefaßten Entschließungen erklärt er für unannehmbar. Rn

— **Vol. 38, 1955**

Sperduti, Giuseppe: Osservazioni sulle basi sociali dell'ordinamento internazionale (S. 3–16).

Conforti, Benedetto: Sovranità sui paesi in amministrazione fiduciaria e rapporti tra gli ordinamenti dell'amministrante e dell'amministrato (S. 17–38).

Cansacchi, Giorgio: La soggetività internazionale dell'Ordine di Malta in una recente sentenza ecclesiastica (S. 39–48).

Sperduti, Giuseppe: Sulla personalità internazionale dell'Ordine di Malta (S. 48–55).

Monaco, Riccardo: I poteri dell'Alta Autorità della Comunità Europea del Carbone e dell'Acciaio in materia di disciplina dei prezzi (S. 66–75). Anmerkung zur Entscheidung des EGKS-Gerichtshofs vom 21. 12. 1954 auf Klage Italiens.

Malintoppi, Antonio: Attività amputabile a Stato estero e responsabilità personale dell'individuo-organo (S. 84–90). Zum Urteil des Tribunale Roma vom 20. 11. 1953 über diplomatische Immunität.

Sperduti, Giuseppe: Non eseguibilità in Italia di un sequestro conservativo ordinato da autorità giudiziaria straniera (S. 107–113). Ts

Rivista di Diritto Internazionale e Comparato del Lavoro. Anno 1, 1953

Udina, Manlio: Gli accordi intereuropei sulla sicurezza sociale (S. 503–519). Verf. behandelt die am 11. 12. 1953 in Paris bei der 13. Tagung des Ministerrates des Europarates unterzeichneten Abkommen über die soziale Sicherheit. Ts

Rivista Internazionale di Filosofia del Diritto. Anno 32, 1955

Leibholz, Gerhard: La giurisdizione costituzionale nello Stato democratico secondo la Costituzione di Bonn (S. 149–167). Nach rechtshistorischer Darstellung der Entwicklung der Verfassungsgerichtsbarkeit beschäftigt Verf. sich mit dem Umfang der Zuständigkeit des Bundesverfassungsgerichtes, behandelt dessen Stellung gegenüber Legislative und Exekutive und die Probleme der Abgrenzung zwischen politischen und rechtlichen Entscheidungen und setzt sich mit dem Streit um die Zusammensetzung des Bundesverfassungsgerichts auseinander. Ts

Rivista di Studi Politici Internazionali. Anno 22, 1955

Bettasa, Giulio: L'ultima fase della questione di Trieste (1951–1954) (S. 9–30). Verf. untersucht unter anderem kritisch die von den USA, England und Frankreich abgegebenen Erklärungen in ihrer tatsächlichen und zum Teil rechtlichen Tragweite sowie das Verhalten der italienischen Regierung.

Magnifico, Giovanni: C. E. D. e U. E. O. (S. 183–194). Verf. vergleicht die Organisation der EVG mit der der Westeuropäischen Union.

Giannini, Amedeo: Il trattato di pace con l'Austria (S. 195–242). Überblick

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

über die Verhandlungen, die zum Abschluß des österreichischen Friedensvertrages führten und über dessen Inhalt. Ts

Rivista Trimestrale di Diritto Pubblico. Anno 4, 1954

Zanobini, Guido: Criteri di classificazione delle varie manifestazioni dell' azione amministrativa (S. 529–535).

Sandulli, Aldo Mario: Sui termini dei ricorsi al Consiglio comunale per questioni di eleggibilità (S. 536–547).

Cantucci, Michele: Sulla tutela giuridica negli atti pubblici (S. 548–564). Behandelt den Schutz öffentlicher Originalakten und Archive, besonders durch das Gesetz vom 22. 12. 1939 über die Archivordnung des Königreichs.

Palmerini, Massimo: Problemi costituzionali sulla estradizione (artt. 10 u. c. e 26 costituzione) (S. 565–601). Behandelt u. a. das Verhältnis der Verfassungsnormen zu Auslieferungsverträgen und das Wesen der Ratifikationsgesetze zu diesen, besonders inwieweit sie als Verfassungsgesetze ergehen müssen. Dies bejaht er in Bezug auf das Gesetz über die Ratifikation der Genocid-Konvention, das am 11. 3. 1952 als einfaches Gesetz erging.

Furlani, Silvio: La legge elettorale tedesca per il secondo Bundestag (S. 628–643).

Giannini, Amedeo: La costituzione albanese del 1946 (S. 644–651). Italienische Übersetzung der Verfassung S. 652–665.

Giannini, Amedeo: La costituzione bulgara del 1947 (S. 666–672). Italienische Übersetzung S. 673–687.

Piscione, Piergiovanni: Verso l'attuazione del decentramento amministrativo (S. 688–732). Behandelt die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 11. 3. 1953 eingeleitete Dezentralisierung. Rn

— Anno 5, 1955

Biscaretti di Ruffìa, Paolo: Lineamenti attuali del diritto costituzionale in Europa (S. 48–117).

Bartholini, Salvatore: Il sindacato del consiglio di stato sul veto di legittimità alle delibere dei consigli regionali (S. 118–151). Ts

Saarländische Rechts- und Steuerzeitschrift. Jg. 6, 1954

Luxemburger, Paul: Der Staatskommissar bei dem Oberverwaltungsgericht des Saarlandes als Vertreter des öffentlichen Interesses im Verwaltungsgerichtsprozeß (S. 66–70). Bh

— Jg. 7, 1955

Wiebringhaus, Hans: Die Auswirkungen der Abkommen über europäische Organisation auf die Verfassung des Saarlandes (S. 3–6, 38–40). Verf. legt am Beispiel der saarländischen Verfassung dar, daß »unabänderbare« Verfassungsnormen nicht nur durch Staatsstreich und Revolution schließlich doch abgeändert werden können, sondern daß dafür auch ein völkerrechtlicher Vertrag als Ausdruck des Rechtsbewußtseins und der sozialen Notwendigkeit der übergeordneten Gemeinschaft ausreichen könne. Ts

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Schweizerische Juristen-Zeitung. Jg. 51, 1955

Schneeberger, Ernst: Diplomatischer Schutz und Wirtschaft (S. 1–8). Behandelt die zunehmende Bedeutung des diplomatischen Schutzes besonders für das Privateigentum im Ausland und erörtert die Anknüpfungspunkte für die Zuständigkeit eines Staates zur Schutzgewährung, die tatsächliche Feststellung der Interessen, den diplomatischen Schutz als außerordentliches Rechtsmittel, die diplomatische Bewertung des Falles, die Modalitäten des diplomatischen Schutzes und die Kontrolle über die auswärtige Verwaltung in der Schweiz.

Hecht, W.: Die negative Kollision im Staatsbürgerrecht. Ein Hinweis auf die Arbeiten der Vereinten Nationen (S. 38–40). Behandelt die Vermeidung der Staatenlosigkeit.

Huber, Hans: Das Post-, Telegraphen- und Telephongeheimnis und seine Beschränkung für Zwecke der Strafrechtspflege (S. 165–170). Verf. untersucht Schranken der verfassungsmäßig garantierten Grundrechte anläßlich des grundsätzlichen Bundesgerichtsentscheids vom 9. 12. 1953.

Parker, Reginald: Amerikanisches Arbeitsrecht (S. 184–189). Rn

The South African Law Journal. Vol. 68, 1951

Editors: H. R. Hahlo and R. G. McKerron.

Nisot, Joseph: The Advisory Opinion of the International Court of Justice on the International Status of South-West Africa (S. 274–285). Kritischer Kommentar zu der Entscheidung des IGH vom 11. 7. 1950 (ICJ Reports 1950, p. 128).

Johnson, C. J.: The Group Areas Act – Stage I (S. 286–305). Bericht über den Inhalt des Group Areas Act No. 41, 1950, der die Schaffung gesonderter Wohngebiete für Weiße und Farbige vorsieht.

— Vol. 69, 1952

Keeton, G. W.: Delegated Legislation and its Control in England (S. 33–52).

— Vol. 70, 1953

Mulligan, G. A.: Judicial Criticism of Legislation (S. 35–40).

Cowen, Denis V.: The Entrenched Sections of the South Africa Act (S. 238–265). Bericht über die Vorgeschichte und Kommentar zu den beiden Entscheidungen des südafrikanischen obersten Gerichtshofs über die Verfassungswidrigkeit der Gesetzgebung betreffend das Wahlrecht der Farbigen (*Harris* v. *Minister of the Interior*, 1952 (2) S. A. 428 (A. D.), 1952 (4) S. A. 769 (A. D.)).

— Vol. 71, 1954

ver Loren van Themaat, H.: Die Soewereiniteit van die Unie-Parlement (S. 60–70).

E. K.: The Authority of Privy Council Decisions (S. 105–107). Behandelt die Frage der präjudiziellen Wirkung früherer Entscheidungen des Privy Council für die südafrikanischen Gerichte nach der Beseitigung dieser Appellationsmöglichkeit durch den Privy Council Appeals Act (No. 16 of 1950).

Henochsberg, Edgar S.: The Passing of the Natal Native High Court (S. 221–231).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

— Vol. 72, 1955

Plewman, R. P.: General Principles Governing Employment in the Public Service (S. 70–85). Je

Sovetskoe gosudarstvo i pravo. 1955

Baginjan, K. A.: K voprosu ob opredelenii agressii [Zur Frage einer Definition der Aggression] (N. 1, S. 59–67). Eine Analyse des von der UdSSR dem *ad hoc*-Ausschuß der UN am 18. 8. 1953 vorgelegten Entwurfs einer Definition des Angriffs. Es werden untersucht 1. die Typen des Angriffs; 2. der Begriff der bewaffneten Aggression; 3. der Begriff und die Arten der indirekten Aggression; 4. die Frage, ob die sowjetische Definition der Aggression der Satzung der UN entspricht.

Modžorjan, L. A.: Ponjatie suvereniteta v meždunarodnom prave [Der Begriff der Souveränität im Völkerrecht] (S. 68–76). Die Anhänger der Einschränkung der staatlichen Souveränität seien zugleich Anhänger der aggressiven Politik der regierenden Kreise der USA, die in der Verletzung der Souveränität fremder Staaten und der Versklavung der Völker bestehe. Die Anhänger der Souveränität seien zugleich Anhänger des Weltfriedens und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Diese Thesen werden durch Beispiele aus dem völkerrechtlichen Schrifttum der letzten Jahre illustriert.

—: K obsuždeniju voprosov teorii meždunarodnogo prava [Zur Behandlung von Fragen der Theorie des Völkerrechts] (S. 103–113). Sechs kurze Beiträge mit kritischen Betrachtungen zu dem Aufsatz von Korovin »Einige Grundfragen der modernen Theorie des Völkerrechts« (vgl. oben S. 387). Verfasser dieser Beiträge sind G. P. Kaljužnaja, Marian Muszkat (Warschau), J. Arato (Budapest), D. J. Baratašvili, M. N. Andrjuchin und V. A. Krutalevič (Minsk).

Bogdanov, O. V., Buržuaznaja meždunarodno-pravovaja doktrina o probleme meždunarodnogo sotrudničestva [Die bourgeoise völkerrechtliche Doktrin über das Problem der internationalen Zusammenarbeit] (N. 4, S. 97–108). In der modernen bourgeoisen Doktrin spitzen sich immer mehr die Gegensätze zwischen dem reaktionären Teil der Juristen, die den aggressiven imperialistischen Kreisen folgen, und den weiterblickenden bourgeoisen Gelehrten, die für internationale Zusammenarbeit und friedliche Erledigung internationaler Streitigkeiten auftreten, zu.

Durdenevskij, V. N.; A. N. Ševčenko: Nesovmestimost' ispol'zovanija atomnogo oružija s normami meždunarodnogo prava [Unvereinbarkeit der Ausnutzung von Atomwaffen mit den Normen des Völkerrechts] (N. 5, S. 38–44). Die Atomwaffen müßten, entsprechend dem Geist des Völkerrechts, schon heute untersagt werden. Nach geltendem Völkerrecht könne der Krieg nur gegen Streitkräfte des Gegners, nicht aber gegen friedliche Bevölkerung geführt werden. Im Völkerrecht lassen sich zahlreiche Konventionen finden, die die Verwendung von Waffen untersagen, durch welche unnützes Leiden verursacht wird. Die Sowjet-Union bemühe sich, das Verbot der Atomwaffen zu verwirklichen und die Herabsetzung der Streitkräfte durchzuführen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Soviet Studies. Vol. 6, 1954/55

Berman, Harold J.: The Law of the Soviet State (S. 225–237).

Johnson, E. L.: Some Aspects of the Soviet Legal System (S. 351–358). Verf. berichtet auf Grund persönlicher Eindrücke über die sowjetische Justizverwaltung und die umfassenden, verfassungsrechtlich verankerten Funktionen des Generalstaatsanwaltes (Procurator-General).

Elton, John: Soviet State Arbitration Tribunals (S. 359–360). Behandelt die im Rahmen der Planwirtschaft eingesetzten, zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen staatlichen Organisationen ausschließlich zuständigen Zwangsschiedsgerichte.

Skilling, H. Gordon: The Soviet Impact on the Czechoslovak Legal Revolution (S. 361–381). Untersucht den Einfluß sowjetischer Rechtstheorie und -praxis auf die tschechoslowakische Gesetzgebung seit 1950.

R. S.: Party and Church (S. 396–404).

— Vol. 7, 1955/56

Guins, George C.: Towards an Understanding of Soviet Law (S. 14–30). Behandelt auch Fragen der Verfassung, Verfassungsänderung und Rechtsetzung. Hr

Staat und Recht. Jg. 3, 1954

—: Gegen den aggressiven Westblock – für kollektive Sicherheit in Europa (S. 695–707). Die Genfer Konferenz zur Beendigung des Indochina-Krieges habe bewiesen, daß bei gutem Willen der Beteiligten eine Entspannung der internationalen Lage möglich sei. So sei auch eine Lösung der Deutschlandfrage möglich und zur Vermeidung eines dritten Weltkrieges notwendig. Die Pariser Verträge jedoch seien letztlich Ausfluß amerikanischer Angriffspolitik. Die »Rückgabe der Souveränität« an Westdeutschland bedeute nichts anderes, als daß nunmehr die westdeutsche Regierung instandgesetzt werde, Truppen in amerikanischem Interesse aufzustellen. Die im Deutschland-Vertrag bezüglich der Wiedervereinigung Deutschlands von den Westmächten statuierten Vorbehalte seien unvereinbar mit dem völkerrechtlichen Grundsatz der Selbstbestimmung, wonach allein die Deutschen legitimiert seien, ihre Wiedervereinigung in freier Willensbestimmung herbeizuführen. Damit sei auch die Behandlung der Saarfrage durch die westdeutsche Regierung nicht in Einklang zu bringen. Die Saar solle geopfert werden für die Zustimmung Frankreichs zur deutschen Wiederaufrüstung; das Abkommen sei von vornherein rechtsunwirksam und für das gesamte deutsche Volk nicht verbindlich.

Kühlig, Gerhard: Die »Staatsgefährdung«, ein Ausdruck der zunehmenden Faschisierung des westdeutschen Strafrechts (S. 776–799). Kritik an dem Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. 7. 1951.

— Jg. 4, 1955

Kröger, Herbert: Über die Bedeutung des Potsdamer Abkommens für die Sicherung demokratischer Verhältnisse in Deutschland und insbesondere für die Beurteilung der Tätigkeit politischer Parteien in Deutschland (S. 5–38). Abdruck des Plädoyers, das Verf. für die KPD im Prozeß um die Verfassungsmäßigkeit dieser Partei vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe am 1. 12. 1954 gehalten hat.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Hütsch, Karl-Heinz: Über die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Verfahrens um die Verfassungsmäßigkeit der KPD (S. 39–62). Plädoyer des Verf. vor dem Bundesverfassungsgericht als Prozeßbevollmächtigter der KPD. Er befaßt sich vor allem mit der Frage der Tragweite des Art. 2 GG, der Frage nach der Anwendbarkeit dieser Bestimmung im allgemeinen und besonders im Verfahren über die Verfassungswidrigkeit der KPD, mit den rechtlichen Voraussetzungen der Feststellung der Verfassungswidrigkeit und mit dem Begriff der »freiheitlichen demokratischen Grundordnung«.

Meissner, Wilhelm: Das Pariser Attentat auf den europäischen Frieden (S. 63–81). Stellungnahme gegen die Wiederbewaffnung Westdeutschlands und besonders gegen dessen Eingliederung in das westliche Paktsystem.

Haupt, Lucie: Von der »Supranationalität« zur Scheinsouveränität der Bonner Bundesrepublik (S. 82–98).

Schönherr, Karlheinz: Das Bonner Ermächtigungsgesetz vom 26. März 1954 (S. 99–116). Befaßt sich mit »dem Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes« (BGBl. I/45). Dg

Kröger, Herbert: Das Verbotsverfahren gegen die Kommunistische Partei Deutschlands und die Wiedervereinigung Deutschlands (S. 176–222). Plädoyer des Verf. für die KPD vom 14. und 16. 12. 1954 vor dem Bundesverfassungsgericht.

Schulze, Gerhard; Hans Leichtfuß: Zu den Veränderungen in der Arbeitsweise des Ministerrats der Deutschen Demokratischen Republik und seiner Organe (S. 275–286).

Bönninger, Karl: Die politische Entrechtung der Beamten in der Bundesrepublik (S. 432–447). Die Entrechtung liegt nach Ansicht des Verf. in der Entpolitisierung des Berufsbeamtentums und in fehlerhaften Konsequenzen der Annahme eines öffentlich-rechtlichen Treuverhältnisses; das System verstoße vielfach gegen den Grundrechtskatalog.

Kohl, Michael: Taiwan – ein integrierender Teil Chinas (S. 684–694). Die Kairo-Erklärung von 1943 und die Proklamation von Potsdam über die japanischen Kapitulationsbedingungen dienen dem Verf. zur Begründung seiner Ansicht. Die Formosa-Regelung in dem Abkommen von San Franzisko berühre das Problem schon deshalb nicht, weil China nicht Vertragspartner des Friedensschlusses mit Japan sei. Hm

Das Standesamt. Jg. 8, 1955

Findorff, E. A.: Indisches Staatsangehörigkeitsrecht (S. 18–20). Behandelt die Regelung in Teil II Art. 5–11 der Verfassung vom 26. 11. 1949, die Fortgeltung des British Nationality and Status of Aliens Act (1914), die der Autor auf Grund des Art. 372 Abs. 1 der Verfassung in Verbindung mit dem Indian Independence Act (1947) bejaht, und schließlich den Einfluß des Independence Act auf die vom Verf. verneinte Anwendbarkeit des British Nationality Act von 1948.

Delitz, Alexander: Neues thailändisches Staatsangehörigkeitsrecht (S. 44–45). Übersicht über den materiell-rechtlichen Inhalt des Staatsangehörigkeitsgesetzes vom 31. 1. 1952 in der Fassung des Gesetzes (Nr. 2) vom 24. 1. 1953.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Seeler, Hans-Joachim: Die Staatsangehörigkeit der Baltendeutschen (S. 51–54).
Hubernagel: Änderungen im Staatsangehörigkeitsrecht Bulgariens (S. 69).
Hm

Findorff, E. A.: Erwerb der Staatsangehörigkeit der USA durch Ehegatten amerikanischer Staatsangehöriger nach dem Immigration and Nationality Act, 1952 (S. 144).
Bachmann, Franz: Behandlung von Angehörigen der amerikanischen Truppen und sonstigen unter die amerikanische Militärgerichtsbarkeit fallenden Personen auf dem Standesamt nach Eintritt der Souveränität der Bundesrepublik Deutschland (S. 189–197).
Neuffer, Otto: Die Konvention der Vereinten Nationen über die Todeserklärung Verschollener (S. 201–204).
Hoffmann: Änderungen im spanischen Staatsangehörigkeitsrecht (S. 242–243). Ts

Statsvetenskaplig Tidskrift. Årg. 57, 1954

Andrén, Nils: Den parlamentariska debatten om kontrollen av de förstatligade industrierna i Storbritannien (S. 439–470). Verf. untersucht an Hand eines Überblicks über den Verlauf der britischen Unterhausdebatten Möglichkeiten und Grenzen einer wirksamen parlamentarischen Kontrolle verstaatlichter Industrien.

— Årg. 58, 1955

Leibholz, Gerhard: Författningsjurisdiktion i demokratisk rättssamhälle enligt den västtyska grundlagen [Verfassungsgerichtsbarkeit im demokratischen Rechtsstaat nach dem westdeutschen Grundgesetz] (S. 1–22). Verf. betont die Stellung des Bundesverfassungsgerichts als Dritter Gewalt neben Legislative und Exekutive. Als Verfassungsorgan sei ihm eine Funktion im Bereich der politischen Willensbildung zugewiesen. Angesichts der erschwerten Abänderbarkeit des GG falle dem BVerfG die Aufgabe einer verantwortungsbewußten und schöpferischen Verfassungsinterpretation zu.
Olsson, Henrik A.: Två frågor rörande de svensk-finska förbindelserna 1939–1940 [Zwei Fragen im Zusammenhang mit den schwedisch-finnischen Beziehungen 1939–1940] (S. 124–141).
Petrén, Gustaf: Nordiska rådet. Sammansättning och arbetsformer m. m. [Der Nordische Rat. Zusammensetzung und Arbeitsweise] (S. 287–305). Hr

Svensk Juristtidning. Årg. 40, 1955

Eek, Hilding: Några tryckfrihetsrättsliga principspörsmål [Grundsatzfragen des Presserechts] (S. 145–157). Behandelt Probleme des neuen schwedischen Pressegesetzes, insbesondere Geheimnisverrat, Eingriffe in die Druckfreiheit, Reklameverbot für Spirituosen. Hr

The Sydney Law Review. Vol. 1, 1953–1955

Latham, J. G.: Changing the Constitution (S. 14–45). Verf. untersucht, inwieweit sich die australische Verfassung seit ihrer Verkündung im Jahre 1900 in ihren einzelnen Teilen bewährt hat, und macht Vorschläge zu Verfassungsänderungen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Woelper, Willard G.: The Reorganization of the Judiciary in New Jersey (S. 46–63).

Kolts, G.: Constitutional Crisis and Basic Norm in South Africa (S. 64–69). Untersucht die Entscheidung des Supreme Court, Appellate Division (*Minister of the Interior and Another* v. *Harris and Others,* 1952 (4) South Africa 769 (A. D.)) auf ihre Aussagen zur »Grundnorm« Südafrikas im Sinne der Kelsen'schen Terminologie (vgl. diese Zeitschrift Bd. 15, S. 217 ff.).

Goldie, L. F. E.: The Occupation of the Sedentary Fisheries off the Australian Coasts (S. 84–95).

Pankhurst, D. T.: The Fisheries Act and the Pearl Fisheries Act (S. 96–104). Berichtet über die beiden genannten australischen Gesetze (No. 7 und 8, 1952 (Commonwealth)).

Lord Wright of Durley: Section 92 – A Problem Piece (S. 145–173). Behandelt die umfangreiche Rechtsprechung zu Art. 92 der australischen Verfassung (Freiheit von Handel und Verkehr zwischen den australischen Bundesstaaten).

Hodgson, Eibhlin B.: Diplomatic Immunities Act 1952 (Commonwealth) (S. 233–235).

Stone, Julius: Fictitional Elements in Treaty Interpretation – A Study in the International Judicial Process (S. 344–368). Kritische Gegenüberstellung der verschiedenen Regeln zur Auslegung völkerrechtlicher Verträge, wenn sich ein eindeutiger Parteiwille nicht ermitteln läßt. Hr

Tidskrift utgiven av Juridiska Föreningen i Finland. Årg. 91, 1955

Westerlund, Göran: Om condictio indebiti i förvaltningsförhållanden (S. 215–253). Überblick über den Stand von Lehre und Rechtsprechung in Finnland zum Bereicherungsanspruch im öffentlichen Recht. Im Gegensatz zur herrschenden Meinung wendet sich Verf. gegen die Übertragung privatrechtlicher Grundsätze auf das öffentliche Recht und befürwortet eine stärkere Beschränkung des öffentlichrechtlichen Erstattungsanspruchs. Hr

Tidsskrift for Udenrigspolitik og Udenrigshandel. Aarg. 20, 1954

Brüel, Erik: Danmark og Straederne (S. 66–80). Behandelt die dänische Meerengenpolitik zur Ostsee im 19. und 20. Jahrhundert. Hr

Tulane Law Review. Vol. 29, 1954/55

McWhinney, Edward: The Courts and the Constitution in Catholic Ireland (S. 69–86). Verf. behandelt die Praxis der irischen Gerichte hinsichtlich der in der Verfassung proklamierten Menschen- und Bürgerrechte sowie der darin verankerten politischen Leitgedanken und Prinzipien. Er bezeichnet diese als konstruktiv und lebendig.

Drachsler, Leo M.: Criminal Prosecution of Foreign Consuls for State Crimes (S. 87–102). Verf. untersucht an Hand von Entscheidungen die Lage in den USA. Obgleich ein Konsul nicht die diplomatischen Immunitäten genießt, sei er doch praktisch nicht zu bestrafen, da hierfür weder die Bundes- noch die Landesgerichte zuständig seien. Wegen Wahrung der Landesrechte sei hier auch kaum eine Änderung zu erwarten, die dem Bund die Zuständigkeit gäbe.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Donnedieu de Vabres, Henri: La Commission de Droit International et ses fonctions en matière pénale (S. 189–198). Behandelt Arbeit und Aufgabe der 1948 durch die UN gebildeten Kommission. Er nimmt zu der Zielsetzung kritisch Stellung und betont besonders die Problematik eines Vorgehens gegen die »großen Kriegsverbrecher«. Sehr zweifelhaft sei auch der Begriff der Vergehen gegen die Menschlichkeit. Den Entwurf der Genocide Convention lehnt er ab, da er keine historische Wurzeln und keine Erfolgsaussichten habe; einzig ein Propagandaeffekt sei zu verzeichnen. Der Sache wäre jedoch mehr gedient, wenn man zunächst ein Gericht schaffe, das auf internationaler Ebene die Funktion eines Kassationshofes hätte.

Hostie, Jan F.: Reflections of an European Lawyer on Revision of the United Nations Charter (S. 473–490). Verf. macht eine Anzahl Änderungsvorschläge, u. a. zu Art. 13 Abs. 1 über Kodifikation und Weiterentwicklung des Völkerrechts, worin er dem IGH die führende Rolle vorbehalten sehen möchte. Ut

Union Française et Parlement. Année 6, 1954/55

Numéro spécial: Faut-il reviser la Constitution? (N. 60, S. 1–52). Sondernummer, in der sich zahlreiche Vertreter des französischen öffentlichen Lebens über alle Strukturprobleme der französischen Union äußern. Bh

Union Postale. Jg. 80, 1955

—: L'Union postale universelle et l'Assistance technique des Nations Unies (S. 47 F –51 F). Sr

The University of Queensland Law Journal. Vol. 2, 1953/54

Sykes, Edward I.: The Injunction in Public Law (S. 114–144). Verf. prüft die Verwendbarkeit der dem Schutz des privaten Eigentumsrechts bei Versagen der normalen Schadensersatzansprüche dienenden Rechtsinstitution für den Schutz von Rechtspositionen des öffentlichen Rechts. Rn

Utrikespolitik. Årg. 10, 1955

Eek, Hilding: Maktpolitik och internationell organisation [Machtpolitik und internationale Organisation] (S. 13–20).

Möller, Per: Nedrustningsfrågan i FN [Die Abrüstungsfrage in den UN] (S. 21 –28).

Wattrang, Hans: En skandinavisk tullunion – några problemställningar [Eine skandinavische Zollunion – einige Probleme] (S. 29–34).

Heckscher, Kay: Sydslesvigfrågan [Die Südschleswigfrage] (S. 59–67).

Tallroth, Tore: FN och den tekniska hjälpen till underutvecklade länder [Die UN und die technische Hilfe für unterentwickelte Länder] (S. 68–75).

Granqvist, Hans: Indokina efter Genève (S. 100–108).

Kärre, Bo: Saars europeisering [Die Europäisierung der Saar] (S. 109–115).

Langlet, Emil: Cyperfrågan [Die Cypernfrage] (S. 139–148). Hr

Världs Horisont. Årg. 9, 1955

Kjellberg, Knut: Reflektioner och erfarenheter från fem års arbete i WHO [Überlegungen und Erfahrungen nach fünfjähriger Arbeit in der WHO] (N. 5, S. 16–19).

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Undén, Östen: Fred i atombombens skugga [Frieden im Schatten der Atombombe] (N. 9, S. 8–9).
Fagrell, Gunnar: Den österrikiska frågan [Die österreichische Frage] (S. 12–13). Hr

Die Welt des Islams. Vol. 4, 1955

Lewis, Bernard: The Concept of an Islamic Republic (S. 1–9). Verfassungsgeschichtlicher Rückblick auf die wechselnde Bedeutung des Begriffes »Republik« in der Doktrin des Islams und Versuch, die westliche und die islamitische Komponente in der staatlichen Struktur der jungen Moslemrepublik Pakistan herauszukristallieren. Hr

The Western Political Quarterly. Vol. 7, 1954

Zartman, I. William: Neutralism and Neutrality in Scandinavia (S. 125–160).
Shen-Yu Dai: Peking and Indochina's Destiny (S. 346–368). Entwicklung des Indochina-Problems von den zwanziger Jahren bis zur Genfer Deklaration vom 21. 7. 1954.
Dvorin, Eugene P.: Central Africa's First Federal Election: Background and Issues (S. 369–390). Bericht über die parlamentarisch-konstitutionelle Lage in Rhodesien und Njassaland, die Wahlen vom 15. 12. 1953 und die rassische Zusammensetzung der Legislative in der neuen Föderation.
Taylor Jr., Philip B.: Interparty Co-operation and Uruguay's 1952 Constitution (S. 391–400). Verf. behandelt die parteipolitischen Hintergründe der Wiedereinführung des kollegialen Staatshaupts, eines neunköpfigen *Consejo Nacional de Gobierno,* durch die Verfassung (vgl. diese Zeitschrift Bd. 15, S. 259–264).
Sires, Ronald V.: British Guiana: The Suspension of the Constitution (S. 554–569).
Tresolini, R. J.: Eminent Domain and the Requisition of Property During Emergencies (S. 570–587). Verf. sieht sich bei seiner Auseinandersetzung mit dem Enteignungsrecht in Fällen des Notstandes als Ausfluß des *dominium eminens* an Hand der amerikanischen Gerichtspraxis der Schwierigkeit gegenüber, aus dieser Praxis eine strenge Grundlinie zu erschließen. Bemerkenswert sei immerhin die Zurückhaltung, die die Gerichte in der Beurteilung der damit verbundenen Probleme üben, es sei denn in klaren Fällen eines *abuse of authority.* In der Frage der *just compensation* habe die Ausweitung der Preiskontrolle den Einfluß der Legislative und öffentlichen Verwaltung verstärkt, obwohl über den Entschädigungsumfang technisch durch die Gerichte zu entscheiden sei.
Riddick, Floyd M.: The Eighty-Third Congress: Second Session (S. 636–655).
Rourke, Francis E.: The Department of Labor and the Trade Unions (S. 656–672). Das 1913 gegründete Department of Labor hat nach Darstellung des Verf. zunehmend die Neigung entwickelt, sich als administrative Verkörperung der Gewerkschaftsbewegung zu fühlen. Es habe damit seine neutrale Verwaltungsstellung in gewissem Maße eingebüßt; mit der Ausweitung der Arbeitsgesetzgebung unter dem New Deal sei seine Autorität im gleichen Verhältnis geschwächt worden. Durch die Allianz zwischen Gewerkschaftsbewegung und dem Department hätten die Ge-

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

werkschaften selbst dazu beigetragen, die Fähigkeit des Department, im Arbeitnehmerinteresse tätig zu werden, zu verringern. Diese Entwicklung bilde ein Beispiel für die wechselseitige Durchdringung von Politik und Verwaltung. Hm

— Vol. 8, 1955

Palmer, Norman D.: Organizing for Peace in Asia (S. 1–43).

Coleman, James S.: The Problem of Political Integration in Emergent Africa (S. 44–57).

Smith, David W.: The Constitutionality of Legislative Councils (S. 68–81).

Wright, Quincy: International Organization and Peace (S. 149–165). Im Hinblick auf die damals bevorstehende 10. Session der UN-Generalversammlung untersucht Verf. die Möglichkeiten einer Revision der Charta. Er empfiehlt kurzfristige, politische Planungen, um die Organisation elastisch zu erhalten. Die Informationsdienste seien auf die gemeinsamen Anliegen der Menschheit auszurichten. Die Verwaltung der Vereinten Nationen, die sich auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet bewährt habe, müsse ausgebaut werden. Befugnis zu Zwangsmaßnahmen dürfe nur zur Verhinderung von Angriffskriegen verliehen werden. Das wichtigste Mittel zur Organisation des Friedens sei die Erziehung. Auf diesem Gebiet müsse deshalb der Schwerpunkt der Bemühungen liegen.

Merry, Henry J.: The European Coal and Steel Community – Operations of the High Authority (S. 166–185).

Houn, Franklin W.: Communist China's New Constitution (S. 199–247). Mr

World Affairs Interpreter. Vol. 25, 1954/55

Eagleton, Clyde: What shall we do with the United Nations (S. 361–384). Verspricht sich wenig von Revision der UN-Charta: die dafür erforderliche Zusammenarbeit müsse auch für die laufenden Fragen zu erreichen sein. Jedenfalls liege der bisherige Mißerfolg nicht an der an sich elastischen Charta. Lediglich aus erzieherischen Gründen sei die Förderung einer entsprechenden Konferenz im Einklang mit der US-Regierung zu befürworten.

Coons, Arthur G.: Neutralism: The Problem of Japan in East-West Relations (S. 385–390).

Harley, J. Eugene: The Growing Interdependence between International Law and International Organization (S. 391–413). Verf. beurteilt die Bedeutung der internationalen Institutionen seit dem ersten Weltkrieg für die Effektivität des Völkerrechts positiv.

— Vol. 26, 1955/56

Alstyne, Richard W. van: New Patterns of Military Cooperation (S. 22–34). Stellt die traditionellen und neuen Züge der NATO, der Brüsseler Organisation und des Londoner Abkommens heraus.

Rusk, Dean: Parliamentary Diplomacy – Debate vs. Negotiation (S. 121–138). Verf. stellt das Verfahren der Debatte im Rahmen der UN der diplomatischen Verhandlungsmethode gegenüber. Ut

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

World Politics. Vol. 7, 1954/55

Zinkin, Taya: Indian Foreign Policy: An Interpretation of Attitudes (S. 179–208).

George, Alexander L.: American Policy-making and the North Korean Aggression (S. 209–232).

McCamy, James L.: The Administration of Foreign Affairs in the United States (S. 315–325). Mr

The Yale Law Journal. Vol. 64, 1955/56

Mathews, Craig: The Constitutional Power of the President to Conclude International Agreements (S. 345–390).

Margolis, Emanuel: The Hydrogen Bomb experiment and International Law (S. 629–647).

McDougal, Myres S.; Norbert A. Schlei: The Hydrogen Bomb tests in Perspective Lawful Measures for Security (S. 648–711). Mr

The Year Book of World Affairs. Vol. 9, 1955

Morgenthau, Hans J.: United States Foreign Policy (S. 1–21). Präsident Eisenhower habe den von der US-Verfassung zwischen Präsident und Kongreß geschaffenen Antagonismus in der Führung der Außenpolitik als friedliche Zusammenarbeit mißdeutet, durch Entgegenkommen den Kongreß, besonders auch die Opposition in der eigenen Partei, zu ständigen Mehrforderungen gereizt und sich aus den Vorrechten der Exekutive drängen lassen.

Gascoigne, Alvary: Soviet Foreign Policy (S. 22–34).

Strange, Susan: British Foreign Policy (S. 35–55).

Fowler, F. J.: The Indo-Pakistan Water Dispute (S. 101–125). Verf. beschreibt die geographischen und physikalischen Voraussetzungen des nach der Grenzziehung von 1947 entstandenen Streits um Kanalwasser.

Purcell, Victor: Indo-China and the Prospect in South-East Asia (S. 126–148). Behandelt die Entwicklung in Indochina seit 1859 bis Februar 1955.

Katona, Paul: Soviet Propaganda to the Colonial World (S. 149–173).

Archdale, H. E.: Lessons of Australian Federalism (S. 174–197). Behandelt besonders die rechtliche Eingrenzung und gerichtliche Kontrolle der politischen Gewalt und Fragen der Kompetenzverteilung.

Aaronson, Michael: Political Aspects of International Drug Control (S. 198–221).

Smith, H. A.: Modern Weapons and Modern War (S. 222–247). Anknüpfend an das gleichnamige, 1896 von I. S. Bloch in Rußland veröffentlichte sechsbändige Werk behandelt Verf. den Einfluß der Waffenentwicklung auf die Kriegswahrscheinlichkeit, die Möglichkeit kriegsrechtlicher Beschränkungen, die Abrüstungsfrage und das Wesen des Friedens. Rn

Zeitschrift für ausländisches und internationales Privatrecht. Jg. 19, 1954

Gold, Joseph: Das Währungsabkommen von Bretton Woods vom 22. 7. 1944 in der Rechtsprechung (S. 601–642). Behandelt die Entscheidung des IGH vom 27. 8. 1952 (Case concerning rights of nationals of the United States of America in

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

Morocco, ICJ Reports 1952, p. 176) und Entscheidungen nationaler Gerichte über den Einfluß des Abkommens auf vertragliche Ansprüche und ihre Durchsetzbarkeit. Bt

— Jg. 20, 1955

Serick, Rolf: Zur Enteignung juristischer Personen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (S. 86–104). Verf. bejaht den Fortbestand in der sowjetischen Besatzungszone enteigneter und aufgelöster juristischer Personen für den Bereich Westdeutschlands, da sie nach Reichsrecht gegründet worden und in ihrer Fortexistenz vom jetzigen Rechtszustand in den einzelnen Teilen Deutschlands abhängig seien.

Rauchhaupt, Friedrich Wilhelm v.: Vergleich und Angleichbarkeit der Rechte Süd- und Mittelamerikas (S. 121–143). Behandelt auch Verfassungsrecht.

Henn, Günter: Das Londoner Schuldenabkommen. Rechtsfragen der zwischenstaatlichen Anwendung (S. 270–290). Ts

Zeitschrift für Geopolitik. Jg. 26, 1955

Sylvain-Bouchereau, Madeleine: Technische Hilfe an unterentwickelte Länder – Haitis Beispiel (S. 78–88).

Schmidt, Ernst: Schutz der Meerengen durch NATO oder durch Nahostpakt? (S. 161–173).

Hubatsch, Walther: Die nordischen Unionsbestrebungen (S. 174–186).

Nagel, Heinrich: Der Nordische Rat (S. 187–191).

Argentinicus: Die Außenpolitik der USA (S. 335–339). Bh

Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Bd. 111, 1955

Bank, Bernhard: Die Stellung und Aufgabe der Rechnungshöfe im neuen deutschen Staatswesen (S. 512–518).

Fliess, Peter J.: Substantiv Right and Political Stability: the Freedom of the Press in the Weimar Republic (S. 543–555). Verf. zeichnet die Problematik in der Behandlung der Pressefreiheit unter der Weimarer Verfassung und erklärt sie aus dem Widerspruch zwischen liberal-demokratischem Verfassungsideal und dem faktischen Mangel an liberalem Geiste. Hm

Zeitschrift für Luftrecht. Bd. 4, 1955

Meyer, Alex: Die Beschlüsse der Pariser Außenminister-Konferenz vom 23. 10. 1954 und die deutsche Zivilluftfahrt (S. 1–6).

Orr, George W.: Die Revision des Warschauer Abkommens gemäß den Beschlüssen des "Legal Committee" der ICAO in Rio de Janeiro (Teil II) (S. 7–17). Fortsetzung des oben S. 392 angezeigten Aufsatzes. Bt

Zeitschrift für Ostforschung. Jg. 3, 1954

Schmied, Erich: Das neue Rechtssystem der Tschechoslowakei (S. 567–589). Überblick über die tschechoslowakische Rechtsentwicklung seit 1948. Neben der Verfassung vom 9. 5. 1948, die auf den Grundsatz der Gewaltentrennung verzichtet und neben weitgehenden Rechtsprechungsbefugnissen die gesamte Verwaltung in die Hände sogenannter Nationalausschüsse legt, bespricht Verf. das im Rahmen

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht

eines »Juristischen Zweijahresplanes« ausgearbeitete neue Wirtschafts-, Zivil- und Strafrecht.

— Jg. 4, 1955

Kahl, Hans-Dietrich: Compellere intrare. Die Wendenpolitik Bruns von Querfurt im Lichte hochmittelalterlichen Missions- und Völkerrechts (S. 161–193, 360–401).

Winkler-Seraphim, Brigitte: Das Verhältnis der preußischen Ostprovinzen, insbesondere Ostpreußens zum Deutschen Bund im 19. Jahrhundert (S. 321–350). Hr

Zeitschrift für Politik. Jg. 1, 1954

Grottian, Walter: Die Stellung des Bauern im kommunistischen China (S. 241–256).

Ehmke, Horst: Militärischer Oberbefehl und parlamentarische Kontrolle (S. 337–356).

Kogon, Eugen: Formen und Funktionen der Opposition. Bericht über die Jahrestagung 1954 der Vereinigung für die Wissenschaft von der Politik (S. 365–372). Dg

— Jg. 2, 1955

Schaumann, Wilfried: Rechtsprechung und Politik im amerikanischen Verfassungsrecht (S. 28–44). Verf. untersucht den Einfluß der politischen Haltung der Richter auf die Rechtsprechungsgrundsätze des Obersten Bundesgerichts. Hm

Bibliographische und dokumentarische Hinweise*)

VÖLKERRECHT

Amtliche Veröffentlichungen

Vereinte Nationen

Documents

Administrative Tribunal: Statute and rules, A/CN. 5/2/Rev. 2, January 1955, 12 S. (1955. X. 1). – Judicial review of Administrative Tribunal judgements, working paper submitted by the Secretary General, A/AC. 78/L. 1, March 22, 1955, 32 S. [*Enthält historische Übersicht über die Frage der Berufung gegen Urteile internationaler Verwaltungsgerichte*]. – Report of the Special Committee on review of Administrative Tribunal

*) In dieser Abteilung wird auf eine unter sachlichen Gesichtspunkten getroffene Auswahl von Neuerscheinungen hingewiesen, die im Institut vorhanden sind. Besprechung der hier angezeigten Veröffentlichungen bleibt vorbehalten.

Auch diese Abteilung wird, wie bereits in Band 15, durch die Bandregister nach Sachgebieten aufgeschlossen.

http://www.zaoerv.de
© 1955/56 Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht